

NEUE ZEIT



LASER: ARBEITER, KEIN SOLDAT

Perspektiven
der neuesten Technologie

Das Weltmeer ruft

Die Seeromantik hat im Zeitalter der Raumflüge starke Konkurrenz. Das wissen z. B. die Bibliothekare, denn ihre jungen Leser wollen vor allem Bücher über den Mars, die Gestirne, Synchrophasotrone und Mikroschaltungen.

Aber jedes Jahr kommen 6000 Jungen in die Kinderreederei am Ufer der Moskwa. Sie besteht fast 30 Jahre unmittelbar im Weichbild der Hauptstadt, unweit ihres Südhafens. Hier lernen die Jungen die Grundlagen der Nautik, die Typen von Motoren und Schiffen. Mit der Zeit verstehen sie, daß tropfende Ruder, sich blähende Segel und weiße rauchende Schloten mit der modernen Flotte nichts zu tun haben, daß sie vielmehr komplizierteste Anlagen, Präzisionsgeräte und neueste Computer bedeutet. Sie erfahren, daß die Flotte heute sehr wichtige Aufgaben zu lösen hat und daß See- und Flußschiffe deshalb nicht weniger gebraucht werden als Raumschiffe.

Alexander Essen

Der Anfang ist schwer: starker Gegenwind, schwere Riemen, verschwitzte Matrosenleichen, Disziplin und Ordnung, wie sie für die Flotte typisch sind. Während der Sommerferien unternehmen sie auf Schulschiffen weite Fahrten: nach Leningrad, Wolgograd, Nowgorod.

Das alles ist fesselnd, aber nicht leicht, und so mancher geht weg. Viele dagegen finden hier ihren künftigen Beruf, nehmen das Studium an Fach- und Hochschulen für den Seeverkehr, an Seefahrtsschulen oder den Flottendienst auf.

Inzwischen hat die Reederei 6000 Jungen ins Leben entlassen. Aber das Hauptziel des Unterrichts ist nicht die Heranbildung künftiger Matrosen, Steuerleute und Kapitäne. Die Jungen lernen es, gesammelt, diszipliniert und kühn zu sein, stählen sich körperlich und moralisch, lernen die Freundschaft schätzen. Ihre Mentoren sind alte Seebären, die nicht nur ihren Beruf, sondern auch das Leben kennen.

Alexander Essen leitet in der Reederei das Bootspraktikum. Er entstammt einer bekannten Dynastie



von Seeleuten, die Rußland Dienste leisteten: 14 Vertreter der Familie haben eine Spur in der Geschichte der russischen Flotte hinterlassen. Als erster wurde Kurt Essen für seinen Mut ausgezeichnet: Peter I. überreichte ihm einen Dolch. Nikolai Essen war ein Held der Verteidigung von Port Arthur und Chef der Baltischen Flotte im ersten Weltkrieg. Auch Alexander Essen ist ein

An einer Anlegestelle der Kinderreederei

geborener Seemann. Er kann stundenlang von seinen weiten Seefahrten, vom Heute und Morgen der Flotte, von ihren besten Traditionen erzählen.

Und so hören die Jungen am Moskwa-Ufer das Brausen der Stürme, das Getöse von Ozeanwellen und den ewigen Ruf des Meeres.



Fotos: B. Ka

PRÜFSTEIN MORATORIUM

Heute, nach Reykjavik, wo die Möglichkeit der vollständigen Beseitigung der Nuklearkriegsgefahr reale Züge annahm, ist besonders deutlich, daß unverzüglich gehandelt werden muß. Nicht Worte, sondern Taten machen den Inhalt der Politik aus. Das Problem der nuklearen Abrüstung ist kompliziert, doch das bedeutet keineswegs, daß es in künstlich aufgebauten Schwierigkeiten steckenbleiben sollte. Recht einfache Entscheidungen können es aus der Stagnation herausbringen.

Und hier sei besonders betont: Die Sowjetunion hat bereits den ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung getan. Gemeint ist das Moratorium für Nuklearexplosionen, das vor 15 Monaten verkündet und seitdem viermal verlängert wurde, was allein schon von der Konsequenz der sowjetischen Politik zeugt. Für das Moratorium sind ebenfalls neues politisches Denken und Kühnheit bezeichnend: Während in Nevada Explosionen donnern, herrscht im Raum Semipalatinsk Stille, das ist völlig unbestritten. Die Ernsthaftigkeit der Absichten und der Folgen, zu denen dieser Beschluß führt, ist deutlich — ohne Tests können keine neuen Waffen entwickelt werden. Gerade dieses Ziel verfolgte die Sowjetunion, als sie im August v. J., am 40. Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs der Menschheitsgeschichte, ihr Moratorium bekanntgab.

So spricht die Weigerung der USA, sich dem Moratorium anzuschließen, für sich selbst. Als die Frage der Kernwaffentests in Reykjavik aufgeworfen wurde (was unvermeidlich war), zeigte die amerikanische Seite nur den Anschein von Bereitschaft zu deren Erörterung. Ja, auch die Verhandlungen selbst sollten ihrer Meinung nach speziell, langwierig und vielstufig sein — um sie dann letztlich ganz versanden zu lassen. Das offenkundige Ziel dabei ist, einen Verzicht auf Tests zu vermeiden, die Hauptbedingung der Perfektionierung der Massenvernichtungswaffen beizubehalten.

Berücksichtigt man die fast 100prozentige Kontrollgarantie, die Zustimmung der Sowjetunion zu beliebigen Kontrollformen, dann ist die Einstellung der Tests ein einfacher und universeller Schritt zum Abbau der Nuklearkriegsgefahr, der einen prinzipiell neuen Weg für die Weltentwicklung eröffnet.

In Washington sucht man die Bedeutung dieses Schrittes herunterzuspielen. Nach Reykjavik ist man bemüht, die eigene Rolle herauszustellen. In beiden Fällen ignoriert man die sich eröffnenden Möglichkeiten. Und das geschieht in einem überaus verantwortungsvollen Augenblick der menschlichen Geschichte, da das Tempo der Anhäufung und der Entwicklung der Waffen niedagewesenes Ausmaß angenommen hat. Verzicht auf praktische Schritte, Versuche, Abkommen durch Gerede über Abkommen zu ersetzen, und die Suche nach Überlegenheit statt Zustimmung zum Prinzip der gleichen Sicherheit — das ist die Hauptgefahr für den Frieden heute.

POST

Meine Idee ist vielleicht paradox, aber mir scheint, daß wir den USA selber helfen, sich in die Positur von Schützern des Friedens und von Kämpfern für Freiheit und Gerechtigkeit zu werfen. In der Presse findet man nach jeder sowjetischen Friedensinitiative den Satz: "Jetzt hat Washington das Wort", als käme von amerikanischer Seite wirklich auch eine Friedensinitiative. Wir wollen die schönen Worte und das forsche Auftreten Reagans auf dem Bildschirm nicht als Friedensstreben ansehen.

W. MÁRTYNOW
Omsk, RSFSR

In Buenos Aires, meinem Wohnort, erscheinen Dutzende Wochenschriften, Tageszeitungen und Monatsmagazine und schreiben immer über Grausamkeiten der sowjetischen Soldaten in Afghanistan. Wenn Sie sich die "Kulturbombardierung" über Funk und Fernsehen hinzudenken, der wir tagtäglich ausgesetzt sind, dann werden Sie irgendwie verstehen, warum noch ziemlich viele meiner Landsleute die abscheulichen Lügen glauben.

Jose Maria NOGUEIRA
Buenos Aires, Argentinien

Ich habe gelesen, was Herr Schmieder zugunsten der Stationierung von Raketen in Europa schreibt (Heft 28/86). Als Teilnehmer der Kampagne gegen die Flügelrakentests in meinem Land muß ich sagen, daß ich Herrn Schmieders Geringschätzung für die "Stimme der Straße" nicht teile. Ich bin sicher, daß keinerlei "strategische Argumente" die Friedenskämpfer dazu bringen werden, Herrn Schmieder beizupflichten und die SDI sowie die Stationierung der Raketen zu begrüßen.

Karl ETTINGER
Port Alice, Kanada

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

46

NOVEMBER
1986

Gründungsjahr 1943

5
Reportage
vom Wiener Treffen

7
Konventioneller Krieg:
Neue Gefahren

9
Die Atomenergie-
wirtschaft
in der CSSR

10
Komplotz gegen
Mocambique

12
London.
Imperial Rückfall

14
Der staatliche Sektor
Indiens

18
In und nach Reykjavik

21
Laser — Soldat!
Arbeiter!

23
275. Geburtstag
Michail Lomonossows

26
Dokument
der Stockholmer Kon-
ferenz

WORT DES RE-
DAKTEURS (1),
PANORAMA (3),
BIOGRAPHISCHES (11),
POST, ECHO (16),
PERSONALIEN (26).
TITELBILD: Laserortung
des Mondes
Foto: G. Kopossow

DOKUMENT DER STOCKHOLMER KONFERENZ

ÜBER VERTRAUENS- UND
SICHERHEITSBILDENDE
MASSNAHMEN
UND ABRÜSTUNG IN
EUROPA

S. 27

NEUE BEDROHUNGEN

Der stellvertretende
UdSSR-Verteidigungsminister,
Armee general
V. SCHABANOW, über die
Gefahren des konventionellen
Wettrüstens

S. 7

LASER — EIN ARBEITER, KEIN SOLDAT

Die Laseranlagen die-
nen heute für eine gesteu-
erte Fusionsreaktion

S. 21



A-WAFFE- ANBETER

Der Westen fürchtet eine ...
kernwaffenfreie Welt

S. 18

ERWACHTER LÖWE?

Im Laufe einer Woche brach
London die diplomatischen
Beziehungen zu Syrien ab und
erklärte eine 150-Mei-
len-"Sperrzone" um die
Falklandinseln (Malwinen)...

S. 12



LOMONOSSOW

Puschkin nannte ihn die
"erste russische Universität"

S. 24



MOCAMBIQUE WEHRT SICH

Mocambique mobilisiert
nach dem Tode Samora
Machels alle Menschen- und
Materialressourcen, um die re-
volutionären Errungenschaften
zu bewahren und den Aufbau
des Sozialismus zu ge-
währleisten.

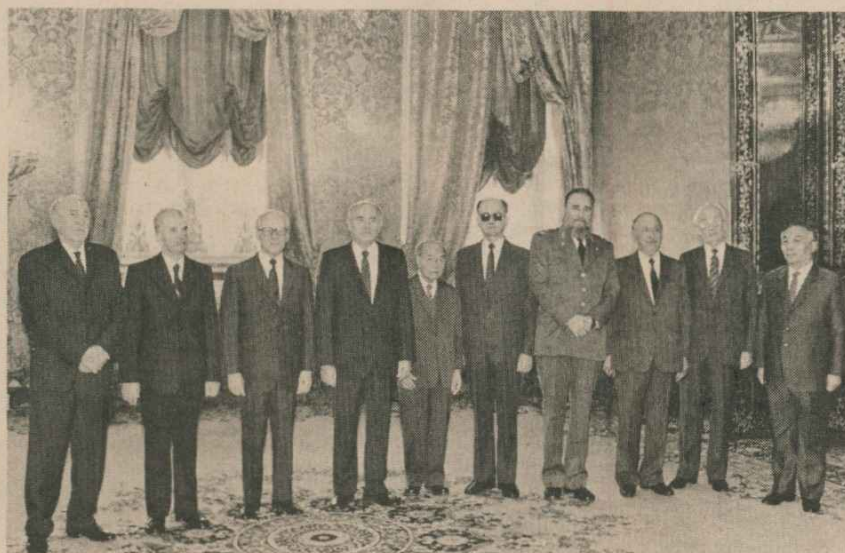
S. 10

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
(Verantw. Sekretär), A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
A. PUMPJANSKI (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN MOSKAU, AUF HÖCHSTER EBENE

Begegnung der Führer der Bruderparteien der sozialistischen Länder und RGW-Mitgliedstaaten



Am 10. und 11. November fand in Moskau ein Arbeitstreffen der führenden Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder statt. Daran nahmen Todor Shiwkow, Janos Kadar, Truong Chinh, Erich Honecker, Fidel Castro, Shambyn Batmunch, Wojciech Jaruzelski, Nicolae Ceausescu, Michail Gorbatschow und Gustav Husak teil.

Die Führer der Bruderparteien erörterten die Hauptfragen der Entwicklung und Vervollkommen der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern, die Möglichkeiten für eine noch umfassendere Entfaltung des schöpferischen Potentials des Sozialismus. Besondere Aufmerksamkeit galt der weiteren Vertiefung der Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich, der Nutzung neuer, progressiver Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-

technischen Zusammenarbeit im Interesse der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung der Bruderländer und der Hebung des Wohlstandes ihrer Völker.

Es fand ein Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der heutigen internationalen Lage statt. Die Teilnehmer des Treffens, die die prinzipielle Haltung der Sowjetunion in Reykjavik unterstützten, betonten die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen im Kampf für die Beseitigung der Nuklearwaffen und den Abbau der konventionellen Rüstungen, für die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Das Treffen fand in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und der Offenheit, des gegenseitigen Verständnisses und der Einheit in allen erörterten Fragen statt.

Foto: TASS

die geplante großangelegte internationale Kooperation bereits Gestalt angenommen hat im System der miteinander verbundenen Abkommen und Vereinbarungen zwischen konkreten Betrieben und Industriezweigen. Vor einem Monat unterzeichneten die UdSSR und die VR Polen Abkommen über die Bildung gemeinsamer Wirtschaftsbetriebe, ebenso solche Vereinbarungen gibt es jetzt zwischen der Sowjetunion sowie Bulgarien, der CSSR, der DDR und Ungarn. Wir treten beharrlich für die Nutzung neuer Formen der Zusammenarbeit ein, für die allseitige Ausweitung der direkten Beziehungen, für die Bildung gemeinsamer Betriebe und Organisationen, betonte der Leiter der UdSSR-Delegation und Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Ryshkow, auf der Tagung.

In der Sowjetunion wird ebenso wie in den anderen Bruderländern die Außenwirtschaftstätigkeit entschieden umgebaut. Dabei geht es darum, den Schwerpunkt von den unmittelbaren Produzenten, den Betrieben, zu verlagern.

Die Koordinierung der Pläne für das laufende Planjahr fünfzig erfolgte in Bukarest mit dem Ziel, die technisch-wirtschaftliche Unverwundbarkeit der Gemeinschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft sicherzustellen. Dem System der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung werden neue Teilnehmer, vor allem aus Entwicklungsländern, angeschlossen, die für das Recht auf selbständige Entwicklung, für Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter Grundlage eintreten. Die Beziehungen des RGW zu Nikaragua, Mocambique, Mexiko und dem Irak wurden bedeutend ausgeweitet — mit ihnen wurden zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet. Die Ratstagung bestätigte die Abkommen über die Zusammenarbeit des RGW mit der VR Angola, dem Sozialistischen Äthiopien und der VDR Jemen.

Die RGW-Länder wollen gegenseitig vorteilhafte

MEINSCHAFT KOORDINIEREN IHRE VOLKSWIRTSCHAFTSPÄNE

Die RGW-Tagung in Bukarest betonte, daß der Fortschritt der Bruderländer in vielem davon abhängt, wie schnell sie den Mechanismus der Zusammenarbeit umbauen können. Nötig sind, wie die Tagungsteilnehmer eingestanden, grundlegende Veränderungen im System der jetzigen

internationalen Beziehungen, erforderlich ist, die Wirtschaftsmechanismen unserer Staaten entschieden einander anzunähern. Nur so kann das Komplexprogramm für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erfolgreich verwirklicht werden.

Viel ist getan. Das Programm wurde 1984 angenommen, und auf der jetzigen Tagung wurde konstatiert, daß

GW

Prioritäten der Zusammenarbeit

● DIE LÄNDER DER SOZIALISTISCHEN GE-

wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Verbindungen auch zum Westen unterhalten. Daran sind sie interessiert, insbesondere durch die Aufnahme offizieller Beziehungen des RGW und der einzelnen RGW-Länder zur EG. Eine Atmosphäre des Wohlwollens und des Vertrauens zwischen beiden Organisationen würde zweifelsohne zur Gesundung der internationalen Lage beitragen. Davon ausgehend, treten die RGW-Länder für die Einberufung eines Weltforums ein, auf dem alle Probleme, die die internationalen Wirtschaftsbeziehungen komplizieren, folglich ein normales Leben der Völkergemeinschaft, erörtert werden könnten.

B. KOSLOW

USA

Wie weiter nach den Wahlen?

• DIE DEMOKRATEN ERHIELTEN DIE KONTROLLE ÜBER DEN SENAT UND DAS REPRÄSENTANTENHAUS. WIE WERDEN SIE VON DEN NEUEN MÖGLICHKEITEN GEBRAUCH MACHEN?

Nach dem 4. November ist das Kräfteverhältnis im Senat wie folgt: 55 gegen 45 zugunsten der Demokraten (vor den Wahlen war es 53 zu 47 zugunsten der Republikaner). Einen solchen Ausgang hatte niemand erwartet, und er verdient allein schon die Aufmerksamkeit. Im Repräsentantenhaus bauten die Demokraten ihre Mehrheit um 6 Sitze aus. Die Republikaner errangen 8 neue Gouverneursämter.

Bei den amerikanischen Wahlen stehen gewöhnlich nicht gesamtstaatliche Fragen im Mittelpunkt. Sie werden gern — und geschickt — durch diverse örtliche Probleme ersetzt. Das gilt besonders für die Kongreßwahlen, wenn es um die Benennung der Vertreter der Bundesstaaten geht. Auch diesmal

entwickelten sich die Ereignisse, zumindest äußerlich, wie gehabt. Der bekannte Kommentator James Reston nannte den Wahlkampf "schändlich". Wie er sagte, vermieden die Kandidaten offen "kritische Fragen gesamtstaatlicher Bedeutung".

Der Wahlkampf schlug alle Rekorde auch bei den Kosten, die 1 Md. Dollar überstiegen. Zudem lagen dabei die Republikaner mit 5:1 vor ihren Rivalen. Die Republikaner setzten vor allem auf die Popularität des Präsidenten.

Um so bedeutsamer ist das Ergebnis. Die Demokraten errangen die Legislative, was sie nolens volens in Gegensatz zur Exekutive bringt. Und das geschah vor allem wegen Problemen gesamtstaatlichen Charakters. Nicht von ungefähr, betonen die Beobachter, "stimmten viele, die für einen republikanischen Gouverneur gestimmt hatten, für einen Demokraten im Kongreß".

Erste praktische Folge der Wahlen wird der Wechsel im Vorsitz der Senatsausschüsse sein, wo die Regierungsentscheidungen erörtert und die Gesetze auf der Basis der Vorlagen des Präsidenten vorbereitet werden. Vor allem geht es um den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, den Streitkräfte-, den Haushalts-, den juristischen und den Bewilligungsausschuß. Verständlicherweise erlaubt die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses den Demokraten, auf ihrem Kurs in der Regierungspolitik zu beharren.

Das Weiße Haus hat seine Position schon festgelegt. In seiner Erklärung am Tag nach den Wahlen heißt es: "Trotz der Wachablösung im Senat wird die Tagesordnung der Administration unverändert bleiben."

Wie werden die Demokraten verfahren? Werden sie die offenkundige Besorgnis der Wähler gerade über gesamtstaatliche Probleme berücksichtigen? Keine einfachen Fragen, um so mehr, da die Probleme selbst bereits genannt sind. Es sind die enorme Zunahme der Rüstungsausga-

ben, die Rüstungskontrolle, die bewaffnete Einmischung durch die Contras in Nicaragua und die gefährliche Instabilität der amerikanischen Wirtschaft. "Die Reagan-Politik hat ihre Attraktivität verloren", so charakterisieren die Beobachter die Haltung der Wähler zu diesen Problemen. Doch von den Demokraten verlangt diese Schlußfolgerung nicht eine einfache Konstatierung, sondern entschiedenes Handeln. Eben da stellen sich Zweifel ein.

Einiges spricht dafür, daß die Demokraten Veränderungen anstreben. Es sei nur an deren Abänderungsanträge zur Gesetzesvorlage für den Haushalt des Finanzjahres 1987 erinnert. Sie sahen ein einjähriges Moratorium für Nukleartests von über einer Kilotonne vor; ein Verbot für die Erprobung von Antisatellitenwaffen und die Produktion binärer chemischer Munition; eine spürbare Kürzung des Rüstungshaushalts und der Bewilligungen für das "Sternenkriegs"-Programm. Das war ein ungewöhnlicher und überaus kühner Schritt. Doch die Kühnheit der Demokraten hielt leider nicht lange an. Der Vorwurf, die Demokraten würden dem Präsidenten vor dem Treffen in Reykjavik "die

Hände binden", reichte als Vorwand, die Abänderungsanträge auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Werden die Demokraten entschlossen genug sein, dem Wunsch der Wähler zu entsprechen? Diese Frage können sie nur selbst beantworten. Einstweilen aber rief Senator Sam Nunn, der den Streitkräfte-Ausschuß leiten wird "keine großen Veränderungen in der Arbeit des Ausschusses zu erwarten", meldete AP. Claiborne Pell, künftiger Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten gab eine andersgeartete Erklärung ab. "Ich meine, daß größeres Gewicht auf Fragen der Rüstungskontrolle und der Ratifizierung einiger Verträge — wie eines Vertrags über das Verbot der Kernwaffentests — gelegt wird", sagte er. "Weniger Beachtung werden die Contras finden, die wie wir wissen, Terroristen sind."

Unterdes droht das Pentagon schon in den nächsten Tagen SALT II zu verletzen. Das wird geschehen, wenn der B-52-Bomber, bestückt mit Cruise Missiles, in Dienst gestellt wird. Wie werden sich die Demokraten im Kongreß dazu verhalten?

J. GUDKOV



Der Brand im Lager des Schweizer Chemiekonzerns Sandoz in Basel ist Ursache einer schweren Umweltkatastrophe. In den Rhein wurden quecksilberhaltige Stoffe gespült. Fische und Algen sterben. Experten befürchten, daß die Quecksilberverbindungen in Nahrungsmittel gelangen und gesundheitsschädigende Wirkungen bei Einwohnern der rheinnahen Regionen der Schweiz, Frankreichs und der BRD hervorrufen werden.

Telefoto: AP-TASS

Wien: Das Treffen hat begonnen

Von unserem Sonderkorrespondenten

Sergej GOLJAKOW

Das dritte KSZE-Nachfolgetreffen begann nach Reykjavik, wo sich eine auch für Europa bedeutsame Wende hin auf eine kernwaffenfreie Welt real abzeichnete. Groß ist die Verantwortung, groß sind die Hoffnungen. Was das Wiener Treffen beschließen wird, werden wir nicht bald erfahren. Diese Reportage soll von seinen ersten Schritten handeln.

Der Ablauf der Arbeit

Sparen wir uns die äußerlichen Attribute des Treffens. Die weichen herbstlichen Farben der Wiener Straßen und Parks, das Flaggenmeer vor dem Hauptsitzungsaal, der Hofburg, sind aus dem Fernsehen hinreichend bekannt.

Entsprechend dem Zeitplan, den die Vertreter der 35 Staaten am Vortag der Eröffnung bestätigt hatten, soll das Treffen in genau festgelegten Fristen ablaufen. Hauptprinzip: nicht Wortgefechte, sondern produktive Arbeit. Die erste Woche gehörte den Eröffnungserklärungen der Außenminister der KSZE-Staaten. Jedem standen 30 Minuten Sprechzeit zu. In der zweiten Woche soll ein vertiefter Meinungsaustausch sowohl über die Erfüllung der Bestimmungen der KSZE-Schlußakte und des Schlußdokuments von Madrid als auch über Fragen der künftigen Entwicklung der Entspannung folgen.

Diese Phase soll bis zum 18. Februar 1987 abgeschlossen sein. Nach Beginn der Generaldebatte werden die Sitzungen der Hilfsarbeitsorgane zu allen drei Körben der Schlußakte eröffnet. Nach einer Pause, die am 20. Dezember beginnt, wird das Treffen am 27. Januar 1987 wiederaufgenommen. Die zweite Unterbrechung wird vom 11. April bis zum 4. Mai erfolgen. Die Arbeit soll spätestens bis zum 31. Juli 1987 abgeschlossen, d. h. ein Schlußdokument abgestimmt sein.

Entsprechend der Tagesordnung soll das Treffen auf jeden Fall mit der Annahme eines Schlußdokuments sowie der Festlegung von Datum und Ort für das anschließende Nachfolgetreffen abgeschlossen werden.

Gastfreundschaft

Die Neutralität Österreichs, seine geographische Stellung im Zentrum Europas und die aktive Teilnahme an der Weltpolitik haben Wien zum Austragungsort wichtiger politischer Begegnungen, darunter auf höchster Ebene, werden lassen. In der Wiener UNO-City befindet sich der Hauptsitz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO).

Die österreichische Presse kommentierte lebhaft die Treffen und Gespräche Eduard Schewardnades mit dem Präsidenten Österreichs, Kurt Waldheim, Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Peter Jankowitsch. Verschiedene Probleme wurden erörtert. Doch das Thema der bilateralen Beziehungen im breiten Kontext des europäischen Prozesses dominierte.

Ganz besondere Aufmerksamkeit fand eine weitere Reihe von Begegnungen, diesmal zwischen der UdSSR und den USA. Entsprechend einer zuvor erzielten Vereinbarung trafen der UdSSR-Außenminister und der US-Außenminister zweimal, am 5. und am 6. November, in Wien zusammen. Zunächst begab sich Eduard Schewardnade in die amerikanische Botschaft, dann kam George Shultz in die UdSSR-Botschaft. Sie sprachen über 5 Stunden. Die Journalisten wurden darüber informiert, daß Shultz über die Ergebnisse der Gespräche auf einer Pressekonferenz gleich nach Rückkehr aus der sowjetischen Botschaft sprechen werde.

Kein Weg zurück

Die Pressekonferenz war auf 10.30 Uhr angesetzt. Bereits zwei Stunden zuvor hatten sich Journalisten, Bild- und TV-Reporter zum Wiener Hilton-Hotel begeben. Der kleine Saal war übertoll. Aus Sicherheitsgründen waren alle Fenster und Türen fest geschlossen. Aus den gleichen Erwägungen heraus hatte man uns gewarnt, daß niemand den Saal vor Beendigung der Pressekonferenz verlassen dürfe. Wir ertrugen die drückende



Das Austria Center wird bald fertiggestellt sein. Ab Frühjahr 1987 wird das KSZE-Nachfolgetreffen dort tagen

Enge in der Hoffnung auf gute Nachrichten.

Shultz, wie immer finster und respektabel dreinschauend, tauchte, umgeben von einem Schwarm von Leibwächtern, fast genau zur angekündigten Zeit auf. Er machte einen ermüdeten, besorgten Eindruck. Das Wesen seiner achtminütigen Erklärung faßte die Nachrichtenagentur Reuter so zusammen: Außenminister Shultz erklärte, bei seinen beiden Begegnungen mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnade sei keinerlei Fortschritt in der Abrüstungsfrage erzielt worden. Er sagte, die Frage eines dritten Treffens zwischen dem sowjetischen Leader Gorbatschow und US-Präsident Reagan sei nicht einmal aufgeworfen worden.

Und erneut, wie in Reykjavik, allgemeine Enttäuschung...

Am gleichen Tag teilte auch Eduard Schewardnade den Journalisten seine Einschätzungen mit. Entgegen den allgemeinen Erwartungen und den Erklärungen Washingtons, es wolle das in Reykjavik Begonnene fortsetzen, wurden wir mit Versuchen der amerikanischen Seite konfrontiert, sich voll von den isländischen Höhen zurückzuziehen und auf frühere Positionen zurückzugehen, erklärte der Minister vor dem Abflug in die Sowjetunion. Er nannte die amerikanische Position in Wien und Genf eine Mischung alter Ansichten mit jenen Zugeständnissen, die die Sowjetunion in Reykjavik im Rahmen des von ihr vorgeschlagenen Pakets gemacht hatte. Zugleich unterstrich der sowjetische Minister: Wir verlieren die Hoffnung nicht, daß man in Washington früher oder später begreifen wird: Es gibt keinen Weg zurück, jetzt muß man nur voranschreiten, zur vollständigen Beseitigung der Nuklearwaffen.

Isländisches Motiv

Das isländische Motiv war bei der Generaldebatte in der Hofburg immer wieder zu vernehmen. Das, was in

Reykjavik vorgeschlagen wurde, konstatierte Italiens Außenminister Giulio Andreotti, bildete eine gute Grundlage für Verhandlungen.

Washingtons Weltraumambitionen, das Fehlen des erforderlichen politischen Willens bei den USA erlaubten es nicht, einen entscheidenden Schritt zur nuklearen Abrüstung zu tun. Nichtsdestoweniger, betonte der ungarische Außenminister Peter Varkonyi, habe sich eine psychologische Wende vollzogen. "Jetzt kann schon niemand mehr sagen, die Beseitigung der Nuklearwaffen sei nur eine Utopie und das Streben danach gleichbedeutend mit dem Kampf gegen Windmühlengiganten. Wie schwer der Kampf für eine Welt ohne Nuklearwaffen auch sein mag, er ist keineswegs aussichtslos."

Doch sind die politischen Führer Westeuropas bereit, in den Kategorien eines kernwaffenfreien Europa zu denken? Die Antwort darauf ist leider bei weitem nicht eindeutig. Als endlich die reale Möglichkeit entstand, den Kontinent von den Raketen zu befreien, begannen gewisse Vertreter von NATO-Ländern von der Notwendigkeit zu reden, die US-Nuklearwaffen in Europa zu behalten, gingen daran, ihre Nuklearprivilegien zu verteidigen. So verstieg sich der französische Außenminister J.-B. Raymond zu der Behauptung: "Es gibt im Leben der Menschheit keine Alternative zur nuklearen Abschreckung. Gerade sie dient dem Frieden und muß nach wie vor die Sicherheit unseres Kontinents gewährleisten."

Wie weit ist diese Philosophie von den wahren Sorgen und Hoffnungen der Europäer entfernt! "Die Menschen in unseren Ländern und in nicht geringem Maße die Jugend sind zutiefst beunruhigt über die Zukunft", sagte Schwedens Außenminister Sten Andersson. "Wir als Politiker spüren das häufig, wenn wir mit Wählern zusammentreffen. Wir bemerken das in den Betrieben, in den Schulen und Kirchen. Wir erfahren das aus Meinungsumfragen, und nicht zuletzt in der Friedensbewegung. Vor allem sind die Menschen besorgt über die Gefahr eines Nuklearkrieges, der unsere gesamte Zivilisation gefährden würde." Diese Gefahr mit der Wurzel auszurotten, bedeutet vor allem, das europäische Haus von den Nuklearraketen und den konventionellen Waffen zu befreien, die Ansatzpunkte der militärischen Entspannung auf dem Kontinent und das Vertrauen zu festigen.

Nach Madrid, wurde auf dem Treffen betont, wurde diesbezüglich ein sehr bedeutender Schritt getan. In Stockholm vermochte das Verständnis für die Lebensinteressen der Teilnehmer des KSZE-Prozesses das Mißtrauen zu verdrängen, verkörperte sich in der Gesamtheit konkreter Verpflichtungen, in der Annahme des Prinzips der Nichtanwendung militärischer Gewalt, das zu

einer Dominanz der internationalen Beziehungen werden muß. Stockholm I eröffnete den Weg zu Stockholm II, zu Maßnahmen der realen Abrüstung in Europa. Dem stimmte die überwiegende Mehrheit der Delegierten in Wien zu.

Natürlich haben verschiedene Staaten ihre Auffassungen, wie es weitergehen soll. Die Erörterung dieser Fragen in Wien steht noch bevor. Doch wichtig ist es, das Tempo nicht zu verringern. Es wird vorgeschlagen, parallel, auf verschiedenen Ebenen zu verfahren, insbesondere, ohne die endgültige Ausarbeitung des Mandats für Stockholm II abzuwarten, Kontakte von Arbeitsgruppen der Länder der NATO und des Warschauer Vertrages anzubahnen. Die Arbeit von Experten könnte ein interessantes praktisches Ergebnis bringen.

Der überaus wichtige Gedanke, daß das Schicksal Europas über beliebigem Blockdenken steht, muß von allen europäischen Ländern, einschließlich der Neutralen und der Nichtpaktgebundenen, auf einer breiten gesamteuropäischen Konferenz bestimmt werden.

Die Staaten des Warschauer Vertrages haben ein ausgeglichenes Programm für die europäische Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural vorgelegt. Hier, in Wien, schätzte Griechenlands Außenminister Papoulias diese Initiativen positiv ein, indem er sie als "sorgfältig ausgewogene Vorschläge" bezeichnete, die es ermöglichen, die europäische Abrüstung voranzubringen. Was aber die anderen NATO-Staaten insgesamt angeht, so schweigen sie sich nach wie vor bislang hartnäckig darüber aus.

Auf Konfrontationskurs

Wichtige Angelegenheiten erlaubten es US-Außenminister George Shultz nicht, zur Eröffnung des Treffens nach Wien zu kommen. Er verspätete sich auch zu seiner geplanten Rede in der Hofburg. Der Tagungsvorsitzende DDR-Außenminister Oskar Fischer mußte eine ungeplante Unterbrechung bis zum Eintreffen von Shultz erklären. Unterdes wurde in Kreisen der amerikanischen Journalisten das Gerücht verbreitet, statt direkt vom Flughafen zur Hofburg zu eilen habe der Außenminister angeblich erst in der US-Botschaft vorbeischaun müssen, um letzte Anweisungen einzuholen. Ferner wurde bekannt, daß der zuvor für die Verbreitung vorgesehene Text seiner Rede unverzüglich aus dem Pressezentrum der amerikanischen Delegation entfernt wurde.

Als Shultz dann endlich an das Rednerpult trat, sprach er flau und monoton. Doch der Sinn seiner Rede wurde recht schnell klar: auf dem Treffen ein Konfrontationsklima zu schaffen und den sozialistischen Ländern den eigenen Verhaltenskodex bezüglich der Menschenrechte aufzuzwingen. Bisweilen überstieg die Rhetorik des Außenministers jegliche Grenzen. Und natürlich warb er nach Kräften für SDI als

Programm, das allein eine stabile strategische Sicherheit gewährleisten könne.

Doch warum muß die Abrüstung Geißel irgendwelcher imperialen, hegemonistischen Interessen sein? Nicht die Primat militärischer Macht, nicht Positionen einer Politik der Stärke, sondern eine Stärke der Politik — eben darin liegt Europas historische Chance.

Neue Initiativen

Gerade einen solchen Weg zu betreten — dazu rufen bei dem Wiener Treffen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder auf. In dieser Richtung sehen die Neutralen und die Nichtpaktgebundenen den Ausweg aus der Sackgasse. Der Begriff der europäischen Sicherheit steht immer mehr als Aufgabe da, mit gemeinsamen Anstrengungen politische, materielle, organisatorische und andere Strukturen zu schaffen. Dafür müssen alle drei Körbe der Helsinki-Vereinbarungen noch energischer mit konkreten Früchten gefüllt werden. Sinnlos ist der Streit, welchem von ihnen der Vorrang gebühre. Der eine ergänzt und stärkt den anderen.

Welche neuen Initiativen und Vorschläge wurden bei der Generaldebatte laut.

Ich will die wichtigsten nennen:

- eine repräsentative Konferenz der KSZE-Staaten über Fragen der humanitären Zusammenarbeit, einschließlich der Kontakte zwischen den Menschen, der Fragen der Information, Kultur und Bildung, nach Moskau einzuberufen (UdSSR-Vorschlag);

- ein Wirtschaftsforum, das vor allem positive Richtungen und effektive Formen für die Entwicklung der europäischen ökonomischen Zusammenarbeit diskutieren soll, nach Prag einzuberufen (vorgeschlagen von der CSSR zusammen mit einigen anderen Ländern);

- ein europäisches Expertentreffen durchzuführen (Vorschlag Rumäniens), ein Forum von Wissenschaftlern aus 35 Ländern einzuberufen (Vorschlag Italiens), um neue Formen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu formulieren;

- ein breites, repräsentatives ökologisches Forum einzuberufen, das die Teilnahme nicht nur von Experten, sondern auch von Vertretern der ökologischen Bewegungen gewährleistet (Vorschlag Bulgariens);

- es für angemessen und nützlich zu erachten, daß alle KSZE-Staaten die Pakte über Menschenrechte ratifizieren (Initiative Polens).

Ein Anfang wurde also gemacht. Europa erwartet von Wien bedeutende politische Ergebnisse. Es wird sie geben, wenn sich bei dem Treffen das neue politische Denken durchsetzen wird, das allein vermag, das europäische Schiff in den Hafen des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit zu führen. Viel Erfolg, Wien!

Wie ist die militärstrategische Lage in Europa, und was geht im Bereich der konventionellen Waffen vor sich?

EIN „KONVENTIONELLER“ KRIEG: NEUE GEFAHREN

Armeegeneral SCHABANOW, stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR

Es ist politisch und militärstrategisch dringend notwendig, in Europa einen mit konventionellen Waffen geführten Krieg zu verhüten. Er kann den Bewohnern dieses Kontinents unsäglich Qualen zufügen, und es besteht die große Wahrscheinlichkeit seines Ausartens in einen Kernwaffenkrieg.

Der Masseneinsatz konventioneller Waffen hatte im zweiten Weltkrieg katastrophale Folgen. Über seine Untersuchungen darüber schreibt Mitglied der Akademie Nikita Moissejew: "Als die Engländer und Amerikaner am Ende des Krieges Hamburg und Dresden bombardierten ..., war die Sprengenergie derart konzentriert, daß ein Feuersturm — eine sich selbst nährenden Kettenreaktion des Feuers — entstand... Es brannte alles: Holz, Plaste, Metall, Eisenbeton... Die Brände wurden immer stärker und erfaßten ein immer größeres Territorium. Schwarze Rauchwolken verhüllten das Licht der Sonne..." (Später wurden Wissenschaftler dadurch veranlaßt, die Auswirkung von durch Kernexplosionen verursachten Massenbränden auf das Klima der Erde zu untersuchen.)

Eine Unmenge von Städten und anderen Ortschaften der UdSSR, Polens, der Tschechoslowakei, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und anderer Länder wurde vernichtet. Industrie und Landwirtschaft erlitten unermessliche Verluste. Dabei wurde der Krieg "nur" mit konventionellen Mitteln geführt, die dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik entsprachen.

Jetzt stehen einander in Europa die beiden größten Streitmachtsgruppierungen der Welt gegenüber. Berge modernster Waffen — nuklearer, chemischer und konventioneller — sind aufgehäuft. Es heißt, daß sich in Europa 20mal so viel Waffen wie durchschnittlich auf der Erde befinden.

Besonders gefährlich ist die Lagerung neuester amerikanischer ballistischer und Mörser Raketen mittlerer Reichweite in den europäischen NATO-Ländern. Den Warschauer Vertragsstaaten gegenüber sind das Erstschlagswaffen. Ihr Erscheinen kann nicht auf eine Sorge der USA für die Sicherheit Europas zurückgeführt werden, vielmehr steckt die Absicht dahinter, sich "Warnschläge" gegen die Forderungen der sowjetischen interkontinentalen ballistischen Raketen und ge-

gen lebenswichtige Objekte im Westen der UdSSR zu ermöglichen, womit man einen eventuellen Gegenschlag gegen die USA abschwächen will.

In aller Welt, auch in den USA, sehen immer mehr Staatsmänner, Politiker und Wissenschaftler allmählich ein, daß man in einem Kernwaffenkrieg nicht siegen kann.

Ein Ausweg aus der Kernsackgasse!

Einen Ausweg aus der "atomaren Sackgasse" sehen die NATO-Strategen jedoch in einer beschleunigten Entwicklung und Erzeugung konventioneller Waffen, ohne daß zugleich das Wettrüsten mit Raketen und Kernwaffen eingestellt und die Möglichkeit ihres Einsatzes in einem bestimmten Stadium der Eskalation eines Krieges für ausgeschlossen gehalten werden würde.

Im Mai 1978 wurde auf einer Washingtoner NATO-Ratstagung ein langfristiges Militärprogramm (1978–1993) angenommen, das eine weitere Perfektionierung der für allgemeine Zwecke bestimmten Rüstungen und Kriegstechnik vorsieht. Besonderer Nachdruck wird dabei auf eine größere Angriffspotenz der Truppen in Europa gelegt. Im Jahre 1984 wurde beschlossen, die Bewilligungen für die Entwicklung der "konventionellen Kräfte" zu verdoppeln.

Im Pentagon werden Pläne für die "Strategie eines nichtnuklearen Weltkriegs", für einen "großen nichtnuklearen Konflikt zwischen USA und UdSSR", für einen "großen nichtnuklearen Weltkrieg" aufgestellt.

Vorläufig verwendet man die "konventionellen Kräfte" nur in regionalen Konflikten, aber auch in solchen haben seit 1945 schon über 35 Millionen Menschen den Tod gefunden. In seinen politischen Absichten hat der US-Imperialismus im selben Zeitraum rund 250mal von militärischer Gewalt gegen andere Staaten und Völker Gebrauch gemacht. In Europa hat er das bisher nicht gewagt.

Ist unser Kontinent aber vor einer solchen "Kraftprobe" sicher? Admiral Watkins, Stabschef der US-Marine, schreibt in seinem Referat "Die Marinestrategie": "Wir können nicht voraus-

sagen, wo der erste Schuß fallen, aber fast mit Sicherheit kann man sagen, daß ein Konflikt mit Europa zusammenhängen wird." Bekannt ist der "Rogers-Plan" (General Rogers ist Oberster NATO-Befehlshaber Europa), der einen nichtnuklearen Krieg in Europa mit Schlägen konventioneller Waffen gegen die gesamte Tiefenstaffelung der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten vorsieht. Rogers fordert von den NATO-Staaten andauernd eine weitere Perfektionierung der konventionellen Waffen nach neuester Technologie. Damit wird eine militärische und militärtechnische Überlegenheit über die Warschauer Vertragsstaaten angestrebt. In der Tat, die USA und ihre NATO-Partner machen bei der Entwicklung immer neuer, äußerst schlagkräftiger Waffensysteme zunehmend von den Erkenntnissen der modernen Wissenschaft, Technik und Technologie Gebrauch. Sieht man die Schlagkraft der Kernwaffen, die in kürzester Zeit Truppenmassen treffen sollen, als Gradmesser an, so kommt eine Anzahl von Mustern und Systemen konventioneller Waffen der Schlagkraft taktischer Kernmunition bereits nahe.

Weite Verbreitung bei den Streitkräften der NATO-Staaten haben Kassettengewaffen gefunden: Artillerieraketen und Bomben, Gefechtsköpfe für taktische Raketen, ferner Fliegerraketen und -bomben, spezielle Kassetten mit zahlreichen kleinen Munitionseinheiten (Subgeschossen) verschiedener Bauart und Bestimmung gegen Menschen, gegen nicht- oder leichtgepanzerter Technik sowie gegen Panzer.

Bei der Salve einer Division des amerikanischen reaktiven 240-mm-Salvenfeuersystems MLRS werden einige zehntausend Subgeschosse (!) abgefeuert, die auf einer größeren Fläche als Nukleargeschosse Ziele treffen.

Im Vietnamkrieg brachten die USA sogenannte Vakuumbomben zum Einsatz, die ein Luft- und Brennstoffgemisch versprühen und die entstehende Wolke zum Explodieren bringen. Menschen, die in den Bereich der Wolke geraten, werden vom Druck der Explosion getroffen oder ersticken infolge des Mangels an Sauerstoff, der bei der Explosion verbrennt. Die Vakuummunition ist etwa viermal so schlagkräftig wie die konventionellen Sprengbomben gleicher Masse. Die Schlagkraft der Vakuummunition wird durch Erhöhung der Wärmewirkung des Brennstoffs, durch seine feinere Versprühung und durch eine optimale Sprengwirkung noch gesteigert.

Die Napalmwaffen und das Napalm selbst werden perfektioniert: Ihre Brenntemperatur und Adhäsion (Aneinanderhaften von Stoffen und menschlichen Körpern) werden erhöht, und Selbstentzündung wird erzielt. Man entwickelt neue Mischungen dieser Art von wesentlich stärkerer Wirkung.

In letzter Zeit beschäftigt man sich in den NATO-Staaten angelegentlich mit

einer wesentlich größeren Treffsicherheit von Brandgeschossen und damit, Munition von hoher Präzision zu entwickeln, mit der man schnell und garantiert wichtigste kleine Ziele treffen kann. Ihrer Wirkung auf die Gefechtsordnung nach wird die Schlagkraft dieser Munition derjenigen nuklearer Munition entsprechen.

Bei den NATO-Stäben wird die gleichzeitige Vernichtung von Truppentransporten der Warschauer Vertragsstaaten in großer Tiefe eingeplant, was weite Gebiete der Länder (Städte, Objekte der Industrie und Landwirtschaft, die Bevölkerung), in denen es zu Kampfhandlungen kommen wird, bei mobilen Kampfhandlungen in Mitleidenschaft ziehen wird.

Bei einem Masseneinsatz konventioneller Waffen ist ein beabsichtigter oder zufälliger Angriff auf Depots gegnerischer Kern- und Chemiewaffen nicht ausgeschlossen, auch auf Depots der entsprechenden Munition, auf Startrampen, auf isothermische Fahrzeuge zur Beförderung nuklearer Sprengköpfe und Geschosse, auf Transportladefahrzeuge und ähnliche Objekte. Die Folgen können ebenfalls denen des Einsatzes entsprechender Massenvernichtungsmittel gleichkommen, sie können die Parität bei den taktischen Kernwaffen stören und unvorhersehbare Gegenschläge nach sich ziehen.

Schläge konventioneller Waffen können auch zahlreiche friedliche Kernkraftwerke und Kraftanlagen Europas zerstören. Das Ergebnis wäre einem Angriff mit Kernwaffen faktisch gleichzusetzen, er wäre aber viel folgenschwächer als die Havarie in Tschernobyl.

Die meisten Angriffswaffen der NATO-Länder haben eine doppelte Bestimmung — die Artilleriegeschütze des bei der NATO häufigsten Kalibers von 155 mm, Geschütze größeren Kalibers, Geschoßwerfer für Salvenbeschuß, ballistische und Flügelraketen sowie Luft-Boden-Raketen und -Bomben können sowohl gewöhnlich als auch nuklear (oder chemisch) geladen sein. Der Übergang von Kampfhandlungen nur mit konventionellen Waffen zu Kampfhandlungen mit Massenvernichtungswaffen kann plötzlich und unvorhersehbar sein. Dadurch entsteht gegenseitiges Mißtrauen und das Bestreben, die eigenen nuklearen Mittel in erhöhter Gefechtsbereitschaft zu halten, und das macht den Ausbruch eines Kernwaffenkrieges und seine Eskalation wahrscheinlicher.

Die Verwendung automatischer Systeme zur Lenkung von Truppen und Waffen, die Schaffung globaler Aufklärungssysteme und automatischer "Aufklärungs- und Vernichtungskomplexe", die Vollmechanisierung und hohe Beweglichkeit der Truppen sowie der Einsatz der militärischen Robotertechnik bewirken, daß immer mehr leitende Funktionen, die früher der Mensch ausübte, Automaten überlassen werden.

Der rasche Ablauf der Kampfhandlungen mit plötzlichen Veränderungen der taktischen und operativen Situation, das schnelle Vorrücken der gegnerischen Truppen, die Ausdehnung der Kampfhandlungen auf mehrere Länder Europas zugleich, die vorsätzliche Störung der Fernmeldekänae, die Kampfhandlungen zu beliebigem Tages- und Nachtzeit und bei beliebigem Wetter machen es der politischen und obersten militärischen Führung aus Zeit- und Informationsmangel unmöglich, Entscheidungen zu bestätigen. In äußersten Fällen kann das zu einer unwiderruflichen Eskalation der Kampfhandlungen einschließlich des Einsatzes taktischer Kernwaffen führen.

Die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten sind natürlich angesichts der Tatsache, daß die NATO-Staaten nicht nur die Kern-, sondern auch die konventionellen Waffen in Europa beispiellos aufstocken, zu Gegenmaßnahmen genötigt — dazu, sämtliche modernen konventionellen Waffen zu entwickeln und in den notwendigen Mengen zu erzeugen, um ihre Armeen damit auszurüsten. Aufgrund der modernen wissenschaftlichen, technischen und technologischen Erkenntnisse geschaffen, stehen sie mit ihren taktisch-technischen Gefechtscharakteristiken nicht hinter den Rüstungen der NATO-Länder zurück.

Das qualitativ und quantitativ fortwährende Wetttrüben führt, selbst wenn die Parität aufrechterhalten bleibt, zur Abnahme der Sicherheit in Europa. Es hat aber auch einen wirtschaftlichen Aspekt. Die alljährlichen Aufwendungen für die konventionellen Streitkräfte sind nach Angaben der Unabhängigen Palme-Kommission 5- bis 6mal so groß wie diejenigen für Raketenkernwaffen. Die Entwicklung neuester konventioneller Waffen und ihre Massenherstellung lastet schwer auf der Wirtschaft sämtlicher Länder Europas, auch der neutralen.

Den Weg zur Entspannung ebnen

Die UdSSR und ihre Bündnispartner suchen beharrlich weiter nach neuen Möglichkeiten, sie ergreifen neue Initiativen, dank denen Vereinbarungen erzielt und die Wege zur Reduzierung der Waffen und Streitkräfte in Europa und in der übrigen Welt geebnet werden könnten.

Von ausnehmender Bedeutung sind die gemeinsamen Budapester Vorschläge, die das Programm für die Vernichtung der Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen wesentlich ergänzen und erhärten. Es handelt sich um die 25prozentige Reduzierung der Streitkräfte beider Seiten (um mehr als 1 Million Mann) zu Beginn der 90er Jahre und als ersten Schritt guten Willens um die Reduzierung der Truppen des

Warschauer Vertrags und der NATO in einem oder in zwei Jahren um 100 000–150 000 Mann. Alle Reduzierungen müssen unter zuverlässiger und effektiver Kontrolle bei einer Verwendung der nationalen technischen Mittel und internationaler Verfahren einschließlich von Inspektionen an Ort und Stelle vorgenommen werden. Diese Vorschläge widerlegen restlos die spekulativen Argumente, laut denen die nukleare Abrüstung in Europa beim jetzigen Stand der konventionellen Rüstungen die Länder Westeuropas in eine ungünstige Lage bringen würde und die UdSSR gegen eine wirksame Kontrolle über die Ausführung der Vereinbarungen aufträte. In Wirklichkeit ist die UdSSR nicht weniger, sondern noch mehr als andere Staaten an einer strikten Kontrolle über die Befolgung der Vereinbarungen interessiert, wenn sie auch immer gegen eine Kontrolle ohne Vereinbarungen auftritt.

Von besonderer Tragweite ist jetzt das von der Stockholmer Konferenz angenommene Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa. Eine diesbezügliche Vereinbarung stellt einen Komplex politischer und militärischer Maßnahmen dar, die die Gefahr eines Krieges in Europa verringern würden. Sie ist aber deshalb so bedeutungsvoll, weil damit die Möglichkeit bewiesen ist, Vereinbarungen zu erzielen, wenn bei den Verhandlungspartnern der politische Wunsch und Wille dazu vorhanden ist.

Michail Gorbatschow sagte in seiner Ansprache am 14. Oktober: "Europa verdient es, von Kernwaffen frei zu werden und nicht länger eine Kernwaffenfangeisel zu sein." Man muß in Europa den Weg zur Entspannung bahnen und die Völker Europas von der Furcht vor einer nuklearen Katastrophe erlösen. Entsprechende Vorschläge zu Verhandlungen sind gemacht worden. Die epochalen Vereinbarungen sind jedoch infolge der Haltung der USA nicht zustande gekommen. Hierin zeigte sich nochmals die krasse Mißachtung der US-Regierung für die Lebensinteressen ihrer europäischen Bündnispartner. Die USA wollen sich durch SDI neueste Waffen, sowohl nukleare (einer "dritte Generation") als auch einer konventionellen Kategorie, verschaffen, was eine völlig neue, äußerst folgenschwere Phase des Wetttrübens einleiten würde.

Die Welt von heute ist zu klein und für Kriege zu zerbrechlich, nicht nur für nukleare, sondern auch für solche, bei denen "nur" konventionelle Waffen zur Einsatz kämen. Kriege aus dem Leben der Menschheit zu verbannen, die Konfrontation zu verringern, die Rüstungen und Streitkräfte auf ein vernünftige Maß zu reduzieren — all das ist eine äußerst wichtige Aufgabe, die für die Zukunft nicht allein Europas, sondern der ganzen Welt und der menschlichen Zivilisation entscheidend ist.

In Südmähren wurde der dritte Block des Atomkraftwerks Dukovany in Betrieb genommen

Die planmäßige Erprobung aller Sicherheitssysteme ist beendet...

Das Steuerwerk ist richtig eingestellt ...

Die Charakteristika der aktiven Zone sind überprüft...

Die staatliche Kommission nimmt die Berichte der Dienste entgegen, die den dritten Block des Kernkraftwerks "Dukovany" zur Inbetriebnahme vorbereitet haben. Das Protokoll über die Betriebsbereitschaft wurde unterzeichnet. Im zentralen Saal des KKW wird eine spezielle Fernsehkamera der IAEA eingeschaltet. Ein Griff am Tumbler — und Hunderte von Signallampen leuchten auf. Das Bedienungspersonal am Schaltpult liest die Angaben von den Displays ab, registriert die Angaben der Signalsysteme.

Es ist der dritte Atomreaktor des Typs VVER 440 im KKW "Dukovany" und der siebte in der CSSR. In einigen Monaten ist hier die Inbetriebnahme des vierten Blocks geplant. Dann wird das Kommando "Start" im KKW "Mochovce" (vier Blöcke je 440 MW) und im KKW "Temelin" (vier Blöcke je 1000 MW) erfolgen. Bis zum Jahr 2000 wird die Hälfte des gesamten Stroms im Lande von Kernkraftwerken erzeugt werden.

Der jetzigen Inbetriebnahme gilt besondere Aufmerksamkeit. Nach der Havarie von Tschernobyl ist es der erste Kernreaktor der Welt, der in Betrieb genommen wird.

Bohumil Vincenc, Direktor des KKW "Dukovany", berichtet:

"Um den Wohlstand der Gesellschaft um 1 Prozent zu steigern, muß die Stromerzeugung mindestens um 0,5 Prozent angehoben werden. Doch wie kann das in der CSSR geschehen, wo die natürlichen Energieressourcen praktisch verbraucht sind? Nach Berechnungen von Experten wird die Kohle bei ihrem heutigen Verbrauch kaum für unsere Enkel reichen. Wo sollen wir die Energie hernehmen? Die aussichtsreichste Richtung ist die gesteuerte thermokernleare Synthese. Diesbezügliche Forschungen erfolgen in vielen Ländern, einstweilen aber verfügen wir über die Energie des Atomkerns in den Kernkraftwerken. Allein die beiden Blöcke unseres Kraftwerks 'Dukovany' haben bereits 9 Mio t Braunkohle eingespart."

"Die Sicherheit der Arbeit eines KKW", fährt B. Vincenc fort, "ist im Prinzip vollständig durch die

Schutzsysteme gewährleistet. Wichtig sind dabei die Disziplin, die strikte Einhaltung der Vorschriften und die professionelle Organisiertheit des Personals, Faktoren, die unter allen Umständen das vorgesehene Arbeitsregime des Kraftwerks zu gewährleisten haben. Dem messen wir vorrangige Aufmerksamkeit bei."

Die Ausbildung der Fachkräfte für die

Die RGW-Tagung in Bukarest billigte das Programm für den Bau von Kern- und Wärmekraftwerken bis zum Jahre 2000. Zu Beginn des neuen Jahrtausends soll die Gesamtkapazität der Kernkraftwerke in den RGW-Ländern (ohne die UdSSR) 50 Mio kW gegenüber jetzt 8 Mio erreichen. Strom aus Kernkraftwerken wird 30 bis 40 Prozent der gesamten erzeugten Elektrizität ausmachen.

Bedienung der Kernkraftwerke erfolgt in der CSSR sorgfältig. Diverse Varianten von Störungen des Reaktors sowie des gesamten Kontroll- und Schutzsystems werden durchgespielt, nach optimalen Lösungen in allen nur denkbaren extremen Situationen wird gesucht. Wer für die Arbeit in einem tschechoslowakischen KKW ausgewählt wurde, wird nach der Hochschule weitere drei Jahre an einem besonderen Simulator ausgebildet. Und erst, nachdem er 60 Examen abgelegt hat, darf er an einem eingeschalteten Reaktor arbeiten.

Für Juri Malkow, den Leiter der Gruppe sowjetischer Experten im Kraftwerk, ist die Atomenergiewirtschaft eine Berufung. Er baute Kernkraftwerke in der Sowjetunion, baute sie auch in der DDR.

"Kann es geschehen", fragen wir ihn, "daß ein Bedienungsfehler zur Havarie führt?"

"Ausgeschlossen", antwortet Malkow. "Computer kontrollieren die Arbeit aller Systeme des KKW und steuern die Schutzvorrichtungen. Werden aber diese Vorrichtungen beschädigt oder abgeschaltet, dann wird die Automatik augenblicklich den gesamten Block stoppen."

"Sie wollen sagen, daß in den Kernkraftwerken ein geschlossenes Sicherheitssystem fehlerfrei funktioniert? Und die Havarie in Tschernobyl?"

"Den Sicherheitssystemen ist die ganze Arbeit der Kernkraftwerke untergeordnet. Doch der menschliche Faktor bleibt..."

Die Konstruktion des Kraftwerks "Dukovany" besitzt eine enorme Sicherheitsreserve. Sie hält einem Erdbeben stand, übersteht Orkanböen und Wirbelwind. Das KKW wurde unter Berücksichtigung sogar einer so wenig wahrscheinlichen Situation errichtet wie dem Absturz eines Flugzeuges auf das Kraftwerk. Die Garantiezeit für diese Sicherheitsreserve beträgt 31 Jahre. Für ein Jahr weniger ist der Betrieb des KKW vorgesehen. Natürlich ist das Kraftwerk nicht billig. Doch zumindest in einigen Jahren werden sich alle Ausgaben voll rentieren, und das Kraftwerk wird reinen Gewinn abwerfen.

Die Journalisten baten die Leiter des KKW um die Produktionskennziffern des Kraftwerkes. Der erste Block gab der Volkswirtschaft der CSSR 1985 fast 2,5 Md. kWh Strom. Der im März d. J. angeschlossene zweite Block erzeugte bereits 2,3 Md. kWh, und jetzt ist auch der dritte Block in Betrieb. Im Juli 1987 ist die Inbetriebnahme des vierten Blocks vorgesehen.

"Das Programm für den Bau von Kernkraftwerken in der Tschechoslowakei wurde verschiedenen Gerüchten zum Trotz nicht rückgängig gemacht", berichtete mir der Vorsitzende der tschechoslowakischen Atomenergiekommission, Stanislav Havel. "Überdies wurde die weitere Entwicklung der diesbezüglichen Zusammenarbeit beschlossen. Erst vor kurzem besuchte ich Kecerovce, wo bereits das Gelände für den Bau des künftigen KKW ausgewählt wurde. Gegen Jahresende werden wir wohl das Baugelände auch für das anschließende KKW festlegen. Es sei dabei gesagt, daß der gesamte weitere Zuwachs der Stromerzeugung in der Tschechoslowakei ausschließlich durch Kernkraftwerke erfolgen wird. Der Bau von Wärmekraftwerken im Lande wurde eingestellt."

W. RSHEWSKI
TASS-Korrespondent
exklusiv für die NZ

Prag

Hinter den Kulissen einer permanenten Aggression

NACH SAMORA MACHELS TOD • BANDITEN IN PRETORIAS SOLD
• GEFAHR DES "NEOGLOBALISMUS" • FRELIMO WEITER AUF BEWÄHRTEM
KURS

Die Ereignisse in der Volksrepublik Mocambique gehören heute zu den Hauptthemen der Weltpresse.

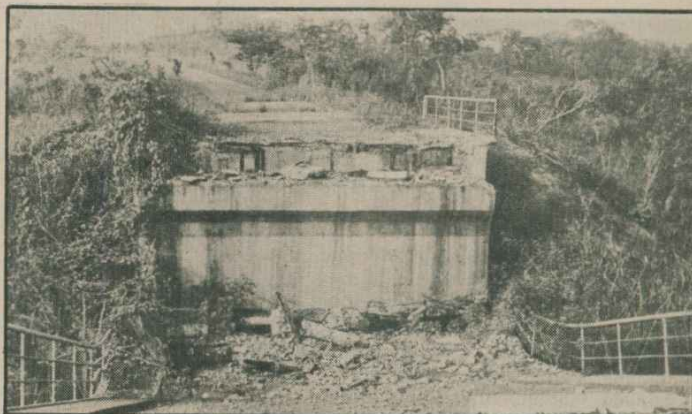
Alles begann am 19. Oktober d. J., als der Staatspräsident der VR Mocambique

Treibstoff gehabt und die Besatzung Fehler begangen. Aber die Aufzeichnungen der "schwarzen Kästen" werden geheimgehalten.

Die Überlebenden sowie Fachleute,

Verantwortung für Machels Tod die Machthaber in Pretoria trifft. Pretoria leugnet, obwohl dort auch nicht verborgen wird, daß man über den Tod eines Widerspenstigen nicht ganz unglücklich ist. Dort werden sogar ausgiebig "Möglichkeiten" erörtert, die sich der RSA nach Machels Tod bieten könnten. Auch die US-Presse erörtert solche "Möglichkeiten" eifrig, und zwar vom Standpunkt des Weißen Hauses und der US-Politik in Afrika. Die bürgerlichen Massenmedien des Westens machen bei der Gelegenheit Reklame für den "Mocambiquischen Nationalen Widerstand" (RNM), eine Organisation von Feinden des mocambiquischen Volkes, von Kreaturen und Agenten des Rassistenregimes in Pretoria.

Unter anderem wurde die zynische Erklärung eines gewissen Paulo Oliveira, eines "RNM-Vertreters in Europa", aufgegriffen und verbreitet, worin die FRELIMO und ihre Führer verleumdet und bedroht werden und sich die RNM-Banden ihrer "Siege" auf mocambi-



Soldat der Volksstreitkräfte Mocambiques in einem von RNM-Banditen eben erst befreiten Gebiet. Diese Brücke wurde von Banditen gesprengt

Fotos: AIM--TASS

und Präsident der FRELIMO-Partei (Befreiungsfront von Mocambique), Samora Machel, bei einer Flugzeugkatastrophe ums Leben kam. Er kehrte aus Lusaka (Sambia) zurück, wo er an einem Gipfeltreffen der von der rassistischen RSA befeindeten "Frontstaaten" teilgenommen hatte. Das Unglück passierte an der Grenze zwischen Mocambique und der RSA, wobei das Flugzeug auf das Gebiet des Rassistenregimes stürzte.

Immer neue Versionen über die Ursachen der Tragödie verbreiten sich. Das Regime in Pretoria sucht der ganzen Welt einzureden, die Maschine des Präsidenten sei technisch nicht in Ordnung gewesen, habe zu wenig

die die Methoden der auch von der RSA in Anspruch genommenen westlichen Geheimdienste kennen, behaupten, Machel sei einem Komplott der Feinde des mocambiquischen Volkes, vor allem Pretorias, zum Opfer gefallen. Bekanntlich hatten die südafrikanischen Geheimdienste schon einmal versucht, Samora Machel durch Vergiftung zu "beseitigen". Damals mißlang diese Untat des internationalen Terrorismus, aber in den Tagen kurz vor dem Tod des Nationalhelden des mocambiquischen Volkes entfesselte Pretoria eine Kampagne gehässiger Drohungen an seine Adresse. Das unabhängige Afrika ist heute einmütig überzeugt, daß die

quischem Territorium rühmen. Im Westen spricht man immer häufiger von Afonso Dhlakama, "Vorsitzender und Oberbefehlshaber des RNM", der in den Machtkämpfen mit RNM-"Generalsekretär" Evo Fernandes die Oberhand gewonnen hat. Wie gemeldet wird, lud die erreaktionäre amerikanische "Heritage Foundation", die aufs engste mit dem Weißen Haus verbunden ist, RNM-Vertreter nach Washington zu "Konsultationen" ein; zwei Gruppen von Lobbyisten rivalisieren im Kampf um das Recht, die Interessen des RNM in den USA zu vertreten. Bekannt ist ferner, daß Pentagon-Chef Weinberger und CIA-Chef Casey eine größere amerikanische Hilfe für die "Freiheitskämpfer" aus dem RNM und eine allseitige Unterstützung für sie verlangen, wie sie Washington z. B. den Banden Jonas Savimbis (UNITA) erweist, die einen

blutigen Terror gegen Angolas Volk ausüben.

Daß die Washingtoner Lobbyisten bei RNM an UNITA denken, ist logisch. Ebenso wie die UNITA in Angola strebt der RNM die Macht in Mocambique an, ohne vor etwas haltzumachen. Die einen wie die anderen helfen sich mit Terror und Gewalt, mit Destabilisierung und der Auslösung eines Wirtschaftschaos weiter. Wie ein Mitglied der mocambiquischen Regierung sagte, hat die feindliche Tätigkeit der RSA und der von ihr gelenkten RNM-Banden Mocambique seit der Ausrufung der Volksrepublik 1975 bereits über 4 Md. Dollar und über 100 000 Menschenleben gekostet. Die Mocambiquer, die in den von Dhlakamas Banden terrorisierten Gebieten leben — etwa ein Viertel der Bevölkerung — sind von Hunger bedroht.

Kurz vor Machels Tod unternahm Pretoria eine großangelegte wirtschaftliche Diversion gegen Mocambique und gab die bevorstehende Ausweisung von Tausenden mocambiquischer Bergleute aus der RSA bekannt, die dort auf Vertragsbasis arbeiten und ihrem Land einen wesentlichen Zustrom an harter Währung, etwa 50 Mio Dollar im Jahr (fast ein Drittel von Mocambiques Valutaeingängen), sichern. Dieser Schritt war eine weitere Aktion im nichterklärten Krieg, den Pretoria gegen die VR Mocambique seit den ersten Tagen ihrer Unabhängigkeit führt. Im März 1984 unterzeichnete die RSA zwar den sogenannten Nkomati-Vertrag mit Mocambique (über gegenseitige Nichteinmischung), aber er wurde von Pretoria nie erfüllt. So erklärte Mocambiques Sicherheitsminister Vieira Ende September direkt: "Die südafrikanischen Kräfte bauen auf mocambiquischem Boden Pisten und entsenden alle möglichen Flugzeuge zur Versorgung der Banditen." Die Londoner "Sunday Times" stellt fest: "Die militärische Aufklärung" (der RSA) "betrachtet den RNM als wichtige Ostflanke der RSA-Strategie zur Destabilisierung. Er ist ebenso stark wie Savimbis angolansische UNITA-Kräfte im Westen; zusammen bilden sie eine 'Zange' des RSA-Einflusses um die 'Feinde', Simbabwe und Sambia, und schneiden diese beiden Länder vom Meer ab." Im August d. J., als die vereinten Streitkräfte von Mocambique und Simbabwe einen RNM-Stützpunkt in Gorongosa besetzten, fielen ihnen in Mocambique die Tagebücher eines Banditenchefs und andere wichtige Dokumente in die Hände, die Pretoria überführen, die "Freiheitskämpfer" ausgerüstet, finanziert und politisch unterstützt zu haben.

Jetzt hoffen die RSA-Machthaber, daß Machels Tod in Mocambique politische Unruhen auslösen wird. Gewisse Kräfte glauben auch, daß vielleicht der innere und äußere politische Kurs der VRM abgeändert werde. Die "Washington Post" sieht Machels Tod in dieser Hinsicht als eine (für die US-Administra-

tion) "günstige Chance" an und empfiehlt Präsident Reagan, Mocambique unter starken, mannigfachen Druck zu setzen und auch vor politischen Drohungen und wirtschaftlicher Erpressung nicht zurückschrecken. "Falls die FRELIMO-Regierung Reagans Initiativen ignorieren sollte", hetzt die "Washington Post", "sollte er es erwägen, im Rahmen seiner Doktrin der Hilfe für Freiheitskämpfer die Rebellen direkt militärisch zu unterstützen." Das Blatt meint die von Reagan verkündete unrühmliche "Doktrin des Neoglobalismus".

Doch die Entwicklung in Mocambique verläuft nach Machels Tod anders, als Pretoria und Washington es möchten. Am 3. November fand in Maputo ein außerordentliches ZK-Plenum der FRELIMO statt und wählte Joaquim Alberto Chissano zum Vorsitzenden der Partei. Laut Verfassung wurde er zugleich auch Präsident der VR Mocambique und Oberbefehlshaber ihrer

Streitkräfte. Die Teilnehmer des Plenums beschlossen das einstimmig und machten so die Hoffnungen der RSA und der USA auf die Machtkämpfe und eine politische Spaltung unter den mocambiquischen Patrioten zunichte.

Wie er sagte, sei Samora Machel im Kampf gegen die Apartheid, für Frieden und Gerechtigkeit gefallen. Chissano betonte, wie kompliziert die Situation sei, in der dieses Plenum tage: Die Feinde der Revolution hätten eine Kampagne der Drohungen gegen die VRM aufgezo-gen. Die vordringliche Aufgabe des mocambiquischen Volkes sei noch immer die Bekämpfung der bewaffneten Banditen. Es gelte, alle Menschen- und materiellen Ressourcen zu mobilisieren, um die revolutionären Errungenschaften zu erhalten und den Aufbau des Sozialismus zu sichern. Das Land müsse die feindlichen Kräfte, die seine Souveränität, territoriale Integrität und Freiheit bedrohen, aktiv abwehren.

J. KORSCHUNOW

BIOGRAPHISCHES

PRÄSIDENT DER VR MOCAMBIQUE Joaquim Alberto CHISSANO



Am 3. November wählte ein außerordentliches Plenum des ZK der Frelimo-Partei einstimmig Joaquim Alberto Chissano zum Parteivorsitzenden. Entsprechend der Verfassung des Landes übernahm er die Pflichten des Präsidenten der VR Mocambique und des Oberbefehlshabers der Volksbefreiungskräfte des Landes.

Joaquim Chissano wurde am 22. Oktober 1939 in Chibuto, Provinz Gaza, im Süden Mocambiques geboren. Sein Vater war Angestellter der Kolonialverwaltung. Nach Abschluß des Gymnasiums in Lourenco Marques (heute Maputo) ging er 1960 zum Studium nach Portugal. Bewährte sich als Organisator des Verbandes der Studenten

Mocambiques. Um seiner Verhaftung wegen aktiver politischer Tätigkeit zu entgehen, begab er sich 1961 nach Frankreich, wo er sich der Bewegung für die nationale Befreiung Mocambiques anschloß.

Joaquim Chissano ist Mitglied der Frelimo, der Befreiungsfront von Mocambique, seit deren Gründung 1962. 1963 wurde er in das ZK und das Exekutivkomitee der Frelimo kooptiert. Joaquim Chissano gehört zu den Organisatoren und Leitern des bewaffneten Kampfes des mocambiquischen Volkes gegen die portugiesische Kolonialmacht 1969 wurde er Mitglied des politisch-militärischen Komitees der Frelimo. Viele Jahre leitete er die Frelimo-Vertretung für Ostafrika mit Sitz in Dar es Salaam.

Nach Beendigung des Kolonialkrieges in Mocambique wurde Joaquim Chissano im September 1974 Ministerpräsident der Übergangsregierung des Landes. Mit der Verkündung der Unabhängigkeit und der Bildung der VR

Mocambique am 25. Juni 1975 wurde er Außenminister der VR Mocambique, ein Amt, das er bis zu seiner jetzigen Ernennung innehatte.

Seit Februar 1977, als auf dem III. Parteitag die Befreiungsfront zur Frelimo-Partei umgebildet wurde, ist Joaquim Chissano Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Partei.

Er hat den militärischen Rang eines Generalmajors.

Joaquim Chissano besuchte wiederholt die Sowjetunion. Leitete im November 1985 die Partei- und Regierungsdelegation Mocambiques. Nahm als Delegationsleiter der Frelimo-Partei am XXVII. Parteitag der KPdSU teil.

In einer kürzlichen Rede bekräftigte Joaquim Chissano die Unveränderlichkeit des Kurses Mocambiques auf den Aufbau des Sozialismus im Lande. Er konstatierte, daß sich die Republik weiter aktiv an der Tätigkeit der Frontstaaten beteiligen, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und zu allen interessierten Ländern weiterentwickeln werde.

Ist der Löwe erwacht?

Großbritannien ist offenbar von einem militanten Geist erfaßt worden. Im Laufe einer Woche brach London die diplomatischen Beziehungen zu Syrien ab, dann erklärte es eine 150-Meilen-Zone um die Falklandinseln (Malwinen) für gesperrt.

Man könnte da denken, daß wie vor 100 Jahren alles plötzlich erneut der "Herrscherin der Meere" untertan zu sein hat. Und der britische Löwe, der schon so häufig zu sein schien, hat eine solide Dosis des Elixiers der Jugend geschluckt — er stößt ein drohendes Brüllen aus und zeigt die Krallen...

Vielleicht erklärt sich die Aggressivität tatsächlich durch den Zustrom frischer Kräfte? Oder steht Großbritannien an der Schwelle eines wirtschaftlichen Booms, und die Arbeitslosigkeit, jetzt fast vier Millionen, geht zurück? Oder haben die Ölquellen in der Nordsee erneut zu sprudeln begonnen und verheißen neue "Eldorados"?

Nichts Derartiges geschieht offenbar. Woher dann diese Streitlust? Oder sind die ungelösten Probleme schuld?

Mit dem Gedanken an Wahlen

Im September/Oktobre fand in Großbritannien der traditionelle Kongreß der Trade Unions (TUC) statt. Dann, mit geringen Intervallen, die Konferenzen der Oppositionsparteien: der Liberalen, der Sozialdemokraten, der Labour Party und schließlich die Konferenz der regierenden Konservativen Partei. Sie alle hatten in diesem Jahr einen besonderen Sinn...

In Großbritannien nähern sich möglicherweise Parlamentswahlen. Möglicherweise, weil den Regeln zufolge bis zum Ende der Fünfjahresfrist des jetzigen Parlaments noch mehr als anderthalb Jahre sind. Doch die Regierung hat das Recht, Wahlen früher, zu einem für die Regierungspartei passenden Augenblick, anzusetzen — so sieht das in der ältesten bürgerlichen Demokratie der Welt aus.

Doch sowohl die ökonomischen Kennziffern als auch die politischen Stimmungen im Lande geben den Tory-Führern keinen Anlaß zur Selbstzufriedenheit. Die Unzufriedenheit mit der Politik Margaret Thatchers nahm sogar in ihrer eigenen Partei zu. Namhafte Tories — so Lord Stockton (der ehemalige Premierminister Harold Macmillan), Edward Heath (gleichfalls früher Kabinettschef), Francis Pym (ehemaliger Außenminister), Michael Heseltine (kürzlich noch Verteidigungsminister) und nicht wenige andere — bekunden offen, daß sie mit verschiedenen Aspekten der Tätigkeit der Regierung nicht einverstanden sind.

Hauptgrund für ihre Besorgnis sind die Gefahren, die mit der weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit zusammenhängen. Doch nicht nur das. Ihre Gereiztheit, wenn auch gebärdigt durch die Parteidisziplin, wurde von der allzu großen Willfährigkeit Londons gegenüber Washington hervorgerufen. Margaret Thatchers kritische Replik bezüglich der US-Intervention in Grenada konnte kaum

jemand irreführen — sie sollte offenkundig nur die Mitglieder des Commonwealths "befrieden".

Der prinzipielle Kurs aber wird ohne Umschweife geäußert. Unsere Regierung ist proamerikanisch, erklärte Margaret Thatcher wiederholt in den letzten Jahren. Was Tory-Führer früher als unangebracht erachteten, so offen zu verkünden, wird heute mit Pathos proklamiert.

Meinungsumfragen zufolge sind die Briten in ihrer Mehrheit nicht so proamerikanisch eingestellt. Sie sorgen sich um das Schicksal vor allem ihres Landes und erhalten immer neue Bestätigungen für eine alte Wahrheit: Nicht alles, was für die USA gut ist, ist unbedingt auch gut für Großbritannien. Die Zahl der Briten, die die auf der Labour-Konferenz erklärte Absicht unterstützen, die US-Atomwaffen aus dem Lande zu entfernen, nimmt zu. (Viele, wenn auch nicht die Mehrheit, treten für die Beseitigung überhaupt aller US-Militärstützpunkte auf britischem Boden ein.) Immer mehr Einwohner von Albion sprechen sich auch für einen Verzicht auf eigene Nuklearwaffen aus.

Allerdings ist die Haltung der britischen Oppositionsparteien zu diesen Fragen nicht ganz eindeutig. So treten der Führer der Liberalen, Steel, und sein Verbündeter in der Wahllianz, der Führer der Sozialdemokraten, Owen, für die Beibehaltung der britischen Nuklearkraftsysteme ein — zumindest, bis ein internationales Abkommen über die Reduzierung dieser Waffen erzielt wird. Doch die meisten Delegierten der Konferenz der Liberalen sprachen sich trotz der Meinung der Führung gegen eine Modernisierung und Aufstockung der britischen Nuklearkräfte aus.

Was die sozialökonomische Politik der Tories angeht, so wird sie von den Oppositionsparteien einmütig abgelehnt. Zweifelsohne alarmierte die Konservativen jener Geist der Geschlossenheit, der anders als in früheren Jahren sowohl auf dem TUC-Kongreß als auch auf der Konferenz der Labour Party dominierte.

Bezeichnenderweise beginnt man jetzt bereits diverse Kombinationen für die Zeit nach Wahlen durchzuspielen. Eine Zusammensetzung des Parlaments wird prognostiziert, bei der keine Partei die klare Mehrheit erringt und folglich einen Partner braucht. Ein Teil der Politiker der Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten bietet zuvor den Tories — doch ohne Margaret Thatcher — ihre Dienste an.

So sieht der innenpolitische Hintergrund aus, vor dem sich besagte Ereignisse vollziehen. Kehren wir zu ihnen zurück.

Bösewicht gefunden

Was nun war tatsächlich die Ursache für die antisyrische Demarche? Anlaß für

Londons "gerechten Zorn" war die angebliche Beteiligung Syriens an einem Versuch, auf dem Flughafen Heathrow eine Maschine der israelischen Fluggesellschaft zu sprengen. Eine solche Aktion kann nur Mißbilligung hervorrufen.

Doch viele Umstände dieses Falls sind unklar. Die von London den EG-Partnern präsentierten "Beweise", um sie zu "Sanktionen" gegen Syrien zu nötigen, stießen gleich auf großen Zweifel. Und erst nach verzweifelter Druck gelang es London, von den EG-Ländern eine offen unwillige Bekundung der "Solidarität" zu erlangen. Griechenland aber betrachtete die Argumente der britischen Regierungsvertreter überhaupt als nicht überzeugend.

Doch es geht dabei nicht nur um die Gewichtigkeit (genauer gesagt die nichtvorhandene Gewichtigkeit) der "Beweise". Großbritannien legt bei seiner Mißbilligung des Terrorismus zweifache Maßstäbe an. Die "Financial Times", die wohl kaum Sympathien für Terroristen empfindet, erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Großbritannien auf die Invasion Israels 1982 in Libanon praktisch nicht reagierte, obwohl sie "zum Tod vieler Araber und zu schweren Zerstörungen führte".

Der Richter, der das Urteil wegen des versuchten Diversionsaktes in Heathrow (45 Jahre Gefängnis) fällte, rief aus: "Wir werden keine Aktionen von Terroristen aus anderen Ländern dulden, die in unserem Land oder von unserem Territorium aus operieren!" Schön! Nur warum tut dann die ruhmreiche britische Justiz nichts, um z. B. die Tätigkeit der Sikh-Terroristen im Vereinigten Königreich zu unterbinden? Haben die ja Indira Gandhi eigenhändig ermordet, bereiteten sie diverse Attentate auf Rajiv Gandhi vor. Doch gegenüber den Sikh-Extremisten wird Nachsicht gezeigt — trotz der wiederholten Aufrufe Delhis an London, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen. Unteres terrorisieren die Sikh-Separatisten jene ihrer in Großbritannien lebenden Landsleute, die ihre Parolen nicht teilen.

Was also? Gibt es zwei Arten von Terrorismus? Jenen, den man in Großbritannien "nicht duldet", und jenen, den man, warum auch immer, zu tolerieren bereit ist?

Eine Wiederholung!

Nun zur Falkland-Story. London, das eine 150-Meilen-Zone, in der der Fischfang untersagt wurde, um die Inseln proklamierte, erklärte, es werde den Zugang militärisch sperren. Offizielle Vertreter erklärten: Falls erforderlich, solle die britische Militärpräsenz verstärkt werden.

Warum bläst London erneut zum Sammeln? Nähern sich etwa argentinische Kriegsschiffe in voller Fahrt der Inselgruppe? Nein. Wie sich herausstellt, ist für Großbritannien eine Bedrohung ganz anderer Art entstanden: Im Südatlantik sind, wie London meint, zu viele Fischtrawler aufgetaucht. Außerdem habe es sich Argentinien erlaubt, Fischereiabkommen mit der UdSSR und Bulgarien zu unterzeichnen. Ist denn da nicht klar, daß all dies eine direkte Bedrohung für die Sicherheit und die Interessen

Großbritanniens (obgleich es kaum mit dem Dorschfang in seinen Anrainermeeren fertig wird) schafft?

Da wird deutlich: Es geht nicht um die Fischerei, sondern um etwas ganz anderes. Entgegen den UNO-Resolutionen hat London fest Kurs auf die Verwandlung des Archipels in eine "Festung" genommen und weigert sich, die Frage der Souveränität mit Buenos Aires zu erörtern. Bereits jetzt kommen auf jede alteingesessene Falkland-Familie ca. vier Tommies. Eine Piste für schwere Flugzeuge wurde angelegt. All das kostet den britischen Steuerzahler über 0,5 Md. Pfund Sterling jährlich.

Großbritannien kann sich das, wie viele einflußreiche Politiker in London meinen, nicht leisten, und zudem ist es



Die Nachfahren von Kapitän Flint. Das Foto entstand beim Falklandfeldzug. Die britischen U-Boot-Fahrer zeigen auch heute die Piratenflagge, wenn sie einen "Sieg" feiern...

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

militärisch sinnlos. Man erinnert sich, daß bereits in den 50er Jahren der britische Generalstab vorschlug, die Ansprüche auf die Inseln fallen zu lassen. Interessant ist, daß, als die Frage 1954 im Kabinett erörtert und der erste Lord der Admiralität gebeten wurde, auf der Landkarte zu zeigen, wo sich denn diese für Großbritannien so wichtigen Inseln befinden, er auf eine Region, Zehntausende Meilen von den Falklandinseln entfernt, wies, allerdings im gleichen Ozean.

Seitdem haben, wie man sieht, die geographischen Erkenntnisse der Leiter des Kriegsmarineministeriums enorm zugenommen. Ebenso wie deren Verständnis für die strategische Bedeutung der Inseln — offenbar mit Hilfe der Geographen vom Pentagon. Und das, was Großbritannien nicht allein zu be-

wältigen vermag, läßt sich viel leichter bewerkstelligen mittels des Systems der "besonderen" britisch-amerikanischen Beziehungen. Erfahrungen sind bereits beim Falkland-Feldzug 1982 gesammelt worden. Damals wurden auf persönliche Anweisung Caspar Weinbergers und natürlich mit Wissen von Präsident Ronald Reagan die britischen Seestreitkräfte ununterbrochen mit Spionageinformationen von US-Satelliten versorgt, die königliche Flotte bekam amerikanischen Treibstoff und das Pentagon hielt einen Flugzeugträger bereit, um ihn, falls erforderlich, den Briten zu überlassen.

Die jetzige Proklamierung der "Sperrzone" durch London erinnert an die bereits vor vier Jahren um die Falkland-Inseln proklamierte "Kriegszone". Damals versenkten britische Admirale den argentinischen Kreuzer "General Belgrano" mit 368 Seeleuten an Bord, der die "Zone" bereits verlassen hatte. Gewisse Leute in London brauchten das nicht aus militärischen, sondern aus politischen Erwägungen, um die Versuche einer Beilegung des Konflikts zu torpedieren und bei der Gelegenheit — durch einen so glänzenden Seesieg — chauvinistische Stimmungen im Lande zu schüren.

Wozu? Man mußte an Wahlen denken. Die Beobachter konstatierten fast einmütig, daß es Margaret Thatcher gerade auf den Wellen des Jingoismus gelang, im Juni 1983 einen überlegenen Wahlsieg zu erringen (die Spaltung in der Labour Party war zweifelsohne ein weiterer Grund.) Bestimmen nicht die gleichen Motive auch die heutigen Handlungen Londons? Die Tory-Führer möchten sich offenbar der Öffentlichkeit als Neuaufgabe von Richard Löwenherz präsentieren, indem sie kompromißlos und kühn die britischen Interessen überall — im Zentrum Londons, im Südatlantik und im Nahen Osten — verteidigen... Ganz wie in früheren Zeiten.

Doch das wird immer schwieriger, riskanter. Und hier wird ein weiterer Aspekt des Problems deutlich. Ohne Abstimmung mit den USA würde sich Großbritannien nicht zu so kategorischen Schritten entschließen. Nicht von ungefähr applaudierten nur Washington und Tel Aviv der antisyrischen Kampagne Londons.

Für Washington ist es nur logisch, daß Großbritannien, nachdem die USA unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus eine aggressive Kampagne gegen Libyen entfesselt haben, eine entsprechende Initiative bezüglich Syrien ergreift. Ist ja Syrien, wie die "Financial Times" schrieb, "der einzige arabische Frontstaat geblieben, den Israel Grund hat zu fürchten".

Doch ist das etwa logisch und vernünftig für Großbritannien? Gerade erst wurde der 30. Jahrestag des Scheiterns des Suez-Abenteuers "begangen", bei dem London zusammen mit Israel und Frankreich Ägypten überfiel. Eigentlich kann man sich kaum eine deutlichere historische Lehre denken! Unterdes versucht die britische Regierung heute, Syrien aus dem Spiel zu ziehen. Dabei konnte noch unlängst der Eindruck entstehen, London wolle im Nahen Osten sozusagen als Vermittler auftreten, der ausgewogene Beziehungen zu allen Konfliktparteikern unterhält. Wie man

sieht, waren die atlantischen Verpflichtungen ein weiteres Mal stärker als die nationalen Interessen. Wird ja Großbritannien trotz allem Syrien nicht isolieren können, doch sich selbst aus dem Spiel im Nahen Osten zu ziehen, hat es alle Chancen.

Etwas Ähnliches geschieht auch mit den Falklandinseln. Warum pockert Großbritannien so hoch, wobei es die Proteste Argentinien und anderer lateinamerikanischer Staaten geringschätzig abtut? Es fordert die gesamte Völkergemeinschaft heraus — hat ja die UNO-Vollversammlung unlängst den Südatlantik zur "Zone des Friedens und der Zusammenarbeit" erklärt.

Der Grund ist, daß Washington und Präsident Reagan persönlich (er sprach bereits 1980 davon) seit langem im Südatlantik etwas Ähnliches wie die NATO schaffen wollen, um die Völker sowohl Südamerikas als auch des südlichen Afrika im Visier zu halten.

"Ein Maßanzug"

Einst bemühten sich die Tories, bei den Engländern die Vorstellung von ihrer Partei nicht als einer engen Klassenpartei, sondern als Repräsentantin der Interessen eines Großteils der britischen Gesellschaft zu verankern. Heute gelingt ihnen das nicht sonderlich. So erklären sich auch die fieberhaften Versuche, mit allen Mitteln "das Gesicht zu wahren" und Korrekturen vorzunehmen.

Die Konferenz der Konservativen im Oktober d. J. stand unter der Devise: "Der nächste Schritt — nach vorn." Keine schlechte Devise. Nur bevor dieser Schritt getan wird, sollte man sich davon überzeugen, daß vor einem fester Bodeh ist.

In den 70er wie in den 80er Jahren erinnerten viele einflußreiche britische Politiker daran, Großbritannien müsse einen "Maßanzug" tragen, wobei man meinte, es sei erforderlich, seine außenpolitischen Ambitionen den realen Möglichkeiten anzupassen. Doch offenbar kann man partout nicht das richtige Maß finden.

Niemal attackiert den Status Großbritanniens als Großmacht mit internationalen Interessen. Es geht um etwas anderes. In der jetzigen Epoche, die einen Verzicht auf viele überholte außenpolitische Dogmen verlangt, bekommt man internationales Ansehen nicht mit jenen Methoden, zu denen London jetzt greift. Weder die antisyrische noch die Falklandaktion werden Großbritannien Lorbeeren bringen. Und das gilt übrigens auch für seine absolut destruktive Haltung zum Problem der nuklearen Abrüstung. Übrigens ist möglicherweise einer der Gründe für Londons Neurose, daß die britische Regierung durch die jüngsten sowjetischen Friedensvorschläge in einer schwierigen Lage ist.

Wie dem auch sei, nicht das Brüllen des Löwen (der zudem nicht gerade zu den passendsten Augenblicken erwacht), sondern nur ein positiver Beitrag zur Lösung der akuten internationalen Probleme kann dazu führen, daß Großbritannien wieder Ansehen und Einfluß in der Welt erlangt.

A. LEBEDEV

In Indien flammte erneut die Diskussion über den staatlichen Sektor in der Wirtschaft auf.

Auf Kommandohöhen

"Ein entwickeltes Entwicklungsland" — das ist die scheinbar paradoxe Definition, mit der man Indien in den Weltwirtschaftsübersichten, die von internationalen Organisationen publiziert werden, immer häufiger bezeichnet.

Gurnam Saran, Exekutivdirektor des Betriebes für schweren Energiemaschinenbau "Bharat Heavy Electricals Ltd.", hat mir geholfen, aus diesem Paradoxon schlau zu werden. Sein Betrieb gehört zu den größten im staatlichen Sektor Indiens und befindet sich in Hardwar, einer Stadt am Ganges, etwa 200 km nordöstlich von Delhi. Der Grund für meinen Besuch in dieser Stadt war die Feierstunde aus Anlaß des Montageabschlusses und des Beginns der Erprobung eines 500-Megawatt-Turbogenerators. Durch erfolgreiche Erprobung dieses überdimensionalen Energieblocks ließ der Betrieb (gebaut mit ökonomischer und technischer Unterstützung der UdSSR) Indien unter die Dutzend Länder der Welt aufrücken, die derart leistungsstarke Turbogeneratoren produzieren können.

In den letzten Jahren, erklärte mir G. Saran, läßt sich im Energiemaschinenbau weltweit die Tendenz verfolgen, leistungsstarke und superleistungsstarke Energieblöcke zu bauen. Sie zeichnen sich durch mehr Wirtschaftlichkeit und Rentabilität aus. Die Regierung Indiens

erkannte diese Tendenz und erteilte vor anderthalb Jahren der Leitung des Betriebes in Hardwar, der bis dahin Turbogeneratoren mit einer Nennleistung bis etwa 200 MW herstellte, den Auftrag, einen Energieblock mit erhöhter Leistung zu schaffen. Auch einen politischen Aspekt gab es bei diesem Auftrag, meint der Direktor. Hätten die Fachkräfte des Betriebes versagt und sich unfähig gezeigt, das Projekt ohne Hilfe westlicher Experten zu meistern, hätten sie damit Argumente für jene Elemente der indischen Gesellschaft geliefert, die immer wieder behaupten, der staatliche Sektor hätte keine Aussichten. 18 Monate zielstrebigster Arbeit, erzählt mein Gesprächspartner, wurden von einem Ergebnis gekrönt, das uns moralisches Recht und, was nicht minder wichtig ist, soziale Genugtuung gibt: Das Land kann sich zuversichtlich auf den staatlichen Sektor stützen, obwohl er noch Mängel aufweist.

"Was das für Mängel sind?" wiederholt Saran meine Frage und führt seine Ausführungen fort. "Nehmen wir unseren Betrieb als Beispiel. Im Projekt wurde die Abteilung für Turbogeneratoren mit einer Jahresleistung von 3500 MW vorgesehen. Sie bleibt aber mit über 800 MW hinter diesem Soll zurück. Noch schlimmer sieht es mit der Produktion von Wasserkraftturbinen aus. In diesem Bereich werden die Kapazitäten lediglich

zu 25 Prozent ausgelastet. Daher rührt die geringe Rentabilität."

Was in Hardwar und in anderen Betrieben, die Eigentum der Regierung, des Staates sind, als Mißstand und Übel betrachtet wird, ist Wasser auf die Mühle jener Kräfte, die die laufende Diskussion über Probleme des staatlichen Sektors dazu mißbrauchen möchten, diesem Rückgrat der indischen Wirtschaft eine Art öffentliches Mißtrauensvotum zu erklären.

Diskussion oder Attacke?

Der Anlaß für die Diskussion kam für viele völlig unerwartet. Sie wurde nämlich nicht von Vertretern der bürgerlichen Opposition und nicht von Repräsentanten des privaten Busineß begonnen, was in der Vergangenheit oft der Fall war. Diesmal wurde das Signal von einem exponenten Regierungsmitglied, dem Minister für Energiewirtschaft, Vasant Sathe, gegeben. In einer Artikelserie in der Zeitung "Times of India" übte er scharfe Kritik am staatlichen Sektor wegen geringer Effektivität vieler seiner Betriebe, ihrer Unrentabilität, mangelhafter Wirtschaftsmethoden und Bürokratismus. Er forderte dazu auf, den staatlichen Sektor endlich nicht mehr als eine heilige Kuh zu behandeln, obwohl er gar nicht im Sinn hatte, auch diese Kuh ans Schlachtmesser zu liefern.

Vasant Sathes publizistischer Appell bewirkte heftige Debatten in Indien. Die Ideologen des privaten Busineß rieben sich die Hände: Die Regierung selber erkläre den staatlichen Sektor für untragbar. Demokratische Öffentlichkeit, andere Vertreter der Regierung verteidigten den staatlichen Sektor, ohne seine Mängel und Mißstände zu verheimlichen. Seinen wirtschaftlichen Fortschritt, den Anschluß an die ersten zehn Länder der Welt mit dem größten Umfang der Industrieproduktion verdankt Indien ja nach allgemeiner Auffassung gerade dem staatlichen Sektor seiner Wirtschaft. Diese Kontroversen wurden vor dem Hintergrund der Gerüchte darüber ausgetragen, ob Vasant Sathe lediglich seine persönliche Meinung ausdrückte, oder aber ob seine Artikel ein gewisses Umdenken in Regierungskreisen widerspiegeln.

Ministerpräsident Rajiv Gandhi setzte diesen Mutmaßungen ein Ende. In einem Interview für die demokratische Wochenschrift "Blitz" erklärte er, die Ausführungen von Vasant Sathe solle man als einen Teil des Dialogs verstehen, der gegenwärtig in der regierenden Partei, dem Indischen Nationalkongreß (I), stattfindet. Dieser Dialog muß dazu dienen, "die Orientierung der Partei auf wirksame Politik und frische und gehaltvolle Ideen zu fördern". "Vieles davon, was Vasant Sathe sagte", vermerkte der Ministerpräsident, "wurde

Die Montage des ersten 500-MW-Turbogenerators einheimischer Produktion



auch von mir angesprochen, u. zw.: Der leistungsschwache staatliche Sektor plündert die Ressourcen der öffentlichen Hand und bedeutet letzten Endes zusätzliche Entbehrungen für Unbemittelte. "Andererseits aber, so R. Gandhi, wären ohne staatlichen Sektor kein Fortschritt des Landes und keine soziale Gerechtigkeit überhaupt möglich. Daher, betonte der Regierungschef, wird "der staatliche Sektor auch in Zukunft die wichtigste, entscheidende Rolle spielen, die er bisher gespielt hat".

Das war eine Klarstellung auf höchster Ebene: Der staatliche Sektor wird auch weiterhin die "Kommandohöhen" in der Wirtschaft Indiens besitzen, seine Aktivitäten aber müssen radikal geordnet und vervollkommen werden.

Aus den Gesprächen mit indischen Wirtschaftsexperten ersieht man, daß die niedrige Rentabilität vieler staatlicher Betriebe zu den beunruhigsten Problemen gehört. Dies wäre aber keinesfalls eine Folge gewisser prädestinierter Ursachen, wie das von politischen Repräsentanten des privaten Busineß behauptet wird. Ihre klassenbedingte Voreingenommenheit hindert sie daran, zu erkennen, daß der staatliche Sektor oft die Hauptlast der Probleme tragen muß, vor deren Lösung sich der private Sektor drückt. Die sorgfältige Analyse der Statistik ergibt z. B., daß die Hälfte der verlustbringenden staatlichen Betriebe ehemalige Unternehmen der "freien Marktwirtschaft" sind, die keine Maximalprofite mehr abwarfen und aus diesem Grunde von ihren Besitzern einfach aufgegeben wurden. Und zu der anderen Hälfte gehören Betriebe solcher Zweige, in denen das Privatkapital auf die Produktion wegen der offensichtlichen Unrentabilität verzichtet hat, obwohl diese Zweige für das Land lebenswichtig sind.

Unkosten, die der Staat bewußt übernahm

Der indische Staat übernahm die Aufgaben, von denen sich der private Sektor distanzierte, und mußte deswegen nicht selten bewußt mit zusätzlichen finanziellen Belastungen rechnen. Es gibt mindestens vier Gründe, weshalb man im staatlichen Sektor von vornherein mit nur mäßigen Gewinnen rechnen konnte, ganz zu schweigen davon, daß man von Investitionen keinen adäquaten Effekt erwarten durfte.

Erstens wurde in die Förderung der wichtigsten Naturschätze investiert. Es ging dabei um grundlegende Reichtümer des Landes, die nicht in Privathand gehören. In diesem Bereich aber hat kaum jemand je schnelle kommerzielle Erfolge verbucht.

Zweitens lenkte der Staat die Investitionen auf die Entwicklung der Infrastruktur, die ebenfalls nicht zur Domäne der privaten Unternehmer gemacht werden durfte. Vorwiegend war

die Energieerzeugung sowie Eisenbahnnetz (Indien besitzt das zweitlängste Streckennetz der Welt gleich hinter der Sowjetunion). In diesen Zweigen kann der Staat nicht immer zufriedenstellende Rentabilität erreichen.

Drittens setzte die Regierung Ressourcen ein, um solche Schwerpunktbereiche der Wirtschaft zu entwickeln, die dem indischen Staat die Möglichkeit erschließen sollten, sich auf eigene Kräfte zu stützen. Dazu gehören Metallurgie und Maschinenbau. Würde man in diesen Branchen dem privaten Sektor freie Hand lassen, so würde er lediglich in die eigene Tasche wirtschaften, was nicht der Selbstversorgung des Landes entspricht.

Und schließlich ging das Land bei der Standortverteilung staatlicher Betriebe weniger von ökonomischen als vielmehr von sozialen Notwendigkeiten aus. Betriebe wurden in solchen Regionen gebaut, in welche man die Privatunternehmer durch nichts anlocken konnte, nämlich in zurückgebliebenen unterentwickelten Gegenden, die dazu oft auch von Energie- und Rohstoffquellen weit entfernt waren. Zusammen mit der Industrie zogen aber Straßen, Stromversorgung, Wohnungsbau und Beschäftigung für einheimische Bevölkerung ein, deren Arbeitskräftepotential nur geweckt werden sollte.

Bei der Diskussion über den staatlichen Sektor wurde auch das von Vasant Sathe angesprochene Thema der übermäßigen Personal- und Kaderstärke diskutiert. Nicht zuletzt ist dieses Problem mit der für Indien entscheidenden sozialen Bestimmung des staatlichen Sektors verbunden, für Millionen Inder Arbeit zu sichern. Auch davor drückt sich der private Sektor. Von der Arbeitslosigkeit aber wird im Lande Druck erzeugt, und die Ventile, um diesen Druck abzubauen, bietet der Staat. So wurden z. B. in der Stahlindustrie die Bauarbeiter nach Fertigstellung der jeweiligen Objekte nicht entlassen, sondern beim neuerrichteten Betrieb gleich eingestellt. Statistisch führt das zwar zur Verminderung der Kennziffer der Arbeitsproduktivität, doch die Menschen sind nicht über Bord geworfen, sie haben eine garantierte Existenzgrundlage erhalten.

Engagement für Umgestaltungen

Der soziale Aspekt des staatlichen Sektors, seine Bedeutung für die ganze Nation sind die Hauptmotive, weshalb sich Millionen Inder dafür engagieren, daß er auch weiterhin seine Kommandohöhen in der Wirtschaft des Landes behält, wovon noch Jawaharlal Nehru, der erste Ministerpräsident des unabhängigen Indiens, geträumt hat. Ein bezeichnendes Licht darauf warf die Konferenz Ende Oktober in Delhi, die von den Gewerkschaften der Werktätigen des staatlichen Sektors einberufen wur-

de. Über 1000 Teilnehmer sprachen sich entschieden gegen die von bestimmten Kreisen verfochtene Privatisierung unrentabler staatlicher Betriebe aus.

"Die Rettung des staatlichen Sektors", sagte in einem Interview für die "Neue Zeit" der Sekretär des Allindischen Gewerkschaftskongresses M. K. Padhe, "ist die Rettung der ganzen nationalen Wirtschaft."

Welche Wege erblickt man hier, um die Arbeit der Betriebe des staatlichen Sektors effektiver zu machen?

Der Ministerpräsident setzt sich beispielsweise für ein breiteres Engagement der Werktätigen bei der Leitung der Produktion ein. Das kann nach seiner Auffassung bei ihnen mehr Interesse an der Qualität der Erzeugnisse und an strafferer Arbeitsdisziplin wecken. Er spricht sich auch dafür aus, den staatlichen Betrieben mehr wirtschaftliche Selbständigkeit zu gewähren und sie von der kleinteiligen Bevormundung der Ministerien zu befreien.

Es ist bezeichnend, daß man hier interessiert die Umgestaltungen verfolgt, die gegenwärtig in der Sowjetunion vor sich gehen. Der bekannte Experte L. K. Djha, der vor seiner kürzlichen Wahl zum Oberhaus des Parlaments Wirtschaftsberater des Ministerpräsidenten war, meint, daß die Erfahrungen der gegenwärtig in der UdSSR verwirklichten Innovationen erfolgreich in Indien eingesetzt werden können. Er appelliert an die Regierung, den staatlichen Betrieben auch das Recht zu gewähren, die Fragen der Produktion selbständig — mit Rücksicht auf strategische Vorhaben der Ministerien — zu entscheiden. In Delhi spricht man beharrlich davon, daß in nächster Zeit eine Regierungskommission zur Regelung der Tätigkeit des staatlichen Sektors gebildet werden soll. Zu ihrem Leiter soll voraussichtlich L. K. Djha ernannt werden.

...Zählte Indien 1951 nur etwa Dutzend staatliche Betriebe, so sind es heute ca. 6000. Gerade durch die Mittel, die im staatlichen Sektor erwirtschaftet werden, will die Regierung R. Gandhi im 7. Fünfjahrplan (1985–1990) erreichen, daß die Zahl der Inder, die unter der Armutsgrenze leben (gegenwärtig 37 Prozent) bis auf 23 Prozent reduziert wird.

Der staatliche Sektor hat unangefochten Kommandohöhen in der Wirtschaft Indiens, ganz wie J. Nehru geträumt hat. Nunmehr ist Indien bestrebt, diesen Begriff durch greifbaren materiellen Inhalt zu füllen. Und auch im Terminus "entwickeltes Entwicklungsland" wird die Betonung dann immer auf den ersten Teil gesetzt, je mehr der politische Primat des staatlichen Sektors durch seine hohe wirtschaftliche Wirksamkeit gefestigt wird.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Hardwar–Neu-Delhi

POLEMIK

Jeder Vergleich, besonders ein geschichtlicher, stimmt nur bedingt, aber Sie haben ganz recht: Mit Terrorakten bringt man die Revolution nicht näher, um so weniger, wenn in einem Land aus objektiven Gründen noch keine revolutionäre Situation eingetreten ist. Das sagte Lenin in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts (über anderthalb Jahrzehnte, nachdem der Volkstümmer Grinewizki Alexander II. ermordet hatte und nachdem Lenins älterer Bruder Alexander wegen Beteiligung an der Vorbereitung eines Attentats auf Alexander III. hingerichtet worden war). Lenin nannte den Terror

Nach dem kürzlichen Attentat auf Pinochet haben die Massenverhaftungen in Chile wieder angefangen. Hatte es einen Sinn, die Beseitigung des Juntachefs zu versuchen, wo die Behörden dadurch doch einen Vorwand gefunden haben, die Unterdrückung zu verschärfen? Das ist ja gerade, als hätte man dem Diktator einen Gefallen tun wollen!

Nehmen wir die Geschichte Rußlands. Nach der Ermordung Zar Alexanders II. bestieg Alexander III. den Thron, und was wurde anders! Die Revolution bei uns wurde erst vollbracht, als die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dafür reif waren.

N. SCHESTAKOW
Gebiet Leningrad

Der blutrünstige General hat es sich bestimmt schon überlegt, ob er sich nicht lieber davonmachen sollte. Aber wohin? Was hat er zu erwarten?

zwecks Bestätigung des Präsidenten bis zum Jahr 1997 stattfinden soll. Der Diktator hat schon durchblicken lassen, daß er selbst der einzige

Ihm hätte keiner nachgeweint...

einzelner "ein unzweckmäßiges Kampfmittel" und rief die Sozialdemokraten auf, "alle ihre Kräfte auf die Stärkung der Organisation" und auf die Mobilisierung der Massen zu konzentrieren. Schließlich war die Oktoberrevolution, wie Sie wissen, nicht zuletzt dank der Taktik der Bolschewiki einer der unblutigsten Umstürze der Geschichte.

Wir wollen hier nicht darauf eingehen, ob in Chile jetzt eine revolutionäre Situation besteht. Ich maße mir keine eindeutige Definition dessen an, was in Chile mit dem Verschwinden (Rücktritt, Emigration oder Tod) Pinochets geschehen würde, ob eine Revolution oder etwas anderes. Es ist ja nicht einmal hinterher leicht, die Art einer gesellschaftlichen Entwicklungsphase in einem Land zu formulieren, und im voraus ist das erst recht ein undankbares Geschäft. Ich bin überzeugt, daß es nicht schlimmer kommen wird, denn noch schlimmer kann es gar nicht werden. Wandlungen sind unausbleiblich, und zwar im Sinne einer Demokratisierung. Ihr Maßstab hängt von zahlreichen Faktoren ab, die gesondert analysiert werden müßten.

Das jetzige Regime in Chile hält sich zum großen Teil dank der Person Pinochets, paradoxerweise dank dessen Angst vor der Vergeltung (sehen wir einmal von der Zersplitterung der Opposition ab). Er ist so weit gegangen, daß es kein Zurück mehr gibt.

Die argentinischen Militärs sind sozusagen freiwillig-erzwungen gegangen, was aber die blutigsten von ihnen nicht vor der Anklagebank und dem Zuchthaus bewahrt hat. Pinochet hat das Schicksal des philippinischen Diktators Marcos vor Augen, der faktisch auf Hawaii eingesperrt ist, oder das des aus Haiti hinausgeflogenen Duvalier jr., den die neuen Behörden Haitis in Frankreich auf Rückerstattung der gestohlenen Millionen verklagt haben. Pinochet hat wiederholt erklärt, er werde "in Kommunistiefeln" sterben, d. h. auf keinen Fall nach dem Beispiel der anderen Diktatoren ins Exil gehen.

Nach ihm wird sich in seiner Umgebung kaum jemand finden, der es wagen würde, die Führung des unveränderten Regimes zu übernehmen. Selbst die Junta (zu der die Chefs der Waffengattungen und der Karabinieri gehören) ist kein kompaktes Gebilde. Aus ihr ist General Gustavo Leigh, der damalige Luftwaffenchef, der am Putsch gegen die Regierung Salvador Allende teilnahm, schon 1978 desertiert. Die jetzigen "Kollegen" Pinochets — die Chefs der Luftwaffe, der Marine und der Karabinieri — gelten auch nicht als "stubenrein", u. zw. wegen ihrer Äußerungen zugunsten eines "Dialogs" mit der Opposition und eines Rücktritts des "Staatschefs" im Jahre 1989, wenn der "Verfassung" Pinochets gemäß ein Referendum

Kandidat sein wird. Der US-Zeitschrift "Time" zufolge vermeiden es die übrigen Mitglieder der Junta, "Pinochet ihren Kandidaten zu nennen". Ob sie sich nicht schon wenigstens nach einem sicheren Plätzchen in dem Gespinn nach Pinochet umsehen? Sie fürchten die unabwendbaren Wandlungen nicht so sehr, weil ihre Männer, vor allem die Piloten und die Matrosen, in den nach dem Umsturz von 1973 entfesselten Massenterror nicht so fest wie die damals von Pinochet befehligten Landtruppen verstrickt waren.

Wir schrieben schon, daß eine Einheit der Patriotischen Front "Manuel Rodriguez" die Verantwortung für das Attentat vom 7. September übernommen hat. Diese antifaschistische Organisation führt gegen die Diktatur einen bewaffneten Kampf. Ein Sprecher der Front hat die Beweggründe für die Aktion folgendermaßen erläutert: "Wir sind überzeugt, daß die Stärke und Entschlossenheit der Opposition Chiles, falls Pinochet dem Attentat erlegen wäre, zur Errichtung einer demokratischen Regierung ausgereicht hätte. Wir kämpfen nicht, wie gewisse Politiker behaupten, gegen den Präsidenten, sondern gegen den Diktator, dessen Aktivität von einer so maßgeblichen Weltorganisation wie der UNO als staatlicher Terrorismus bezeichnet worden ist. Die Front trennt ihren

bewaffneten politischen Akti-

War das moralisch mich auf nischen Kor no, Mitglied sagt: "Wir Ausschlachtun "kein einzi würde Pir umbrächte,

Das wäre tung, denn ein Verbre 1979 aus N moza. Die Möglichkeit zu bringen, ihn in Abw das Urteil d kriechen ve die Nachrie des Diktato te, stimmte Dom von S geläut an. E ist natürlich über die Pr auch in Ha Pinochet Ma zu entgehe

Von eine Vergeltung: lose Gewa bei der B und Flugh unschuldige den. So e brecherisch Beispiel ko Gruppen z Bombe in e Militärs be waren nich schmutziger beteiligt, ur Frauen un bracht. Solc dem Regir wände dafür dem Grund rechtfertige

Zu der v in Chile se Sie: "...als einen Gefa wird imme Verschärfu ohne Vorv auskommen rungszustan immer wic

MEINUNGEN

"Ich kenne mich in Rüstungsfragen gar nicht aus, aber ich glaube meinem legitim gewählten Präsidenten", schrieb uns die Amerikanerin Linda Evans. Wir bringen hier Äußerungen zu ihrer Zuschrift.

JEDER BLEIB' BEI SEINEM LEISTEN!

Ich kann mir vorstellen, daß der Brief von Mrs. Evans Ihre sowjetischen Leser nicht besonders freut. Aber—hat sie denn wirklich so unrecht? Was ist schon lobenswert daran, daß viele ihrer Landsleute, die der Politik fernstehen oder sie einfach nicht begreifen, mit Tafeln durch die Straßen ziehen, auf denen Anti-kriegslosungen stehen? An wen sind diese gerichtet? An die Regierung? Ich glaube kaum, daß diese sie ernst nimmt. An die Umstehenden? Bei uns hat jeder mit sich zu tun, und viele machen sich einfach nicht die Mühe, über das nachzudenken, was ihnen da von vielen Demonstrationen und Kundgebungen präsentiert wird. Die Arbeitenden haben ihre eigenen Sorgen. Wäre es nicht besser, den Friedenskampf ehrlich aufzugeben, wenigstens in dem Sinne, wie ihn die sozialistische Presse auffaßt? Schließlich hat jeder Staat seine Leute, die für die Landessicherheit verantwortlich und befugt sind, über die Außenpolitik ihres Landes zu bestimmen. Bleib' jeder bei seinem Leisten!

Kurt BAYER
Düsseldorf, BRD

NUR EINEN WEG

Ich kann die Sorge der Amerikanerin um die Sicherheit ihres Landes verstehen und hoffe, daß auch sie mich versteht, wenn ich sage, daß mir das Geschick der Millionen meiner Landsleute ebenfalls nicht gleichgültig ist. Das ist etwas ganz Normales. Es fragt sich nur, warum die Regierung der USA, die für ihr eigenes Wohlergehen sorgt, die Sicherheit anderer Staaten mißachtet. Beispiele! Bitte schön: Vietnam, Kuba, Nikaragua und schließlich Libyen. Die Amerikaner erfinden neue Waffen, und wir sind dadurch gezwungen, auch welche zu erfinden. Aber wohlgemerkt: Wir tun so etwas immer erst nach ihnen. Wie lange sollen wir noch miteinander wetzeln und unser technisches Neuerer-

tum manifestieren! Vielleicht sollte man es anders versuchen: mit der Abrüstung und mit gegenseitigen Zugeständnissen! Nur so werden wir zur Ruhe kommen und des morgigen Tages sicher sein können.

Juri FATENKO
Kriwoi Rog, Ukr. SSR

EINE GEFÄHRLICHE GLEICHGÜLTIGKEIT

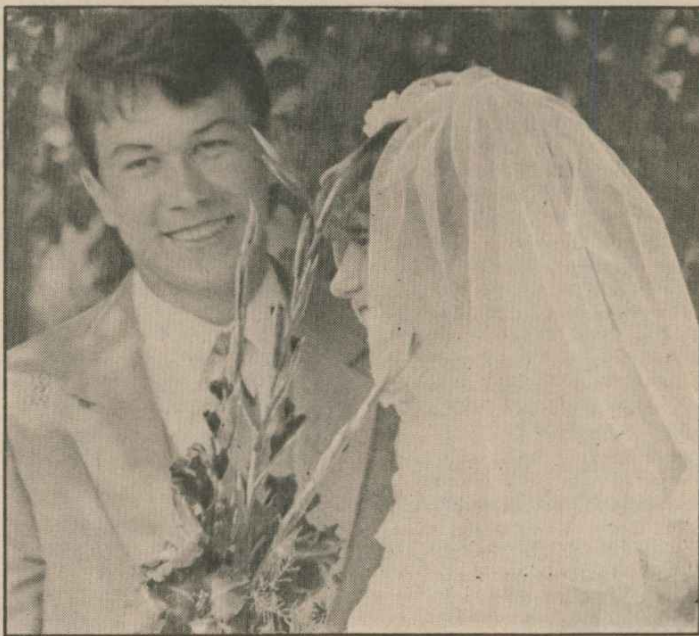
Wie mir scheint, hat die UdSSR nicht die Absicht, die USA oder

irgendein anderes Land zu überfallen. Davon zeugen die sowjetischen Friedensinitiativen und der 70jährige Verkehr mit diesem sozialistischen Staat. Bei den Russen sind Worte und Taten gewöhnlich eins. Heute kann man die Lüge von einer sowjetischen Bedrohung nur Leuten auffischen, die von nichts eine Ahnung haben. Aber lassen wir diese. Ich spreche von den Millionen Gleichgültigen, von denen, die der amtlichen Propaganda auf den Leim gehen und so, ohne es zu wollen, helfen, die Ideen und die Politik des Häufleins von Falken aus dem Militär-Industrie-Komplex in die Tat umzusetzen.

Gleichgültigkeit ist etwas Schreckliches. Mir sind Feinde immerhin lieber als "Jeinsager". Ich weiß nicht, ob ich recht habe, mir scheint aber, daß der Faschismus in Deutschland auch wegen der Gleichgültigen Fuß fassen konnte. Man möchte doch wegen der Gleichgültigkeit der amerikanischen Spießer jetzt nicht in die Luft fliegen.

Robert DOBBS
Wellington, Neuseeland

LESER ALS REPORTER



Dieses Foto habe ich auf unserer Wolgafahrt mit dem M-Schiff "Maxim Gorki" im vergangenen August geschossen. Mir hat das junge Ehepaar sehr gefallen. Ich kenne weder die Namen noch die Adresse, doch ich glaube, wenn die beiden das Foto in Ihrer Zeitschrift sehen, werden sie an jenen glücklichen Tag zurückdenken.

Fernando TARQUINI
Torano Nuovo, Italien

WAS FÜRCHTEN SIE?

Alexander PUMPJANSKI

Wenn ein Erbe nicht da oder nicht groß ist — lohnt der Kampf dafür?

Reykjaviks größtes Paradoxon: kein einziges signiertes Abkommen, nicht einmal eine Zeile einer gemeinsamen Erklärung oder eines floskelhaften Kommuniqués. Dennoch wird um das Erbe dieses Gipfels erbittert gekämpft. Welches ist das Erbe? Auch darum geht es.

Die einen sahen, "wie sich unverhofft die Perspektive eines historischen Resultats bot" (Bettino Craxi). "Nach Reykjavik blicke ich mit mehr Hoffnung in die Zukunft", sagt Italiens Ministerpräsident und präzisiert: "Gegenwärtig gilt es, zu erreichen, daß nicht zum Rückzug geblasen und die Möglichkeit des Abschlusses von Abkommen ignoriert wird." Andere sind alarmiert. Neil Kinnock, der Vorsitzende der britischen Labours, warnt davor, daß der Mißerfolg von Reykjavik die Welt zu einer weiteren Runde im Wettrüsten treiben könne.

Ronald Reagan selbst hetzt zwei Hasen zugleich. Die sarkastische Mary McGrory von der "Washington Post" schildert seine Jagd wie folgt: "Bisweilen wird ihm Beifall zugerufen, weil 'er uns Abkommen wie nie zuvor nahe gebracht hat, welche zu einer sichereren Welt ohne Kernwaffen führen könnten'. Gleichzeitig erntet er anhaltenden Beifall dafür, daß er 'einfach Nein gesagt hat' zu dem in Reykjavik unterbreiteten Vorschlag über ein goldenes Zeitalter."

Übrigens nehmen die Paradoxa von Reykjavik ihren Fortgang. Der amerikanische Präsident wird ziemlich scharf — von rechts kritisiert. Jawohl, von rechts. Diese Kritik verdient es, unter die Lupe genommen zu werden.

"Die Sowjets rüttelten die Tagesordnung durch"

Zbigniew Brzezinski, Ex-Sicherheitsberater Präsident Carters, sieht in Reykjavik etwas noch Schlimmeres als Reagans Niederlage, nämlich Reagans Fehler. Sein Artikel in der Zeitschrift "U. S. News and World Report" heißt zwar "Nach Reykjavik. Was Reagan tun sollte", aber es sind nicht so sehr Ratschläge, die er dem Präsidenten erteilt, wie vielmehr Verweise. Er hält Reagan pedantisch, Punkt um Punkt seine Versäumnisse vor.

"Die Sowjets haben die Tagesordnung umrissen — und durchgerüttelt", konstatiert Brzezinski gereizt. Zur Bestätigung führt er folgendes an: "Die regionalen Fragen und die Fragen der Menschenrechte waren in vieler Hinsicht vergessen. Diese Mißachtung macht vielleicht naiven Menschen, die die Ursache der sowjetisch-amerikanischen Spannungen in den Kernwaffen sehen, keine Sorgen. Aber für jene, die das nukleare Wettrüsten hauptsächlich als das Anzeichen und Symptom tieferer historischer und geopolitischer Faktoren ansehen, bedeutet die Tatsache, daß die Sowjets ernst gemeinten Diskussionen über Afghanistan und die Menschenrechte auswichen, einen Mißerfolg der USA."

Brzezinski hat recht: Die Tagesordnung in Reykjavik wurde durch die sowjetischen Vorschläge bestimmt. Und das ist gut so!

Es geht ums Prinzip. "Die Schwierigkeiten der Ausreise aus der UdSSR" oder "die Leiden getrennter Familien" und ähnliches (das Problem der Menschenrechte in westlicher Sicht) und selbst "Afghanistan" können sich mit dem Problem des Überlebens der Menschheit trotz allem nicht vergleichen. Man sollte zwar nicht das eine dem anderen gegenüberstellen, doch muß man den Sinn für das Maß behalten. Ein Verdienst und nicht ein Fehler dieses Gipfeltreffens ist, daß dort über das Gefährlichste und Wichtigste diskutiert wurde und daß es nicht zu einer propagandistischen Schlacht von zwei Supergladiatoren ausartete, bei welcher der Ausgang durch Rufe aus den Zuschauerreihen bestimmt wird.

Ist die Kernwaffe die Ursache oder die Folge der Spannungen? Ist das nukleare Wettrüsten ein Symptom oder die Krankheit selbst? Gut, daß Brzezinski den Stier bei den Hörnern gepackt hat.

Er geht davon aus, daß nicht die Kernwaffe die Welt in zwei einander entgegengesetzte sozialökonomische Systeme gespalten, daß vielmehr die Spaltung der Welt zum nuklearen Wettrüsten geführt habe. Deshalb sei die Konfrontation unausweichlich und unüberwindbar, solange so verschiedene Interessen bestünden. Ein typischer Fall der mechanischen Logik und ein äußerst gefährlicher Irrtum!

Das Nuklearzeitalter hat seine Realitäten und Imperative. Die Opposition von West und Ost ist Ergebnis der gespaltenen Welt, und das Wettrüsten wurde von der Konfrontation verursacht. Aber das heutige nukleare Wettrüsten ist in gewissem Sinne etwas Größeres als diese Opposition und Spaltung, weil es die Ausmaße dieser Welt übersteigt und sie nicht bloß mit einem, sondern mit mehrfachem Tod, mit dem **Megatod** bedroht. Die Folge ist schlimmer als die Ursache geworden und hat ihrerseits eine schicksalhafte Bedrohung verursacht.

Das Nuklearzeitalter hat keine sozialökonomischen und politischen Widersprüche abgeschafft, aber ihnen durch Einführung des einzig absoluten Dilemmas von Leben oder Tod ins Selbstbewußtsein der Zivilisation gleichsam andere Dimensionen gegeben. Dieses Zeitalter diktiert: Menschen, löst eure sozialökonomischen und politischen Widersprüche durch soziale, ökonomische und politische Mittel. Euer historischer Streit hat nur insofern Sinn, wie die Geschichte dauert. Damit der Streit zu Ende geführt werden kann, muß man die Waffen des Weltuntergangs beiseite schieben. Die einzige wirklich effektive Versicherungspolice für Geschichte und Gesellschaft ist nukleare Abrüstung.

Surrealistisches

Die Kritiker von rechts schreien schon bei dem bloßen Gedanken, daß in Reykjavik allen Ernstes Abschied von den Kernwaffen verkündet wurde, Zeter und Mordio.

Welche Panik, welch eine tragikomische Geschäftigkeit wurde entwickelt, als man erfuhr, daß Gorbatschow Reagan die Reagansche "Null-Option" vorschlug und Reagan nicht darum herumkommen konnte! Brzezinski forderte, auf eine Vereinbarung zu verzichten. Er formulierte das so: "Bei den bevorstehenden Verhandlungen müssen die USA darauf bestehen, daß jeder Seite 200 Gefechtsköpfe belassen werden" (obwohl 100 vereinbart worden waren), "damit der amerikanische Anteil gleichmäßig auf den Kontinentaleil der USA und auf Westeuropa, der sowjetische Anteil aber auf Europa und Asien verteilt wird."

Der sonst superflexible Henry Kissinger war so geradlinig, daß es schon grob wirkte: "Ich bin gegen die sogenannte Null-Option, d. h. die Demontage der amerikanischen Pershing- und Flügelraketen als Gegenleistung für die Demontage der sowjetischen SS 20."

Mrs. Kirkpatrick schildert recht lebhaft die Sitten und Bräuche unter den Bündnispartnern: "Die Europäer sind über die Aussicht auf einen Abzug aller US-Raketen aus Europa besorgt. Wie der französische Außenminister Jean-Bernard Raimond im französischen Parlament sagte, wäre der volle Abzug 'etwas Schreckliches'... Bundeskanzler Kohl brachte in Washington seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß der Abzug der US-Raketen mittlerer Reichweite Westdeutschland für Kurzstreckenwaffen verwundbarer machen würde."

Obwohl Jeane Kirkpatrick die Gesichter, die ihrem — rechts sitzenden — Herzen so lieb sind, sorgfältig retuschiert, wirken diese nach der Natur gezeichneten Bilder auf jeden Fall galgenhumorig.

Was ist mit dem Gedächtnis der westeuropäischen Spitzenpolitiker? Es ist gar nicht lange her, da trugen die Juniorpartner der USA aus der NATO Schmerz und eine pathetische Ergebnislosigkeit zur Schau, als sie amerikanische Raketen bei sich aufnehmen: Da kann man nichts tun, dieses Teufelswerk SS 20 verlange einem Gegenmaßnahmen ab. Heute sind die gleichen Spitzenpolitiker bereit, die sowjetischen Raketen hinzunehmen, nur um nicht die amerikanischen zu verlieren.

Nein, die Story um die "Null-Option" hat viele westliche Politiker nicht gerade in günstiges Licht gerückt. Dabei war sie kein Zufall, eher jene Ausnahme, die die Regel bestätigt. Die Regel heißt hier nuklearer Fetischismus.

Jeane Kirkpatrick entwirft ihr surrealistisches Bild weiter: "Unsere besten Freunde sind nicht bereit, auf die Kernwaffen, diesen Eckstein der NATO-Verteidigung, zu verzichten, nicht bereit, alle amerikanischen Mittelstreckenraketen aus Europa abziehen zu lassen und ihre nuklearen Eindämmungskräfte aufzugeben..."

Die Strategie (der NATO) "akzentuierte stets die Kernwaffen, um so die sowjetische Überlegenheit bei den konventionellen Kräften wettzumachen. Weder die Anhäufung von Kernwaffen noch die Erhöhung ihrer Präzision, das Anwachsen der antinuklearen Stimmung in den Oppositionsparteien oder der Amtsantritt der neuen sowjetischen Führung hat etwas an diesem Standpunkt der Regierung in den verbündeten Ländern geändert."

Diese bemerkenswerte Sturheit läßt an den Satz denken, der einst den Bourbonen galt: Sie haben nichts vergessen und nichts dazugelernt. Heute eher schon als Farce wirkend: nichts verstanden und nichts dazugelernt.

"NEUE ZEIT" 46.86

Schwarzseher mit Geschäftsinteressen

Die Reaktion bestimmter Kreise auf das in Reykjavik vereinbarte Prinzip der 50prozentigen Reduzierung der strategischen Waffen, auf die deren vollständige Vernichtung folgen sollte, ist mit dem Aufruhr in einer fanatisierten Menge zu vergleichen, die plötzlich ihr Idol bedroht sieht. Lassen wir die Priester dieses seltsamen nuklearen Kultus sprechen.

Da doziert Henry Kissinger in "Paris Match":

"... gehen wir zu den interkontinentalen Raketen und zu dem Vorschlag über ihre Halbierung über. Meines Erachtens ist schon der Gedanke einer rein quantitativen Reduzierung, egal, ob um 30 oder 50 Prozent, unzweckmäßig, weil er die Gefahr eines Erstschlages oder, anders, eines Überraschungsangriffs nicht vermindert."

Der Korrespondent ist verblüfft — zu Recht, wie sich erweist. Was er hörte, war auch danach: Je weniger Raketen es gebe, desto gefährlicher sei das. Warum? Weil der Gegner dann eine geringere Zahl der Ziele habe. Eine Reduzierung

durchaus scheitern könnten. Und schließlich noch etwas, was vielleicht am wichtigsten ist: Wären alle ballistischen Raketen letztendlich demontiert, könnte man die französischen und die britischen Raketenstreitkräfte nicht aus diesem Prozeß heraushalten. Da diese Länder jedoch praktisch keine strategischen Fliegerkräfte haben, hieße das, ihnen im Grunde faktisch den Verzicht auf die Kernwaffen aufzwingen. Und dies beim gleichzeitigen Abzug der US-Raketen aus Europa!"

Welch eine Schreckensvision: ein Europa, dem man eine nukleare Abrüstung aufgezwungen hat!

Henry Kissinger hat sich ein undankbares Rollenfach gewählt: Sammler von realen und imaginären Problemen, von Hürden und Hindernissen, liebevoll Absurdität an Absurdität reihend. Ein abgetakelter Politiker, der gern Cassandra spielt und sich in düsteren Prophetien gefällt. Diese Übungen eines pervertierten Geistes legen den Gedanken nahe, daß ein Profi ohne Ideal zu den schlimmsten Typen gehört, die die heutige Zivilisation hervorgebracht hat. Ohne Ideal, aber nicht ohne Gespür und nicht ohne Richtung. Leider gibt es eine



"Ich habe einen Alptraum gehabt: Ich erwachte und du, mein Darling, bist nicht da!"

Zeichnung: N. Stscherbakow

der U-Boote auf die Hälfte sei noch gefährlicher, da die Zahl der U-Boot-Abwehrmittel nicht abnehme; also wären die U-Boote nicht so effektiv. Jaja, die armen...

"Was haben Sie gegen den sowjetischen Vorschlag über die völlige Beseitigung aller ballistischen Raketen?"

Diese Variante konnte nicht ernsthaft geprüft werden, weil sie vor Reykjavik noch nie vorgeschlagen wurde. Sobald sich die Frage erhob, welche konkreten Raketen zu demontieren sind und in welchem Rhythmus das zu verifizieren ist, wurden wir in Verhandlungen versacken, die sich jahrelang hinziehen und

Logik darin, daß der einst pragmatische und nüchterne Kissinger auf dem Kamm der rechten Woge noch mehr Reagan sein will als Reagan selbst.

Ein anderer Ausgedienter, Zbigniew Brzezinski, ist vielleicht eine Spur weniger geschäftig. Er hätte nichts dagegen, die strategischen Arsenale beträchtlich, um drei Viertel, zu reduzieren, aber nur so und nur dazu, die USA einem vernichtenden Schlag der sowjetischen Raketen zu entziehen. Darüber hinaus aber um keine einzige Ladung! Die volle Demontage der strategischen Systeme oder auch nur Raketen ist für ihn eine Ketzerei, die man im Keim ersticken muß.

"Niemand darf denken, daß in Reykjavik eine historische Chance vertan worden sei, denn eine solche Chance existierte nicht."

Wenn das kein Kassandrur ist! "Die amerikanische Seite ging in eine Verhandlungs- und Propagandafalle", formuliert Brzezinski den fünften Punkt seiner Anklageschrift gegen Reagan in Reykjavik.

"Die Sowjets haben die offizielle Tagesordnung umgestülpt, die Fragen der Rüstungskontrolle überbetont und darüber hinaus den Präsidenten in eine Diskussion über die Auffassung von einer 'nichtnuklearen' Zukunft einbezogen", brummelt er. "Als die Sowjets überraschend dem Präsidenten ihre konkreten Vorschläge über die Rüstungskontrolle vorlegten, hätte er sagen sollen, er würde sie aufmerksam studieren, der Außenminister würde sich damit befassen, und für den Dezember könne man einen neuen Gipfel oder ein Ministertreffen vereinbaren. Dann wären die sowjetischen Vorschläge pariert, und trotzdem hätten wir die Zugeständnisse eingesteckt."

Statt dessen schluckten die USA den Köder und bastelten sogar in aller Eile ihren eigenen riesenhaften Vorschlag über die kommenden zehn Jahre zusammen."

Der Leser möge mich nicht fragen, wo das berühmte amerikanische Fair Play geblieben ist und wie sich damit der zweifellos aufrichtige Wunsch verhält, ohne eine Gegenleistung ein Zugeständnis in die Tasche zu stecken. Diese Ethik von Virtuosen des Kartenspiels ist beredt genug. Was uns interessiert, ist der strategische Einsatz. Ich danke den Opponenten, in dieser Hinsicht läßt ihre Offenheit nichts zu wünschen übrig.

Brzezinski: "Bei den Verhandlungen über die Rüstungskontrolle muß unser Ziel nicht in der nuklearen Abrüstung oder dem Verbot von ICBM bestehen, sondern in der Gewährleistung der gegenseitigen strategischen Sicherheit."

Kissinger: "Ich würde ihm" (Präsident Reagan) "sagen, daß er zwischen zwei historischen Perspektiven zu wählen hat: Entweder er bleibt im Gedächtnis der Nachkommen als der Staatsmann, der die ersten Schritte zur realen Rüstungskontrolle tat, oder er versucht, in diesem Gedächtnis als ein Mensch der magischen Formel zu bleiben, dank der mit den Kernwaffen Schluß gemacht werden konnte. Ich würde ihm sagen, daß diese zweite Variante gefährlich ist und daß sie die USA und die gesamte freie Welt künftig verwundbar machen kann."

Eine kernwaffenfreie Welt?! Hetz, hetz!
Eine Welt ohne die Bombe?! Gott bewahre!

Die eigene Bedrohung verewigen

Es liegt etwas Krankhaftes darin, wie sich die "freie Welt" an die Bombe

klammert, als sähe sie darin ihre einzige Rettung. Rettung wovor? Vor Andersdenken, Andershandeln, vor der Lebensweise des anderen Systems?

In diesem Wunsch, das eigene Bedrohtsein zu verewigen, nur um die Bedrohung, die für den sozialen Gegner besteht, nicht zu vermindern, ist eine verderbliche Perversion, denn im Atomzeitalter geht es um dieselbe nukleare Gefahr für alle.

Aber nein, sagt man uns, die Gefahr liege nicht in der Bombe, sondern im Fehlen der Bombe, nicht darin, daß gewisse Leute die Bombe mit angezündeter Schnur unter dem Rockschoß zu verstecken trachten, sondern darin, daß jemand sie zu entschärfen sucht. "Gefahren einer kernwaffenfreien Welt": So nannte Ex-Verteidigungsminister James Schlesinger seinen Artikel in der Zeitschrift "Time".

Wir lesen darin: "Die nuklearen Arsenale bleiben mit uns, solange souveräne Staaten mit in Konflikt zueinander stehenden Ideologien bestehen. Im Unterschied zu Aladin und seiner Wunderlampe haben wir kein Mittel, den nuklearen Geist wieder in die Flasche zu locken. Die Welt ohne Kernwaffen ist ein utopischer Traum."

Die Bombe ist also schon ein Anzeichen der Souveränität. So weit ist es gediehen!

Ein weiterer Ex-Verteidigungsminister, Robert McNamara, vertritt eine andere Linie des amerikanischen Spektrums, entwickelt jedoch eifrig den gleichen Gedanken. "Ein Abkommen über die Vernichtung aller Kernwaffen könnte angesichts der politischen und technischen Realität die Gefahr eines Nuklearkrieges erhöhen, so paradox das auch wirken mag", behauptet er kühn. Auf welche Weise? Laut McNamara geht es um eine "Angst vor dem Betrug". "Vielleicht könnten wir die Demontage der sowjetischen Kernwaffen auch überprüfen, doch sind wir außerstande, ihre Produktionstechnologie im Bewußtsein der amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftler zu löschen. Man könnte die Gefechtsköpfe vernichten, ein Potential für ihre Reproduktion bliebe doch erhalten. In einer 'kernwaffenfreien Welt' aber könnte schon eine einzige Kernwaffeneinheit, deren Produktion und Lagerung man nicht entdecken könnte, das militärische Gleichgewicht verändern."

Versessen auf Nuklearwaffen

Etwas Sonderbares geschieht mit der westlichen Welt. Läßt der Geist nach? Warum sind die Argumente so lahm? Selbst ihre Ängste werden merkwürdig. Man rechtfertigt die "Sternenkriege" allen Ernstes mit der Berufung auf einen hypothetischen Wahnsinnigen, gegen den man sich mit einem Billionen Dollar teuren System absichern müsse. Den

durch harte Leiden der Menschheit erkaufen Traum will man durch ein widersinniges Bild verblässen lassen, Moskau drohe der Welt mit einem nuklearen Gefechtskopf. (Woher nähme Moskau ihn übrigens?)

Indessen könnte man McNamara beruhigen: Eine einzige Bombe gewinnt keinen Krieg, nicht einmal in der Vergangenheit. Hiroshima zog Nagasaki nach sich, doch zu Hirohitos Kapitulation führten die Zerschlagung der Kwangtung-Armee, die Einnahme Berlins und überhaupt der ganze große Krieg und der Sieg der Vereinten Nationen über den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus.

Die Behauptung, in einer kernwaffenfreien Welt nehme die Gefahr eines konventionellen Krieges zu, ist ebenfalls nicht von der Logik, sondern vom vorlogischen Bewußtsein eingegeben. Es ist doch eine schizoide Vorstellung, daß Tausende Gefechtsköpfe nur dazu verschrottet werden, um den Westen in eine Falle zu locken, und dort stünden bereits Panzer mit angelassenen Motoren sprungbereit. Wenn man will, zeugt selbst McNamaras Argument gegen eine solche Logik: Die Technologie eines Kernwaffenkrieges wird im Gedächtnis nicht gelöscht, und schon die Möglichkeit einer Rückkehr von Kernwaffen, und dies gleich auf dem Gefechtsfeld, muß eine Garantie sein. Dies in dem Fall, daß man heute dem Vertrauen mißtraut, das morgen im Ergebnis der nuklearen Abrüstung zustande kommt. Natürlicher wäre eine andere Annahme: daß die nukleare Abrüstung einen machtvollen und unumkehrbaren Impuls zur vollständigen Abrüstung geben wird.

Aber irgend etwas muß doch die westliche Psyche bedrücken, etwas, was die furchtbaren Visionen einer kernwaffenfreien Welt a la McNamara hervorruft. Was ist das? Der heutige hemmungslose Terrorismus und die Angst vor Erpressung? Oder leben in furchtbar verkehrter Gestalt die einstigen Illusionen wieder auf: aus jener guten alten Zeit, da Amerika die Bombe im Monopolbesitz hatte und in seinen Träumen der Welt (Moskau natürlich in erster Linie) die eigenen Bedingungen diktierte? Sind es diese Träume vom goldenen atomaren Zeitalter Amerikas, die heute zu einem Alpdruck ausarten?

Und das soll der stolze Westen sein, der sich in Konsumtion, Technologie, Ideologie und Militärwesen so überlegen vorkam. Man hat den Eindruck, daß der Verlust der militärischen Überlegenheit als Zusammenbruch der Welt empfunden wurde. Ohne Kernwaffen fühlt sich der Westen nackt. Sind seine Ideen, die Lebensweise, die Kraft des Beispiels an sich so wenig wert, daß man sich an Massenvernichtungswaffen festhalten muß? Ein seltsamer Minderwertigkeitskomplex, über den man nachdenken sollte.

Laser – Soldat?

Laser – Arbeiter!

In Dubna, einer kleinen Stadt bei Moskau, dem Sitz des weltbekannten Vereinigten Instituts für Kernforschung, liest man an der Mauer eines Wohnhauses die Worte: "Das Atom — kein Soldat, das Atom — ein Werktätiger." Darin liegt im Grunde ein grandioses Programm beschlossen, dessen Verwirklichung jeder Mühe wert ist.

Das Atom als Werktätiger ist ein in vieler Hinsicht schon realisierter Teil des Programms. Die Kernenergetik entwickelt sich stürmisch in der ganzen Welt; Havarien in Kernkraftwerken sind eher eine Wachstumskrankheit und nicht die Kehrseite der Medaille. Zwar ist so eine Krankheit schwer, aber heilbar, besonders wenn eine enge internationale Zusammenarbeit — und auf diesem Gebiet gibt es solide und sehr wertvolle Erfahrungen — angebahnt wird.

"Das Atom — kein Soldat" ist leider vorläufig noch ein Ziel. Allerdings ein klares Ziel, ersehnt und durchaus erreichbar, wie die neuesten Ereignisse, vor allem das Treffen von Reykjavik, beweisen.

Aber seit die UdSSR ihr einseitiges Moratorium für alle Nuklearexplosionen eingeführt hat, fanden in Nevada über 20 Nukleartests statt. Laut Presse sind einige unterirdische Explosionen in den USA dazu bestimmt, Systeme zum Pumpen von Röntgenlasern, eines der wichtigsten "Instrumente" von "Sternenkriegen", durchzuarbeiten. Schön wäre es, wenn in der amerikanischen Stadt Livermore, wo an den Lasern für SDI gearbeitet wird, an einer Hausmauer die Worte auf-tauchen: "Der Laser — kein Soldat, der Laser — ein Werktätiger."

Das wäre ebenfalls ein Programm. Noch realisierbar, denn der Laser ist bereits ein fester Bestandteil des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, während die Soldatenmontur dafür eben erst geschneidert wird.

Die Erfindung des Jahrhunderts

Im Strom brillanter Erfindungen und wissenschaftlicher Entdeckungen der zweiten Hälfte unseres stürmischen Jahrhunderts nehmen Laser eine Sonderstellung ein. Der Grund ist gewichtig genug. Die Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft hängt bekanntlich direkt von der Erschließung neuer Energiearten ab. Der Mensch lernte es, Wärme zu erzeugen,

später die Wärmeenergie in die mechanische Bewegung, die mechanische Bewegung in die Energie des elektrischen Stroms und die Elektrizität in Funkwellen umzuwandeln. Auf jeder dieser Stufen bei der Erschließung neuer Energieformen ergab sich eine neue Möglichkeit, die Energie zu speichern und über immer größere Entfernungen hin zu übertragen. Es ging also darum, das Energieniveau zu erhöhen. Laser sind Anlagen, die es ermöglichen, zu einem Lichtstrahl konzentrierte Energie von beispiellos hohem Niveau zu erhalten. Wichtig ist, daß eine Energie niedrigen Niveaus — die Wärme-, die chemische oder die elektrische Energie — in die Energie des Laserstrahls umgewandelt wird (d. h., um mit den Fachleuten zu sprechen, zur Anregung bzw. zum Pumpen des Lasers dient).

Welche Eigenschaften des Laserlichts bestimmen sein hohes Energieniveau? Wodurch unterscheidet es sich vom Licht der Sonne oder einer Glühbirne? Der Unterschied ist grundsätzlich. Das Sonnenlicht und jedes "gewöhnliche" Licht ist ein Strom von den kleinsten Teilchen (Photonen). Deren Charakteristiken — Energieeigenwert, Bewegungsrichtung, Polarisierung u. a. — haben ein breites Spektrum. Ein solches Licht zu lenken ist praktisch unmöglich, und vor Entdeckung des Lasers liefen die feinsten Manipulationen mit Lichtquellen darauf hinaus, aus dem Spektrum schmale Linien (Photonen mit einer begrenzten Zahl von Charakteristiken) auszusondern und sie im Labor zu untersuchen.

Im Laserstrahl sind sich die Photonen absolut gleich, und das bestimmt das hohe Niveau der Laserenergie. Ein solcher Strahl hat die höchste Bündelung und überwindet gewaltige Entfernungen, ohne zerstreut zu werden; das Laserbündel kann durch Änderung der Energie aller der Photonen, aus denen es sich zusammensetzt, gelenkt werden; je nach der Aufgabe kann die Strahlung kontinuierlich sein oder aus Impulsen mit einer Dauer von einigen Tausendsteln bis Milliardsteln Sekunden bestehen. Der Laserstrahl kann zu einem winzigen Fleck mit einem Durchmesser von wenigen Mikron fokussiert werden, wobei sich die Temperatur im Fokus auf Millionen Grad erhöht.

Tausend Berufe

All diese Eigenschaften der Laserstrahlung fanden bald breite Anwendung. Im

vorigen Jahr war es erst 25 Jahre her seit der Herstellung des ersten, recht unvollkommenen Lasers, aber Lasertechnologien blicken schon auf einen Weg von vielen Jahren zurück. Schweißen, Härten, Schneiden und Bohren verschiedener Stoffe — all das besorgen die Laser mit einer nie dagewesenen Präzision und Leistungsfähigkeit. Dank ihnen können jetzt neue superharte und superspröde Werkstoffe sowie mikroskopisch kleine Details bearbeitet werden.

In der Medizin wendet man den Laser als feinstes chirurgisches Instrument an, hauptsächlich bei Operationen an Retina, Herz und Gefäßsystem, ferner bei Magenresektionen, der Entfernung von Polypen.

Das Aufkommen von Lasern verursachte eine Umwälzung im Nachrichtenwesen. Nachdem Alexander Popow vor 91 Jahren den von ihm erfundenen ersten Rundfunkempfänger der Welt demonstriert hatte, begann eine rasche Entwicklung der drahtlosen Nachrichtentechnik. Dazu bedurfte es vor allem der Quellen von Funkwellen, d. h. der Generatoren stabiler elektromagnetischer Schwingungen. Bei der Erschließung des Wellenbereichs ging es um Kurzwellen, weil sie die Übermittlung des größten Informationsumfangs ermöglichen. Doch die Anwendung des in dieser Hinsicht optimalen optischen Übertragungsbandes blieb unzugänglich, weil stabile Generatoren des monochromatischen, in nur einer Wellenlänge emittierten Lichtes fehlten. Die Laser nun sind solche Generatoren. Wie die ersten Experimente mit der Informationsübertragung mittels eines Laserstrahls jedoch zeigten, ist die Atmosphäre dabei ein unüberwindliches Hindernis: Das Licht wird von Luft, Staub und Feuchtigkeit zerstreut und absorbiert. Dafür stellte sich heraus, daß sich Lasersignale längs feiner Lichtleitfasern aus Glas fast ohne Verluste verbreiten können. Damit begann ein neues Kapitel in der Entwicklung der Nachrichtentechnik.

Heute werden in der Welt bis zu einer Million Kilometer Lichtleitfasern mit niedrigen optischen Verlusten jährlich produziert. Alle Industrieländer haben großangelegte Projekte zur Entwicklung des auf der Lichtleitfasertechnik beruhenden Kabelfernsehens. Im Mai 1984 nahm man in Moskau versuchsweise die erste Lichtleitfaserlinie in Betrieb, die Fernsehsignale an ein in der Zone unsicheren Empfang liegendes Wohnhaus in der Uralskaja Ulica übermittelt.

Doch Laser müssen nicht nur bei der Übermittlung, sondern auch bei der Datenaufbereitung und -speicherung eine hervorragende Rolle spielen. Davon überzeugen Erfolge, die bei der Entwicklung von Halbleiterlasern erzielt

worden sind: Schon heute sind sie durchaus kompakt, betriebssicher und wirtschaftlich (rekordmäßig hoher Wirkungsgrad). In Labors arbeitet man energisch daran, auf der Basis von Halbleiterlasern einen Langzeit- und einen operativen optischen Speicher sowie optische Mikroschaltungen zu entwickeln. Im Ergebnis müssen Superschnellrechner aufkommen, die außerdem versprechen, störfester und funktionstüchtiger zu sein als die besten heutigen EDV-Anlagen.

Am aussichtsreichsten

In der Forschungstechnik haben die Laser eine wahre Revolution verursacht. Die Wissenschaftler können ihre Messungen mit phantastischer Genauigkeit durchführen. Der Laserstrahl läßt uns die feinsten, intimsten Prozesse auf atomarer und molekularer Ebene der Stoffstruktur beobachten. Hier einige erstaunliche Beispiele aus der Praxis des Lebedew-Instituts für Physik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Mit Hilfe von Lasern wurde die Entfernung bis zum Mond mit einem Fehler von höchstens 10 cm, die Entfernung zwischen dem McDonald-Observatorium (Texas, USA) und dem Laboratorium des genannten Instituts auf der Krim mit einem Fehler von höchstens 70 cm gemessen. Am Institut entwickelte Laser erlauben es, winzige Mengen von Stoffen (einige Atome pro Kubikzentimeter) zuverlässig zu registrieren und zu erforschen.

Das Institut findet Anerkennung in der ganzen Welt, was die Laser und ihre Anwendung angeht. Hier kamen viele grundlegende Ideen auf, wurden Bahnbrecherarbeiten geleistet und Wissenschaftler höchster Qualifikation herangezogen. Das Lieblingsthema des Institutsdirektors, des Akademiemitglieds Nikolai Bassow, zweifacher Held der sozialistischen Arbeit, Lenin- und Nobelpreisträger, ist die thermonukleare Reaktion mit Hilfe von Lasern. Er betrachtet eine solche gesteuerte Fusion als den aussichtsreichsten und bedeutendsten Bereich der Laseranwendung. Tiefgehende theoretische Berechnungen und zahlreiche experimentelle Resultate bezeugen: Laserbündel vermögen ein mit einem Gemisch von Wasserstoffisotopen gefülltes Target bis zu einem Grad zu komprimieren und zu erhitzen, bei dem ihre Kerne fusionieren und Helium entsteht. Hierbei wird eine Energie freigesetzt, die höher als die Energie der Bündel selbst und die für deren Anregung verwendete Energie ist. Auf diese Weise würde die Menschheit eine unerschöpfliche Energiequelle erhalten, die überdies ökologisch sauber ist:

Kurzum, der Laser ist ein Werkträger. Seine Einführung in Technik, Produktion und Forschung versinnbildlicht heute den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, ja bestimmt in hohem Maße dessen Tempo. Um die Möglichkeiten dieser größten Erfindung des Jahrhun-

derts restlos zu realisieren, müssen die Wissenschaftler noch viel arbeiten. So braucht man für eine gesteuerte Fusionsreaktion einen Laser mit einem Strahlungsimpuls von 10 Megajoule. Die Lösung ist nicht gerade billig. In den USA werden für die Entwicklung solcher Laseranlagen ca. 100 Mio Dollar jährlich ausgegeben.

Welche Ziele von einer Kampfstation aus getroffen werden können

Aufschlußreich ist es, diese Zahl mit dem Wert von SDI-Lasern zu vergleichen. Nach Schätzungen, die in der US-Presse veröffentlicht wurden, wird die Herstellung einer Weltraumrampe mit einer Laseranlage 5–10 Md. Dollar kosten. Fachleute von der Universität Stanford meinen, daß auf erdnahen Umlaufbahnen mindestens 320 Kampfstationen nötig sind.

Was die Beförderung solcher Stationen kostet, wird ebenfalls in phantastisch anmutenden Zahlen ausgedrückt. Nach Angaben R. Harwins (USA) kostet ein Kilogramm Nutzlast, das mit Hilfe eines "Shuttle" in den Weltraum befördert wird, 3000 Dollar. Die Masse einer Rampe für den Gefechtslaser wird auf 100–1000 Tonnen geschätzt. Demnach wird die Beförderung nur einer Rampe von 500 t Gewicht auf die Bahn etwa 1,5 Md. Dollar kosten.

Während all diese wahnsinnigen Ausgaben geplant werden, melden zahlreiche Fachleute ihre ersten Zweifel an, daß das Star-War-Programm auf der Laserbasis realisierbar sei. So wird eine Situation betrachtet, bei der auf Weltraumplattformen chemisch angeregte Fluorwasserstofflaser angebracht sind. Die Lenkung des Strahls auf eine startende Rakete muß mit astronomischer Genauigkeit und in wenigen Sekunden erfolgen. Ist das aber möglich, wenn in der Station eine stürmische chemische Reaktion verläuft, Verbrennungsprodukte in den Raum geschleudert werden und die Plattform folglich stark vibriert? Wohl kaum.

Viel wird über Röntgenlaser geschrieben. In diesem Fall muß eine Kampfstation ein Gehäuse darstellen, worin eine Atombombe von ungefähr gleicher Stärke angebracht wird wie die von den Amerikanern auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben. Die bei der Explosion der Bombe entwickelte Strahlung kann die Laser, die mehrere optische etwa je 2 m lange Stäbe darstellen, anregen. Jeder Stab, in welchem die Röntgenstrahlung entsteht, muß auf das eigene Bekämpfungsobjekt gerichtet werden, weil eine solche Station nur einen Augenblick lang funktionieren kann und nach der Zündung der Kernladung als radioaktiver Staub im erdnahen Weltraum zerstreut wird. Doch hält man an der Meinung, daß die Röntgenstrahlen, noch bevor das

geschieht, in den Stäben geformt sein, die zu Asche zerfallende Station verlassen haben und es schaffen werden, die Ziele zu treffen. Selbst den kompetentesten Fachleuten bleibt es ein Rätsel, wie auf einer solchen Station der Start vieler ballistischer Raketen (die keineswegs in ein und demselben Augenblick starten müssen) geortet und erkannt, ihre einzelnen Bahnen festgesetzt, die Stäbe individuell gerichtet usw. werden können.

Die Frage der Röntgen-Kampfstationen hat noch zwei heikle Aspekte. Wie ist erstens ihre Effektivität zu überprüfen, ohne daß dabei der Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser verletzt wird? Sowohl die UdSSR als auch die USA sind verpflichtet, diesen außerordentlich wichtigen internationalen Vertrag einzuhalten, und sie tun das. Doch kann die Kampffähigkeit so kostspieliger Anlagen ohne eine solche Überprüfung unmöglich garantiert werden, das ist klar. Wie soll man zweitens von den SDI-Anhängern ein ernstes Verhalten in der Frage des Verbots von Nukleartests erwarten, wenn nach einem Zeugnis De Winds, Vorsitzender des amerikanischen Rats zum Schutz der Naturressourcen, allein für die Entwicklung und Produktion eines nukleargepumpten Röntgenlasers etwa 200 Nukleartests nötig sind?

Übrigens bringt die US-Presse neuerdings allerlei Vorbehalte, die die Bestimmung der Laser im SDI-Rahmen, die Kosten ihrer Entwicklung, die Möglichkeiten ihrer Stationierung nicht nur im Weltraum, sondern auch auf der Erde u. a. m. "präzisieren". Doch all diese erzwungenen Vorbehalte ändern nichts am Wesen der Sache, und wenn SDI-Verteidiger sagen, schon der Forschungsverlauf zwecks Realisierung des Programms werde der Gesellschaft ungeahnte technologische Möglichkeiten bieten, sagen sie jene halbe Wahrheit, die viel gefährlicher als offene Lüge ist. SDI-Laser sind nur für SDI notwendig; die Lösung des Problems der gesteuerten Fusionsreaktion z. B. erfordert völlig andersgeartete Methoden und Laser und überdies beträchtliche materielle und intellektuelle Ressourcen, die ja aus denselben, beileibe nicht unerschöpflichen Quelle geschöpft werden.

In der Physik besteht das Problem eines Röntgenlasers; daran arbeiten seit Jahren sowjetische, amerikanische und andere Spezialisten. Wenn man eine Laserstrahlung im Bereich der Röntgen-Wellenlängen erhielte, könnte man in die Atomkerne "hineinblicken", ebenso wie wir dank optischen Lasern in die Atome und Moleküle einen Blick turkonnten. Wer braucht aber einen Laser, der durch eine Atomexplosion angeregt wird?

SDI bedeutet die äußerst gefährliche Perspektive des weiteren Wettrenns.

A. ANTIPOV

"NEUE ZEIT" 46.8

Vor 275 Jahren wurde Michail Lomonossow geboren

„Der Vater der russischen Wissenschaft“

Prof Dr. Igor KOBSEW

In unserem Jahrhundert wird Michail Lomonossow ganz besonders verehrt. „Voll Verachtung für das düstere Fatum“ ziehen Schiffe über das Eismeer, dessen Erforschung er den „Kolumbussen Rußlands“ ans Herz legte. Nach Lomonossow sind ein Bergrücken am Grunde des Eismees sowie Krater auf dem Mond und Mars benannt.

Seiner Zeit voraus

Die vollständige Geschichte des Lebens Michail Lomonossows und seines Fortlebens nach dem Tode ist noch nicht geschrieben. Die Zeit wird es tun. Sein Leben und Wirken wurde im 18. und 19. Jahrhundert erforscht, und das geschieht noch jetzt. Bücher und Aufsätze über Lomonossow erscheinen in vielen Städten Europas: in Moskau, Leningrad, Prag, Paris, Berlin, Bukarest usw. Auch in den USA.

In Rußland war Lomonossow immer unvergessen. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur eine Ansprache Professor Michail Pogodins von der Moskauer Universität aus dem Jahre 1855 zu lesen, in der er Lomonossow „den Vater der russischen Wissenschaft, einen ruhmreichen Förderer der Bildung, einen Naturforscher, Chemiker, Physiker, Geographen, Metallurgen, Historiker, Prosaiker und Dichter“ genannt hat, „der im geistigen Bereich das Umgestaltungswerk Peters des Großen allein auf seine starken Schultern lud und sein ganzes Leben der Wissenschaft weihte“. Und weiter: „Wer konnte auf die Idee kommen, wer konnte es sich jemals einfallen lassen, daß dafür, Peters Werk auf höchstem Niveau fortzusetzen, nämlich seine Muttersprache umzugestalten und die europäische Wissenschaft auf russischen Boden zu verpflanzen, vom Schicksal ein einfacher Bauer ausersehen war, der in einer verräucherten Hütte, im fernen Land der Schneewehen und Schneestürme, am Rande des bevölkerten Festlands, an der Küste des Weißen Meers geboren war und bis zu seinem 17. Lebensjahr nichts als fischte, eine

Zeitlang zu den fanatischsten Kirchenspaltern stieß und sich beinahe mit einer Jungfer aus dem Nachbardorf verlobte! Die Angaben Prof. Pogodins gelten noch heute als richtig. Allerdings bestreiten jetzige Forscher, daß die Hütte verräuchert gewesen sei, und sie



haben in diesem Zusammenhang wohl kaum das Beiwort „fanatisch“ gelten lassen.

Das westliche Urteil über Lomonossow ist komplizierter. Zu Lebzeiten war er ein anerkanntes Mitglied der wissenschaftlichen Weltgemeinschaft, Mitglied der Akademien von Bologna und Schweden; in ständigem Briefwechsel mit ihm stand Leonhard Euler, ein Mitglied der Petersburger Akademie, der damals in Berlin lebte und Lomonossows Schriften sehr schätzte. Beiträge von Lomonossow erschienen nicht nur in Schriften der Sankt-Petersburger Akademie, sondern auch in Zeitschriften Europas und wurden von Forschern wie Lavoisier und Laplace gewiß aufmerksam gelesen. Kurz

vor Lomonossows Ableben versuchte Ezra Stiles, ein späterer Präsident der Yale-University, die eine der ältesten in den USA ist, über Franklin in einen Briefwechsel mit Lomonossow zu treten. Der Brief, den Stiles schrieb, blieb bei den Papieren Franklins liegen, wahrscheinlich, weil die Nachricht vom Tode Lomonossows eingetroffen war.

Dessen wichtigste Ideen, die die Physik und Chemie betreffen, waren seiner Zeit weit voraus, sie fanden keine direkte Fortsetzung und wurden gründlich vergessen. Ihre Wiedergeburt verdanken wir weitgehend Prof. Boris Menschutkin, der zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Schriften Lomonossows über Physik und Chemie eingehend durchforschte.

Wie der heutige Forscher Henry Leichester, der die Harvard Ausgabe ausgewählter Schriften Lomonossows kommentiert hat, mit Recht schreibt, konnte dieser als einer der bedeutendsten Naturforscher erst beurteilt werden, nachdem seine Werke neu entdeckt worden waren.

Adjunkt der Physik

Michail Lomonossow wurde im Dorfe Mischaninskaja, Gouvernement Archangelsk geboren. Als sein Geburtstag gilt der 8. (19.) November 1711 (eine authentische Eintragung in den Kirchenbüchern ist nicht erhalten geblieben). Sein Vater war „der Cholmogorsker Seefahrer Wassili Dorofejewitsch, der an der Murmansk Küste und in anderen Gewässern Dorsche und Steinbutte fischte“.

Der Vater, der mit seinen wirtschaftlichen Sorgen zu tun hatte, konnte dem Sohn kaum seine Aufmerksamkeit schenken. Und doch hat dieser Mann, von dem geschrieben steht: „Er selbst war reinen Gewissens, mildtätig zu Waisenkindern, umgänglich mit den Nachbarn, nur des Lesens und Schreibens unkundig“, dafür gesorgt, daß sein Sohn im Lesen und Schreiben unterrichtet wurde. Vieles bewirkte zweifellos auch das Milieu, die Dorfgemeinde, die hier, im hohen Norden, keine Leibeigenschaft kannte. Man war forsch und zu Streichen aufgelegt, „die Faustkämpfe waren schon an die 50 Jahre in dieser Gegend eine allwöchentliche Volksbelustigung an Sonn- und Feiertagen außer zur Winterzeit“. Die Erfahrungen, die Lomonossow in seiner Jugend sammeln mußte, konnten ihm nur zupfaß kommen — ihm standen in seinem Leben viele und schwerere Kämpfe als die Faustkämpfe bevor.

Das Leben war im hohen Norden natürlich keineswegs idyllisch. Hier ein Beispiel von vielen. Im Jahre 1726 ver-

brannten sich in der Nachbarschaft Altgläubige, als sie von einer Militärexpedition drangsaliert wurden. Das Leben lehrte Michail Lomonossow viel, auch daß es nicht immer angebracht ist, die Wahrheit zu sagen: Als er 1731 mit einem Wagenzug voller Fische erstmalig nach Moskau kam, nannte er sich in dem Gesuch um Aufnahme in die Slawisch-Griechisch-Lateinische Akademie den Sohn eines Adligen. Er mußte als "Spätreifer" in den untersten Klassen anfangen, weil er zwar Russisch und Rechnen, aber kein Latein konnte, das an der Akademie Pflichtfach war.

Blättern wir noch etwas in Monographien und Lexika. Im Lexikon von Brockhaus und Efron finden wir folgendes: "Ein glücklicher Zufall war 1735 die Aufforderung der Moskauer Akademie, 12 begabte Schüler in die Akademie der Wissenschaften zu schicken. Das war für L's Schicksal bestimmend. Drei dieser Schüler, darunter L., wurden im September 1736 nach Deutschland, an die Universität Marburg, zu dem damals berühmten deutschen Philosophen Prof. Wolf entsandt. L. studierte unter dessen Leitung Mathematik, Physik und Philosophie und später in Freiberg bei Prof. Henckel Chemie und Hüttenwesen. Nach allerlei Mißgeschicken (Anwerbung zum deutschen Heer, Flucht aus der Festung Wesel) kehrte L. im Juni 1741 nach Petersburg zurück. Im Januar 1742 wurde er als Adjunkt der Physik an die Akademie bestellt."

Das Land lesen und schreiben lehren

Lomonossows Leben und Wirken können wir seit 1731–1736 nach seinen von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1950–1959, Bd. 11, 1983) herausgegebenen Sämtlichen Werken aus erster Hand verfolgen. Da finden sich erste Verse, die er an der Slawisch-Griechisch-Lateinischen Akademie schrieb, und seine erste wissenschaftliche Schrift, ein Traktat, das er am 15. Oktober 1738 aus Marburg der Petersburger Akademie einsandte. Der Titel lautet: "Über die Umwandlung eines festen Körpers in einen flüssigen". Darin sind bereits viele Elemente der "Korpuskularphilosophie" Lomonossows enthalten, von der weiter ausführlicher die Rede sein wird.

1745 wurde Lomonossow ordentliches Mitglied und Professor der Chemie an der Petersburger Akademie der Wissenschaften. Damals begann er auch, sich um die Einrichtung öffentlicher Vorlesungen über Physik zu bemühen, womit er Erfolg hatte.

Dem Kommentar (von 1950) zufolge sind vorläufig keinerlei Angaben darüber vorhanden, wie lange Lomonossow die Vorlesungen fortsetzte und ob sie von vielen Interessenten besucht wurden.

Im ersten Band der Sämtlichen Werke finden wir Schriften über Physik und

Chemie aus den Jahren 1738–1746, der Anfangszeit der wissenschaftlichen Tätigkeit Lomonossows. Außer 11 rein wissenschaftlichen Publikationen sehen wir dort auch andere Texte: die Publikation Nr. 5 "276 Notizen über Physik und Korpuskulartheorie", Nr. 8 "44 Notizen über die Adhäsion von Körpern" und Nr. 17 noch ein Arbeitsprogramm.

Die drei Publikationen sind Pläne für die Zukunft. Daneben finden sich abgekürzte Übersetzungen lateinischer Aufsätze Lomonossows ins Russische: Er sorgte dafür, daß seine Schriften Leuten, die kein Latein konnten, verständlich waren.

Forscher stellen fest, daß sich der Interessenkreis Lomonossows nach 1750 sehr weit ausdehnte: Er beschäftigte sich mit Geographie, Mineralogie, Astronomie und Meteorologie. Hinzu kam die Beschäftigung mit Sprachkunde und die Gründung der Moskauer Universität.

Ein amerikanischer Kommentator der Werke Lomonossows schrieb: "Während wir sein wissenschaftliches Talent bewundern, müssen wir bedauern, daß er auf die wissenschaftliche Arbeit nicht mehr Zeit verwandte." Konnte sich Lomonossow das leisten? Ringsum war das alphabetische Land, das alphabetisiert werden mußte. Vor uns liegt Band 7 ("Schriften über Philologie"). Wir wollen hier auf die "Briefe über die Regeln der russischen Dichtung" nicht eingehen. Mit "Russischer Grammatik" aber hat Lomonossow zur Prägung der russischen Sprachnormen beigesteuert. Das Land mußte sprechen lernen, und er schrieb die "Allgemeine Rhetorik". Auch mußte eine Universität gegründet und für eine allen Ständen erreichbare Bildung gesorgt werden. Die Ehre, als Gründer der Universität zu gelten, mußte er an Schuwalow, einen Favoriten der Zarin Jelisaweta abtreten, der später noch lange als Gründer der Universität be-

zeichnet wurde. Heute zweifeln die sowjetischen Historiker nicht mehr daran, daß die Universität in Wirklichkeit von Lomonossow gegründet wurde.

"Ich gräme mich nicht über den Tod"

Michail Lomonossow war nur ein kurzes Leben beschieden, und sein letztes Jahrzehnt war schwer. Mit dem Tode Jelisawetas verlor Schuwalow, der Lomonossow immerhin in vielem geholfen hatte, seinen Einfluß, und Lomonossows Stellung in der Akademie war nicht mehr so fest. Die von ihm gegründete Glasfabrik rentierte sich nicht.

Doch unter Katharina II. verbesserte sich Lomonossows Stellung allmählich. Die zweifelhafte Sittlichkeit der Zarin konnte ihrem Geist nichts anhaben. Sie erkannte in Lomonossow den Stolz Rußlands. Am 10. Oktober 1763 wurde er in die Akademie der Künste gewählt und hielt in Katharinas Anwesenheit seine Antrittsrede. Am 20. Dezember 1763 ernannte sie ihn zum Staatsrat. Im Sommer 1764 besuchten Katharina und Jekaterina Daschkowa Lomonossow in seinem Haus, aber er lag schon im Sterben.

Ob er auf dem Totenbett wohl an seine Unsterblichkeit nach dem Tode gedacht hat? Höchstwahrscheinlich nicht. Er fürchtete den Tod nicht, wußte, daß er stirbt, und wenn er daran dachte, schwebte ihm alles vor, was er unvollendet lassen mußte. Vor seinem Tode schrieb er: "Ich gräme mich nicht über den Tod: Ich habe gelebt, gelitten und weiß, daß mir die Kinder des Vaterlandes nachtrauern werden."

Wie ging es nach seinem Tode weiter? Blicken wir wieder in den Brockhaus! Da lesen wir, daß P. Wladimirow, der im Lexikon den Text über Lomonossow

Nur einige Werke des großen Denkers



verfaßte, schrieb, er sei "ein berühmter Dichter und Gelehrter" gewesen, "der erste Russe, der mit vollem Recht neben die zu seiner Zeit lebenden Wissenschaftler Europas treten konnte, und das dank seinen zahlreichen, vielseitigen und urwüchsigen wissenschaftlichen Werken über Physik, Chemie, Hüttenwesen, Mechanik usw."; "Die heutigen russischen Wissenschaftler finden bei Lomonossow glänzende Ideen, die in der Naturkunde seiner Zeit voraus waren". Dem Verfasser der Angaben im Lexikon steht der Dichter jedoch vor dem Gelehrten.

Das ist natürlich kein Zufall. Im 19. Jahrhundert lebte Lomonossow vor allem in der russischen Dichtung fort. Juri Tynjanow schrieb: "Schon Lermontow hat bei Lomonossows Strophen entlehnt. Glanzlichter Lomonossows leuchten bald hier, bald da im Meer der Dichtung des 19. Jahrhunderts auf." Und doch klangen Lomonossows Oden schwerfällig. Heute, nach Chlebnikow und Pasternak, erscheinen sie uns nicht mehr so. Nehmen wir z. B. die Ode "Morgenbetrachtungen über Gottes Größe": die vom Geist des Forschers wahrgenommene Sonne ist mit der Feder des Dichters geschildert. Lomonossows Verse muß man ganz lesen, wir zitieren aber dennoch nur einige Strophen:

Dort rollen Feuerwogen an
Auf uferlosem Meer,
Dort tobt ein flammender Orkan
Schon seit Äonen her,
Dort brodeln Steine früh bis spät,
Und glüh'nder Regen niedergeht."

Seit Lomonossow gab es unter den russischen Dichtern keine Naturforscher seines Formats mehr. Mag sein, daß ein künftiger größter russischer Dichter nach Puschkin berufen sein wird, den Geist des Forschers und Dichters Lomonossow mit Puschkins Inspiration zu verschmelzen.

Zwar haben wir schon wiederholt festgestellt, daß Lomonossow als Naturforscher zumindest in Rußland niemals vergessen wurde, aber seine Größe ist erst in diesem Jahrhundert ermeßbar geworden.

Lomonossow war ein konsequenter Verfechter des in der Geschichte ersten physikalischen Weltbilds oder, wie man es jetzt nennt, des auf der Mechanik des ideal festen Atoms beruhenden Paradigmas. Leider fanden Lomonossows Ideen keine unmittelbare Fortentwicklung — das Urteil, das ihnen gebührt, ist erst in unserem Jahrhundert abgegeben worden. Lomonossow hat einige wunderbare Hypothesen aufgestellt. So hat er vorausgesagt, daß das Boyle-Mariotte-Gesetz bei hoher Kompression nicht mehr gelten kann, und er hat versucht, die entsprechende Abweichung experimentell zu entdecken. Er hielt sich konsequent an das selbsterwählte Paradigma und leugnete aus der Ferne wirkende Kräfte als Urelement des physikalischen Weltbildes. Er glaubte an einen Äther,

dem er atomare Struktur zuschrieb, und verfocht die Theorie der Lichtwellen. In diesem Kreis der Ideen, die er ganz systematisch fortentwickelte, ahnte er vieles voraus. So teilte er die Bewegungen des Moleküls in drehende, schwankende und lineare ein. Diese Einteilung gilt noch heute.

Lomonossow erkannte die Notwendigkeit eines absoluten Nullpunkts, er definierte ihn im Rahmen der klassischen Vorstellungen als eine Temperatur, bei der jede atomare Bewegung aufhört.

Lomonossows Leistungen gehen weit über die geschilderten hinaus. Es genügt zu sagen, daß er das Polarlicht detailliert erforschte und seinen Ursprung mit der Elektrizität in Zusammenhang brachte. Er stellte als erster die drei wichtigsten Komplementärfarben Rot, Gelb und Blau fest, die, wenn man sie mischt, Weiß ergeben.

Beim Durchblättern der Sämtlichen Werke erkennen wir einen außergewöhnlich vielseitigen Naturforscher, dessen Interessenkreis fast die gesamte

derzeitige Naturwissenschaft wohl nur mit Ausnahme von Problemen der Biologie umfaßte. So finden wir beispielsweise eine Arbeit, in der das Polareis klassifiziert ist. Wie der Kommentator schreibt, war Lomonossows Klassifizierungsvorschlag seiner Zeit weit voraus. Lomonossow wies darauf hin, daß sich Eis direkt aus Seewasser auf dem offenen Meer bilden kann, was den Ansichten im 18. Jahrhundert zuwiderlief.

Wahrscheinlich gibt es in der Geschichte der Neuzeit nur einen Menschen, mit dem man Michail Lomonossow vergleichen kann: Leonardo da Vinci. Wir wollen diesen genialen Persönlichkeiten keine Ränge anweisen, um so weniger, als etwa zwei Jahrhunderte zwischen ihnen liegen.

Aber versuchen wir dennoch, die Frage zu beantworten, welchen Platz Lomonossow in der Geschichte einnimmt. Das hat Puschkin beantwortet. Lomonossow war die erste russische Universität, und das konnte nur einer sein.

PERSONALIEN

Botschafter der UdSSR in Mocambique Nikolai Kirillowitsch DYBENKO



N. K. Dybenko, Russe, geboren am 21. Oktober 1928 in Nowosybkowo, Gebiet Brjansk. 1952 Absolvierung der Sibirischen Bergbauakademie, 1961 der Parteihochschule beim ZK der KPdSU. Mitglied der KPdSU seit 1951.

Nach dem Studium in Betrieben der Gebiete Jaroslawl und Nowosibirsk auf ingenieurtechnischen Posten. Ab 1955 Partei- und Verwaltungsfunktionen.

1955—1962 Abteilungsleiter, 2. Sekretär eines Bezirksparteikomitees, Vorsitzender eines Bezirksexekutivkomitees, 1. Sekretär eines Bezirksparteikomitees in Nowosibirsk. 1962—1964 Abteilungsleiter, Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU von Nowosibirsk; 1964—1973 1. Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU von Nowosibirsk, danach Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Nowosibirsk und 1973—1978 Sektionsleiter einer Abteilung im ZK der KPdSU. 1978—1986 2. Sekretär des ZK der KP Litauens.

Kandidat des ZK der KPdSU, Delegierter zum XXIII., XXIV., XXVI. und XXVII. Parteitag der KPdSU. Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR (10. und 11. Legislaturperiode).

N. K. Dybenko sind zwei Orden des Roten Arbeitsbanners, der Orden "Ehrenzeichen" und Medaillen verliehen worden.

Botschafter der UdSSR in Österreich

Gennadi Serafimowitsch SCHIKIN



G. S. Schikin; Russe, geboren am 30. August 1938 in Leningrad. Absolvierte 1961 das Moskauer Staatliche Institut für internationale Beziehungen beim Außenministerium der UdSSR. Mitglied der KPdSU seit 1965. Ab 1962 im diplomatischen Dienst. 1962—1964 im zentralen Apparat des Außenministeriums der UdSSR als Referent, Attache der Dritten Europa-Abteilung bzw. Attache

der Fünften Europa-Abteilung. 1964—1966 Attache der Botschaft der UdSSR in Jugoslawien. 1966—1968 3. bzw. 2. Sekretär der Presseabteilung im Außenministerium der UdSSR. 1968—1974 2. bzw. 1. Sekretär der Botschaft der UdSSR in der BRD. Danach Sektionsleiter in der Dritten Europa-Abteilung des Außenministeriums der UdSSR; 1976—1986 stellvertretender Leiter derselben Abteilung. Von Mai bis Oktober 1986 stellvertretender Leiter des Allgemeinen Sekretariats im Außenministerium der UdSSR.

G. S. Schikin hat staatliche Auszeichnungen.

DOKUMENT

DER STOCKHOLMER KONFERENZ

ÜBER VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN UND ABRÜSTUNG IN EUROPA, EINBERUFEN IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN EINSCHLÄGIGEN BESTIMMUNGEN DES ABSCHLIESSENDEN DOKUMENTS DES MADRIDER TREFFENS DER KONFERENZ ÜBER SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Im September endete in Stockholm die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, die zwei Jahre und acht Monate gedauert hat. Daran beteiligten sich Vertreter von 33 Staaten Europas, den USA und Kanada. Sie nahm ein Abschließendes Dokument an, in dem ein Komplex politischer und militärtechnischer Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr in Europa sowie zur Festigung der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens vereinbart worden ist. In dem Dokument haben sich die beteiligten Staaten verpflichtet, das Prinzip des Gewaltverzichts oder der Gewaltandrohung zu respektieren und in die Tat umzusetzen. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, hat folgendes hervorgehoben: "Das ist ein Sieg der Vernunft, ein Gewinn für alle fünfunddreißig Länder, die an der Konferenz teilgenommen haben... Stockholm hat gezeigt, daß man sich selbst in einer komplizierten Situation über Sicherheitsfragen einig werden kann, wenn der politische Wunsch und Wille dazu vorhanden ist."

(1) Die Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern tagten in Stockholm vom 17. Januar 1984 bis 19. September 1986 in Übereinstimmung mit den im Abschließenden Dokument des Madrider Folgetreffens der KSZE enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa.

(2) Der schwedische Ministerpräsident, der verstorbene Olof Palme, richtete am 17. Januar 1984 das Wort an die Teilnehmer.

(3) Eröffnungserklärungen wurden durch die Minister für Auswärtige Angelegenheiten und andere Delegationsleiter abgegeben. Der Ministerpräsident Spaniens sowie Minister und leitende Beamte einer Reihe anderer Teilnehmerstaaten gaben zu späteren Zeitpunkten Erklärungen in der Konferenz ab. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Schwedens gab am 19. September 1986 eine Erklärung in der Konferenz ab.

(4) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen richtete am 6. Juli 1984 das Wort an die Konferenz.

(5) Beiträge wurden von folgenden nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten geleistet: Algerien, Ägypten, Israel, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien.

(6) Die Teilnehmerstaaten erinnerten daran, daß es das Ziel der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa als substantieller und integraler Bestandteil des durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten multilateralen Prozesses ist, etappenweise neue, wirksame und konkrete Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sind, Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und bei der Verwirklichung der Abrüstung zu erzielen, um der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in ihren internationalen Beziehungen im allgemeinen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

(7) Die Teilnehmerstaaten erkannten an, daß der im vorliegenden Dokument angenommene Satz einander ergänzender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, die in Einklang mit dem Madrider Mandat stehen, durch ihren Umfang und ihre Natur sowie durch ihre Verwirklichung dazu dienen, Vertrauen und Sicherheit in Europa zu festigen und somit der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

(8) Demgemäß haben die Teilnehmerstaaten folgendes erklärt:

Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt

(9) Eingedenk ihrer Pflicht, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in ihren internationalen Beziehungen im allgemeinen der Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder auf irgendeine andere Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist, zu enthalten, bekräftigen die Teilnehmerstaaten dementsprechend ihre Verpflichtung, das Prinzip der Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, wie es in der Schlußakte niedergelegt ist, zu achten und in die Praxis umzusetzen.

(10) Die Geltendmachung von Erwägungen zur Rechtfertigung eines gegen dieses Prinzip verstößenden Rückgriffs auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt ist unzulässig.

(11) Sie rufen das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs in Erinnerung, wie es in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist.

(12) Sie werden sich jeglicher Gewaltmanifestation enthalten, die den Zweck hat, irgendeinen anderen Staat zum Verzicht auf die volle Ausübung seiner souveränen Rechte zu bewegen.

(13) Wie in der Schlußakte niedergelegt, wird keine Besetzung oder Aneignung von Territorium als rechtmäßig anerkannt werden, die aus der Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung des Völkerrechts resultiert.

(14) Sie erkennen ihre Verpflichtung zu Frieden und Sicherheit an. Dementsprechend bekräftigen sie, daß sie sich jedes mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den Bestimmungen der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, nicht zu vereinbarenden Einsatzes bewaffneter Kräfte gegen einen anderen Teilnehmerstaat enthalten werden, insbesondere der Invasion oder des Angriffs auf sein Territorium.

(15) Sie werden ihrer Verpflichtung entsprechen, sich in ihren Beziehungen zu jedem anderen Staat der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, ungeachtet des politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Systems dieses Staates und unabhängig davon, ob sie zu diesem Staat Bündnisbeziehungen unterhalten oder nicht.

(16) Sie unterstreichen, daß die Nichteinhaltung der Pflicht, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, wie oben in Erinnerung gerufen, eine Verletzung des Völkerrechts darstellt.

(17) Sie unterstreichen ihre Verpflichtung zum Prinzip der friedlichen Regelung von Streiffällen, wie es in der Schlußakte enthalten ist, in der Überzeugung, daß es eine wesentliche Ergänzung zur Pflicht der Staaten ist, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, wobei beide Prinzipien wesentliche Faktoren für die Erhaltung und Festigung des Friedens und der Sicherheit sind. Sie rufen ihre Entschlossenheit und die Notwendigkeit in Erinnerung, die ihnen für die friedliche Regelung von Streiffällen zur Verfügung stehenden Methoden zu verstärken und zu verbessern. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ausschließlich mit friedlichen Mitteln jeglichen Streitfall zwischen ihnen zu regeln.

(18) Die Teilnehmerstaaten unterstreichen ihre Verpflichtung zur Schlußakte und die Notwendigkeit vollständiger Durchführung aller ihrer Bestimmungen, die den Prozeß der Verbesserung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa fördern wird, dadurch zu internationalem Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt beiträgend.

(19) Sie betonen ihre Verpflichtung zu allen Prinzipien der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, und erklären ihre Entschlossenheit, sie zu achten und in die Praxis umzusetzen, ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systeme, als auch ihrer Größe, geographischen Lage oder ihres wirtschaftlichen Entwicklungsstandes.

(20) Alle diese zehn Prinzipien sind von grundlegender Bedeutung und werden folglich gleichermaßen und vorbehaltlos angewendet, wobei ein jedes von ihnen unter Beachtung der anderen ausgelegt wird.

(21) Die Achtung und die Anwendung dieser Prinzipien werden die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten in allen von den Bestimmungen der Schlußakte erfaßten Bereichen stärken.

(22) Sie bestätigen erneut ihre Verpflichtung zum grundlegenden Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten und unterstreichen, daß alle Staaten im Rahmen des Völkerrechts gleiche Rechte und Pflichten haben.

(23) Sie bekräftigen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Achtung und die wirksame Ausübung dieser Rechte und Freiheiten sind wesentliche

Faktoren für internationalen Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit, wie auch für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten, wie in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, niedergelegt.

(24) Sie bekräftigen, daß im weiteren Zusammenhang der Sicherheit der Welt die Sicherheit in Europa mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist; in diesem Zusammenhang bestätigen sie ihre Absicht, gutnachbarschaftliche Beziehungen mit allen Staaten in der Region unter gebührender Berücksichtigung der Gegenseitigkeit und im Geiste der Prinzipien zu entwickeln, welche in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, enthalten sind, um in Einklang mit den im Kapitel über den Mittelmeerraum der Schlußakte enthaltenen Bestimmungen Vertrauen und Sicherheit zu stärken und dafür Sorge zu tragen, daß in der Region Frieden herrscht.

(25) Sie unterstreichen die Notwendigkeit, verschiedene Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung des Terrorismus, einschließlich des Terrorismus in internationalen Beziehungen, zu ergreifen. Sie bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, sowohl auf nationaler Ebene als auch durch internationale Zusammenarbeit, wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung aller terroristischen Handlungen zu ergreifen. Sie werden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß ihr jeweiliges Territorium zur Vorbereitung, Organisation oder Verübung terroristischer Tätigkeiten benutzt wird. Dies schließt auch Maßnahmen ein, um auf ihrem Territorium illegale Tätigkeiten, einschließlich subversiver Tätigkeiten, von Personen, Gruppen und Organisationen zu verbieten, welche zur Verübung terroristischer Handlungen, einschließlich solcher, die sich gegen andere Staaten und ihre Bürger richten, anstiften, sie organisieren oder sich daran beteiligen.

(26) Sie werden ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben erfüllen; sie unterstreichen ferner, daß die strikte Einhaltung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der KSZE wesentlich für die Bildung von Vertrauen und Sicherheit ist.

(27) Die Teilnehmerstaaten bestätigen, daß im Falle eines Widerspruchs zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder der Vereinten Nationen aus der Charta der Vereinten Nationen und ihren Verpflichtungen aus irgendeinem Vertrag oder sonstigen internationalen Abkommen ihre Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen gemäß ihrem Artikel 103 Vorrang haben.

(28) Die Teilnehmerstaaten haben die folgenden Maßnahmen angenommen:

Vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten

(29) Die Teilnehmerstaaten werden ankündigende* militärische Aktivitäten in der Anwendungszone für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM)** schriftlich auf diplomatischem Wege in vereinbarter Form des Inhaltes allen anderen Teilnehmerstaaten 42 Tage oder mehr vor ihrem Beginn ankündigen.

(30) Die Ankündigung wird durch den Teilnehmerstaat gegeben, auf dessen Territorium die Durchführung der betreffenden Aktivität geplant ist, selbst wenn die Streitkräfte dieses Staates an der Aktivität nicht beteiligt sind oder ihre Stärke unter der Ankündigungsschwelle liegt. Dies entbindet andere Teilnehmerstaaten nicht von ihrer Pflicht, Ankündigung zu geben, wenn ihre Beteiligung an der geplanten militärischen Aktivität die Ankündigungsschwelle erreicht.

(31) Jede der folgenden militärischen Aktivitäten, die im Gelände als eine einzelne Aktivität in der Anwendungszone für VSBM auf oder über den nachstehend definierten Schwellen durchgeführt wird, wird angekündigt:

* Der Begriff ankündigend bedeutet in diesem Dokument: der Ankündigung unterliegend.

** Siehe Anhang I

*** In diesem Zusammenhang schließt der Begriff Landstreitkräfte amphibische, luftbewegliche und Luftlandkräfte ein.

(31.1) Der Einsatz von Truppenformationen der Landstreitkräfte*** der Teilnehmerstaaten in ein und derselben Übungsaktivität, die unter einheitlicher Führung selbständig oder kombiniert mit etwaigen Teilen von Luft- oder Seestreitkräften durchgeführt wird.

(31.1.1) Diese militärische Aktivität wird der Ankündigung unterliegen, wenn an ihr zu irgendeinem Zeitpunkt während der Aktivität beteiligt sind:

— mindestens 13 000 Mann, einschließlich Unterstützungstruppen, oder

— mindestens 300 Kampfpanzer

wenn diese in eine Divisionsstruktur oder zumindest in zwei Brigaden/Regimenter — nicht notwendigerweise derselben Division unterstellt — gegliedert sind.

(31.1.2) Die Teilnahme von Luftstreitkräften der Teilnehmerstaaten wird in die Ankündigung einbezogen, wenn vorgesehen ist, daß im Verlauf der Aktivität 200 oder mehr Einsätze von Flugzeugen, ausgenommen Hubschrauber, geflogen werden.

(31.2) Der Einsatz von Streitkräften in einer amphibischen Landung oder in einer Fallschirmlandung von Luftlandkräften in der Anwendungszone für VSBM.

(31.2.1) Diese militärischen Aktivitäten werden der Ankündi-

gung unterliegen, wenn an der amphibischen Landung mindestens 3000 Mann oder am Fallschirmabsprung mindestens 3000 Mann beteiligt sind.

(31.3) Der Einsatz von Truppenformationen der Landstreitkräfte der Teilnehmerstaaten in einer Verlegung von außerhalb der Anwendungszone für VSBM zu Ankunftspunkten innerhalb der Zone, oder von innerhalb der Anwendungszone für VSBM zu Konzentrationspunkten in der Zone, um an einer anzukündigenden Übungsaktivität teilzunehmen oder um konzentriert zu werden.

(31.3.1) Die Ankunft oder Konzentration dieser Kräfte wird der Ankündigung unterliegen, wenn an ihr zu irgendeinem Zeitpunkt während der Aktivität beteiligt sind:

— mindestens 13.000 Mann, einschließlich Unterstützungsgruppen, oder

— mindestens 300 Kampfpanzer

wenn diese in eine Divisionsstruktur oder zumindest in zwei Brigaden/Regimenter — nicht notwendigerweise derselben Division unterstellt — gegliedert sind.

(31.3.2) Kräfte, die in die Zone verlegt worden sind, werden allen Bestimmungen der vereinbarten VSBM unterliegen, wenn sie ihre Ankunftspunkte verlassen, um innerhalb der Anwendungszone für VSBM an einer anzukündigenden Übungsaktivität teilzunehmen oder um konzentriert zu werden.

(32) Anzukündigende militärische Aktivitäten, die ohne vorherige Bekanntgabe an die beteiligten Truppen durchgeführt werden, sind von dem Erfordernis der 42tägigen vorherigen Ankündigung ausgenommen.

(32.1) Die Ankündigung solcher Aktivitäten, die über den vereinbarten Schwellen liegen, wird zu dem Zeitpunkt gegeben, an dem die beteiligten Truppen derartige Aktivitäten beginnen..

(33) Die Ankündigung jeder anzukündigenden militärischen Aktivität wird schriftlich in der folgenden vereinbarten Form gegeben:

(34) A — **Allgemeine Angaben**

(34.1) Die Benennung der militärischen Aktivität;

(34.2) Der allgemeine Zweck der militärischen Aktivität;

(34.3) Die Namen der an der militärischen Aktivität beteiligten Staaten;

(34.4) Die Führungsebene, welche die militärische Aktivität organisiert und führt;

(34.5) Die Anfangs- und Enddaten der militärischen Aktivität.

(35) B — **Angaben über die verschiedenen Arten anzukündigender militärischer Aktivitäten**

(35.1) Der Einsatz von Truppenformationen der Landstreitkräfte der Teilnehmerstaaten in ein und derselben Übungsaktivität, die unter einheitlicher Führung selbständig oder kombiniert mit etwaigen Teilen von Luft- oder Seestreitkräften durchgeführt wird:

(35.1.1) Die Gesamtstärke des an der militärischen Aktivität teilnehmenden Personals (d. h. des Personals der Landstreitkräfte, der amphibischen, der luftbeweglichen und Luftlandkräfte) und die Stärke des teilnehmenden Personals jedes beteiligten Staates, falls anwendbar;

(35.1.2) Anzahl und Typen der teilnehmenden Divisionen jedes Staates;

(35.1.3) Die Gesamtzahl der Kampfpanzer jedes Staates und

die Gesamtzahl der auf gepanzerten Fahrzeugen montierten Abschußrampen für Panzerabwehrkraketen;

(35.1.4) Die Gesamtzahl der Artilleriegeschütze und Mehrfachraketenwerfer (Kaliber 100 mm und darüber);

(35.1.5) Die Gesamtzahl der Hubschrauber, nach Kategorien;

(35.1.6) Vorgesehene Zahl der Flugzeugeinsätze, Hubschrauber ausgenommen;

(35.1.7) Zweck der Flugzeugeinsätze;

(35.1.8) Kategorien der beteiligten Flugzeuge;

(35.1.9) Die Führungsebene, welche die Teilnahme der Luftstreitkräfte organisiert und führt;

(35.1.10) Küstenbeschuß durch Schiffsartillerie;

(35.1.11) Angabe anderer Arten der Unterstützung, die von See auf die Küste gerichtet sind;

(35.1.12) Die Führungsebene, welche die Teilnahme der Seestreitkräfte organisiert und führt.

(35.2) Der Einsatz von Streitkräften in einer amphibischen Landung oder in einer Fallschirmlandung von Luftlandkräften in der Anwendungszone für VSBM:

(35.2.1) Die Gesamtstärke der an anzukündigenden amphibischen Landungen beteiligten amphibischen Truppen, und/oder die Gesamtstärke der an anzukündigenden Fallschirmlandungen beteiligten Luftlandtruppen;

(35.2.2) Im Falle einer anzukündigenden amphibischen Landung, der Punkt oder die Punkte der Einschiffung, sofern sie sich in der Anwendungszone für VSBM befinden.

(35.3) Der Einsatz von Truppenformationen der Landstreitkräfte der Teilnehmerstaaten in einer Verlegung von außerhalb der Anwendungszone für VSBM zu Ankunftspunkten innerhalb der Zone, oder von innerhalb der Anwendungszone für VSBM zu Konzentrationspunkten in der Zone, um an einer anzukündigenden Übungsaktivität teilzunehmen oder um konzentriert zu werden:

(35.3.1) Die Gesamtstärke der verlegten Truppen;

(35.3.2) Anzahl und Typen der an der Verlegung teilnehmenden Divisionen;

(35.3.3) Gesamtzahl der Kampfpanzer, die an einer anzukündigenden Ankunft oder Konzentration teilnehmen;

(35.3.4) Geographische Koordinaten der Ankunfts- und Konzentrationspunkte.

(36) C — **Das Gebiet und der Zeitrahmen, die für die Aktivität vorgesehen sind**

(36.1) Das Gebiet der militärischen Aktivität, begrenzt durch geographische Merkmale, zusammen mit geographischen Koordinaten, falls angebracht;

(36.2) Die Anfangs- und Enddaten jeder Phase (Verlegungen, Beziehen der Übungsräume, Konzentration von Kräften, aktiver Übungsteil, Rückführung) der Aktivitäten der teilnehmenden Truppenformationen in der Anwendungszone für VSBM, der taktische Zweck und die entsprechenden geographischen Räume (begrenzt durch geographische Koordinaten) jeder Phase;

(36.3) Kurzbeschreibung jeder Phase.

(37) D — **Andere Angaben**

(37.1) Etwaige Änderungen gegenüber den in der Jahresübersicht enthaltenen Angaben über die Aktivität;

(37.2) Beziehung der Aktivität zu anderen anzukündigenden Aktivitäten.

Beobachtung bestimmter militärischer Aktivitäten

(38) Die Teilnehmerstaaten werden Beobachter aus allen anderen Teilnehmerstaaten zu den folgenden anzukündigenden militärischen Aktivitäten einladen:

(38.1) — zum Einsatz von Truppenformationen der Landstreitkräfte* der Teilnehmerstaaten in ein und derselben Übungsaktivität, die unter einheitlicher Führung, selbständig oder kombiniert mit etwaigen Teilen von Luft- oder Seestreitkräften, durchgeführt wird;

(38.2) — zum Einsatz von Streitkräften in einer amphibischen Landung oder in einer Fallschirmlandung von Luftlandkräften in der Anwendungszone für VSBM;

* In diesem Zusammenhang schließt der Begriff Landstreitkräfte amphibische, luftbewegliche und Luftlandkräfte ein.

(38.3) — im Falle des Einsatzes von Truppenformationen der Landstreitkräfte der Teilnehmerstaaten in einer Verlegung von außerhalb der Anwendungszone für VSBM zu Ankunftspunkten innerhalb der Zone, oder von innerhalb der Anwendungszone für VSBM zu Konzentrationspunkten in der Zone, um an einer anzukündigenden Übungsaktivität teilzunehmen oder konzentriert zu werden, zur Konzentration dieser Kräfte. Kräfte, die in die Zone verlegt worden sind, werden allen Bestimmungen der vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen unterliegen, wenn sie ihre Ankunftspunkte verlassen, um innerhalb der Anwendungszone für VSBM an einer anzukündigenden Übungsaktivität teilzunehmen oder um konzentriert zu werden.

(38.4) Die oben angeführten Aktivitäten werden der Beobachtung unterliegen, wenn die Stärke des eingesetzten Personals 17 000 Mann erreicht oder überschreitet, außer im Falle einer amphibischen Landung oder einer Fallschirmlandung von Luftlandkräften, die dann der Beobachtung unterliegen werden, wenn die Stärke des eingesetzten Personals 5 000 Mann erreicht oder überschreitet.

(39) Der Gastgeberstaat wird die Einladungen zum Zeitpunkt der Ankündigung auf diplomatischem Wege an alle anderen Teilnehmerstaaten schriftlich übermitteln. Der Gastgeberstaat ist derjenige Teilnehmerstaat, auf dessen Territorium die angekündigte Aktivität stattfinden wird.

(40) Der Gastgeberstaat kann einige seiner Verantwortlichkeiten als Gastgeber an einen anderen Teilnehmerstaat delegieren, der die militärische Aktivität auf dem Territorium des Gastgeberstaates durchführt oder an ihr beteiligt ist. In derartigen Fällen wird der Gastgeberstaat die Aufteilung der Verantwortlichkeiten in seiner Einladung zur Beobachtung der Aktivität angeben.

(41) Jeder Teilnehmerstaat kann bis zu zwei Beobachter zu der zu beobachtenden militärischen Aktivität entsenden.

(42) Der eingeladene Staat kann darüber entscheiden, ob er militärische und/oder zivile Beobachter, einschließlich Mitglieder seines beim Gastgeberstaat akkreditierten Personals, entsendet. Militärische Beobachter werden während der Ausübung ihrer Aufgaben in der Regel ihre Uniformen und Abzeichen tragen.

(43) Antworten auf die Einladung werden schriftlich bis spätestens 21 Tage nach Absendung der Einladung erteilt.

(44) Die Teilnehmerstaaten, die eine Einladung annehmen, werden in ihrer Antwort auf die Einladung Namen und Rang ihrer Beobachter mitteilen. Wird die Einladung nicht rechtzeitig angenommen, so wird davon ausgegangen, daß keine Beobachter entsandt werden.

(45) Zusammen mit der Einladung wird der Gastgeberstaat ein allgemeines Beobachtungsprogramm übermitteln, das die folgenden Angaben enthält:

(45.1) — Datum, Uhrzeit und Ort, an dem sich die Beobachter einfinden sollen;

(45.2) — geplante Dauer des Beobachtungsprogramms;

(45.3) — Sprachen, die beim Dolmetschen und/oder Übersetzen verwendet werden;

(45.4) — Bereitstellung von Verpflegung, Unterbringung und Transportmitteln für die Beobachter;

(45.5) — Bereitstellung von Beobachtungsausrüstung, die durch den Gastgeberstaat an die Beobachter ausgegeben wird;

(45.6) — etwaige Genehmigung des Gastgeberstaates für die Verwendung von Sonderausrüstung, die von den Beobachtern mitgebracht werden darf;

(45.7) — Bereitstellung von Schutzbekleidung, die aufgrund wetter- oder umweltbedingter Faktoren an die Beobachter ausgegeben wird.

(46) Die Beobachter können zum Beobachtungsprogramm Wünsche vorbringen. Der Gastgeberstaat wird diesen nach Möglichkeit entsprechen.

(47) Der Gastgeberstaat wird eine Beobachtungsdauer festlegen, die es den Beobachtern gestattet, eine ankündigende militärische Aktivität von dem Zeitpunkt an zu beobachten, ab dem die für die Beobachtung vereinbarten Schwellen erreicht oder überschritten werden, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Schwellen für die Beobachtung zum letzten Mal während der Aktivität nicht mehr erreicht werden.

(48) Der Gastgeberstaat wird für den Transport der Beobachter zum Gebiet der angekündigten Aktivität und zurück sorgen. Dieser Transport wird entweder von der Hauptstadt oder von einem anderen geeigneten, in der Einladung angegebenen Ort aus so erfolgen, daß die Beobachter sich vor Beginn des Beobachtungsprogramms an Ort und Stelle befinden.

(49) Der eingeladene Staat wird die Kosten für die Reise seiner Beobachter zur Hauptstadt des Gastgeberstaates oder zu einem anderen geeigneten, in der Einladung angegebenen Ort sowie für die Rückreise tragen.

(50) Die Beobachter werden gleich behandelt und werden gleiche Möglichkeiten erhalten, ihre Aufgaben wahrzunehmen.

(51) Für die Dauer ihrer Mission werden den Beobachtern die Vorrechte und Immunitäten gewährt, die im Wiener Übereinkommen über Diplomatische Beziehungen Diplomaten eingeräumt werden.

(52) Der Gastgeberstaat ist nicht gehalten, die Beobachtung gesperrter Örtlichkeiten, Einrichtungen oder Verteidigungsanlagen zu gestatten.

(53) Um den Beobachtern Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, daß die angekündigte Aktivität nichtbedrohlicher Natur ist und in Übereinstimmung mit den entsprechenden Bestimmungen der Ankündigung durchgeführt wird, wird der Gastgeberstaat:

(53.1) — zu Beginn des Beobachtungsprogramms eine Einweisung über Zweck, Ausgangslage, Phasen der Aktivität und mögliche Änderungen gegenüber der Ankündigung geben und den Beobachtern eine Karte des Gebiets der militärischen Aktivität im Maßstab von 1 zu nicht mehr als 500 000 und ein Beobachtungsprogramm mit täglichem Zeitplan sowie eine Skizze über die Ausgangslage zur Verfügung stellen;

(53.2) — den Beobachtern geeignete Beobachtungsausrüstung zur Verfügung stellen. Den Beobachtern wird jedoch die Verwendung ihrer persönlichen Ferngläser gestattet, die der Prüfung und der Billigung durch den Gastgeberstaat unterliegen;

(53.3) — im Verlauf des Beobachtungsprogramms den Beobachtern tägliche Einweisungen anhand von Karten über die verschiedenen Phasen der militärischen Aktivität und ihren Fortgang geben und die Beobachter über ihre geographischen Standorte informieren. Im Falle einer Aktivität der Landstreitkräfte, die kombiniert mit Teilen von Luft- oder Seestreitkräften durchgeführt wird, werden Einweisungen durch Vertreter dieser Teilstreitkräfte erfolgen;

(53.4) — den Beobachtern Gelegenheit geben, die Streitkräfte des/der an der militärischen Aktivität beteiligten Staates/Staaten direkt zu beobachten und sich so einen Eindruck über den Verlauf der Aktivität zu verschaffen. Zu diesem Zweck wird den Beobachtern Gelegenheit gegeben, größere Kampftruppenteile der teilnehmenden Truppenformationen auf Divisions- oder gleichwertiger Ebene zu beobachten und wann immer möglich, einige Truppenteile zu besuchen und mit Kommandanten/Kommandeuren und Truppenangehörigen zu sprechen. Kommandanten/Kommandeure oder anderes höheres Führungsbeziehungsweise Stabspersonal von teilnehmenden Truppenformationen sowie der besuchten Truppenteile werden die Beobachter über den Auftrag ihrer jeweiligen Truppenteile unterrichten;

(53.5) — die Beobachter im Gebiet der militärischen Aktivität führen. Die Beobachter werden sich an die Anweisungen halten, die vom Gastgeberstaat in Übereinstimmung mit den in diesem Dokument niedergelegten Bestimmungen getroffen wurden;

(53.6) — den Beobachtern im Gebiet der militärischen Aktivität geeignete Transportmittel zur Verfügung stellen;

(53.7) — den Beobachtern Gelegenheit bieten, rechtzeitig mit ihren Botschaften oder anderen offiziellen Missionen und konsularischen Stellen Verbindung aufzunehmen. Der Gastgeberstaat ist nicht verpflichtet, die Fernmeldegebühren für die Beobachter zu übernehmen;

(53.8) — für angemessene Verpflegung und Unterbringung der Beobachter an einem für die Durchführung des Beobachtungsprogramms geeigneten Ort und erforderlichenfalls für medizinische Betreuung sorgen.

(54) Die Teilnehmerstaaten sind nicht verpflichtet, Beobachter zu ankündigenden militärischen Aktivitäten einzuladen, die ohne vorherige Bekanntgabe an die beteiligten Truppen durchgeführt werden, sofern diese ankündigenden Aktivitäten nicht länger als 72 Stunden dauern. Die Fortführung solcher Aktivitäten über diesen Zeitraum hinaus wird der Beobachtung unterliegen, solange die vereinbarten Schwellen für die Beobachtung erreicht oder überschritten werden. Das Beobachtungsprogramm wird allen in diesem Dokument niedergelegten Bestimmungen für die Beobachtung so weit wie praktisch möglich entsprechen.

Jahresübersichten

(55) Jeder Teilnehmerstaat wird eine Jahresübersicht seiner der vorherigen Ankündigung unterliegenden militärischen Aktivitäten* innerhalb der Anwendungszone für VSBM, die für das darauffolgende Kalenderjahr vorgesehen sind, mit allen anderen Teilnehmerstaaten austauschen. Sie wird jährlich auf diplomatischem Wege bis spätestens 15. November für das folgende Jahr schriftlich übermittelt.

(56) Jeder Teilnehmerstaat wird die oben genannten Aktivitäten in chronologischer Reihenfolge auflisten und Angaben über jede Aktivität gemäß folgendem Muster zur Verfügung stellen:

(56.1) — Art der militärischen Aktivität und ihre Benennung;

(56.2) — allgemeine Merkmale und Zweck der militärischen Aktivität;

(56.3) — Staaten, die an der militärischen Aktivität beteiligt sind;

(56.4) — Gebiet der militärischen Aktivität, angegeben durch geeignete geographische Merkmale und/oder definiert durch geographische Koordinaten;

(56.5) — geplante Dauer der militärischen Aktivität und die durch Daten angegebene Zeitspanne von 14 Tagen, innerhalb welcher ihr Beginn vorgesehen ist;

(56.6) — die vorgesehene Gesamtstärke des an der militä-

rischen Aktivität teilnehmenden Personals*;

(56.7) — die an der militärischen Aktivität beteiligten Teilstreitkräfte;

(56.8) — die vorgesehene Führungsebene, unter deren Führung die militärische Aktivität stattfinden wird;

(56.9) — die Anzahl und die Typen der Divisionen, deren Teilnahme an der militärischen Aktivität vorgesehen ist;

(56.10) — etwaige zusätzliche Angaben, unter anderem über Teile der Streitkräfte, welche der die militärische Aktivität planende Teilnehmerstaat als zweckdienlich erachtet.

(57) Sollten sich Änderungen hinsichtlich der in der Jahresübersicht enthaltenen militärischen Aktivitäten als notwendig erweisen, so werden diese allen anderen Teilnehmerstaaten spätestens in der entsprechenden Ankündigung mitgeteilt.

(58) Angaben über die der vorherigen Ankündigung unterliegenden militärischen Aktivitäten, die nicht in einer Jahresübersicht enthalten sind, werden allen anderen Teilnehmerstaaten gemäß dem in der Jahresübersicht vorgesehenen Muster so bald als möglich mitgeteilt.

* Wie in den Bestimmungen über Vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten definiert.

Beschränkende Bestimmungen

(59) Jeder Teilnehmerstaat wird allen anderen Teilnehmerstaaten bis zum 15. November eines jeden Jahres Angaben über militärische Aktivitäten schriftlich übermitteln, die der vorherigen Ankündigung* unterliegen, an denen mehr als 40 000 Mann* beteiligt sind und die er im zweiten darauffolgenden Kalenderjahr durchzuführen plant. Eine solche Mitteilung wird vorläufige Angaben über jede Aktivität enthalten, und zwar über ihren allgemeinen Zweck, den zeitlichen Rahmen und die Dauer, das Gebiet, den zahlenmäßigen Umfang und die beteiligten Staaten.

* Wie in den Bestimmungen über Vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten definiert.

(60) Die Teilnehmerstaaten werden keine der vorherigen Ankündigung unterliegenden militärischen Aktivitäten durchführen, an denen mehr als 75 000 Mann beteiligt sind, sofern sie nicht Gegenstand einer Mitteilung waren, wie sie oben definiert ist.

(61) Die Teilnehmerstaaten werden keine der vorherigen Ankündigung unterliegenden militärischen Aktivitäten durchführen, an denen mehr als 40 000 Mann beteiligt sind, sofern diese nicht in der Jahresübersicht bis spätestens 15. November eines jeden Jahres enthalten sind.

(62) Falls der vorherigen Ankündigung unterliegende militärische Aktivitäten zusätzlich zu den in der Jahresübersicht enthaltenen durchgeführt werden, sollte ihre Anzahl so gering wie möglich sein.

Einhaltung und Verifikation

(63) Gemäß dem Madrider Mandat werden die zu vereinbarenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen "von angemessenen Formen der Verifikation begleitet werden, die ihrem Inhalt entsprechen."

(64) Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß nationale technische Mittel eine Rolle bei der Überwachung der Einhaltung der vereinbarten VSBM spielen können.

(65) In Übereinstimmung mit den in diesem Dokument enthaltenen Bestimmungen hat jeder Teilnehmerstaat das Recht, auf dem Territorium eines jeden anderen Teilnehmerstaates innerhalb der Anwendungszone für VSBM Inspektionen durchzuführen.

(66) Jedem Teilnehmerstaat wird gestattet, ein Ersuchen um eine Inspektion an einen anderen Teilnehmerstaat zu richten, auf dessen Territorium in der Anwendungszone für VSBM die Einhaltung der vereinbarten VSBM in Zweifel gezogen wird.

(67) Kein Teilnehmerstaat ist verpflichtet, auf seinem Territorium in der Anwendungszone für VSBM mehr als drei Inspektionen pro Kalenderjahr zuzulassen.

(68) Kein Teilnehmerstaat ist verpflichtet, mehr als eine Inspektion pro Kalenderjahr durch ein und denselben Teilnehmerstaat zuzulassen.

(69) Eine Inspektion wird nicht gezählt, wenn sie aufgrund höherer Gewalt nicht durchgeführt werden kann.

(70) Der Teilnehmerstaat, der um eine Inspektion ersucht, wird die Gründe für ein solches Ersuchen angeben.

(71) Der Teilnehmerstaat, der ein solches Ersuchen erhalten hat, wird das Ersuchen gemäß den in Absätzen (67) und (68) enthaltenen Bestimmungen innerhalb der vereinbarten Frist positiv beantworten.

(72) Etwaige Meinungsverschiedenheiten über die Stichhaltigkeit der Gründe für ein Ersuchen werden die Durchführung einer Inspektion nicht verhindern oder verzögern.

(73) Dem Teilnehmerstaat, der um eine Inspektion ersucht, wird gestattet, ein bestimmtes Gebiet auf dem Territorium eines anderen Staates in der Anwendungszone für VSBM für die Inspektion zu benennen. Ein solches Gebiet wird "bezeichnetes Gebiet" genannt. Das bezeichnete Gebiet wird Gelände umfassen, in dem anzukündigende militärische Aktivitäten durchgeführt werden oder in dem nach Ansicht eines anderen Teilnehmerstaates eine anzukündigende militärische Aktivität stattfindet. Das bezeichnete Gebiet wird durch Umfang und Größenordnung anzukündigender militärischer Aktivitäten definiert und begrenzt, wird jedoch nicht größer sein als ein Gebiet, das für eine militärische Aktivität auf Armee-Ebene erforderlich ist.

(74) Im bezeichneten Gebiet haben die Vertreter des inspezierenden Staates in Begleitung der Vertreter des Empfangsstaates das Recht auf Zugang, Einreise und unbehinderte Besichtigung, mit Ausnahme von Gebieten oder sensiblen Punkten, die in der Regel nicht oder beschränkt zugänglich sind, militärischen und anderen Verteidigungsanlagen sowie Schiffen der Seestreitkräfte, militärischen Fahrzeugen und Luftfahrzeugen. Die Anzahl und Ausdehnung der Sperrgebiete sollte jedoch so gering wie möglich sein. Gebiete, in denen anzukündigende militärische Aktivitäten stattfinden können, werden nicht zu Sperrgebieten erklärt, mit Ausnahme gewisser ständiger oder zeitweiliger militärischer Anlagen, die flächenmäßig so klein wie möglich sein sollten, und folglich werden diese Gebiete nicht dazu benutzt, die Inspektion anzukündigender militärischer

Aktivitäten zu verhindern. Sperrgebiete werden nicht in einer Weise verwendet, die im Widerspruch zu den vereinbarten Inspektionsbestimmungen steht.

(75) Innerhalb des bezeichneten Gebiets werden die Streitkräfte anderer Teilnehmerstaaten als die des Empfangsstaates ebenfalls der Inspektion durch den inspizierenden Staat unterliegen.

(76) Die Inspektion wird zu Lande, aus der Luft oder auf beide Arten gestattet.

(77) Die Vertreter des Empfangsstaates werden die Inspektionsgruppe begleiten, auch dann, wenn diese sich in Landfahrzeugen oder an Bord eines Luftfahrzeuges befindet, und zwar vom Zeitpunkt der ersten Verwendung dieser Fahrzeuge bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie nicht mehr zu Inspektionszwecken benutzt werden.

(78) In seinem Ersuchen wird der inspizierende Staat dem Empfangsstaat mitteilen:

(78.1) — die Gründe für das Ersuchen;

(78.2) — die Lage des bezeichneten Gebiets, definiert durch geographische Koordinaten;

(78.3) — der (die) bevorzugte(n) Punkt(e) der Einreise der Inspektionsgruppe;

(78.4) — Art des Transports zum (zu den) und vom (von den) Punkt(en) der Einreise und gegebenenfalls zum und vom bezeichneten Gebiet;

(78.5) — wo die Inspektion im bezeichneten Gebiet beginnen wird;

(78.6) — ob die Inspektion zu Lande, aus der Luft oder auf beide Arten gleichzeitig erfolgen wird;

(78.7) — ob für die Inspektion aus der Luft ein Flugzeug, ein Hubschrauber oder beides verwendet wird;

(78.8) — ob die Inspektionsgruppe durch den Empfangsstaat zur Verfügung gestellte Landfahrzeuge oder, in gegenseitigem Einvernehmen, ihre eigenen Fahrzeuge verwenden wird;

(78.9) — Angaben für die Erteilung diplomatischer Sichtvermerke an Inspektoren, die in den Empfangsstaat einreisen.

(79) Die Antwort auf das Ersuchen wird innerhalb der kürzestmöglichen Frist erteilt, spätestens jedoch binnen vierundzwanzig Stunden. Binnen sechsunddreißig Stunden nach Stellen des Ersuchens wird der Inspektionsgruppe die Einreise in das Territorium des Empfangsstaates gestattet.

(80) Jedes Ersuchen um eine Inspektion sowie die darauf erteilte Antwort werden allen Teilnehmerstaaten unverzüglich mitgeteilt.

(81) Der Empfangsstaat sollte den (die) Punkt(e) der Einreise benennen, der (die) so nahe wie möglich am bezeichneten Gebiet liegt (liegen). Der Empfangsstaat wird sicherstellen, daß die Inspektionsgruppe das bezeichnete Gebiet vom (von dem) Punkt(en) der Einreise ohne Verzögerung erreichen kann.

(82) Alle Teilnehmerstaaten werden die Durchreise von Inspektionsgruppen durch ihr Territorium erleichtern.

(83) Innerhalb von achtundvierzig Stunden nach Eintreffen der Inspektionsgruppe im bezeichneten Gebiet wird die Inspektion beendet.

(84) Eine Inspektionsgruppe wird aus höchstens vier Inspektoren bestehen. Die Inspektionsgruppe kann sich während der Durchführung der Inspektion in zwei Untergruppen aufteilen.

(85) Den Inspektoren und gegebenenfalls dem Hilfspersonal werden für die Dauer ihrer Mission die Vorrechte und Immunitäten in Übereinstimmung mit dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen eingeräumt.

(86) Der Empfangsstaat wird für angemessene Verpflegung und Unterbringung der Inspektionsgruppe an einem für die Durchführung der Inspektion geeigneten Ort und erforderlichenfalls für medizinische Betreuung sorgen; dies schließt jedoch die Verwendung eigener Zelte und Verpflegung durch die Inspektionsgruppe nicht aus.

(87) Der Inspektionsgruppe wird die Nutzung ihrer eigenen Karten, eigenen Fotoapparate, eigenen Ferngläser und eigenen Diktiergeräte sowie ihrer eigenen Luftfahrkarten gestattet.

(88) Die Inspektionsgruppe wird Zugang zu geeigneten Fernmeldemitteln des Empfangsstaates haben, einschließlich der Gelegenheit, ständige Verbindung zwischen den Mitgliedern

einer Inspektionsgruppe in einem für die Inspektion eingesetzten Luftfahrzeug und jenen in einem Landfahrzeug zu halten.

(89) Der inspizierende Staat wird angeben, ob für die Inspektion aus der Luft ein Flugzeug, ein Hubschrauber oder beides verwendet wird. Die für die Inspektion zu verwendenden Luftfahrzeuge werden in gegenseitigem Einvernehmen zwischen inspizierendem Staat und Empfangsstaat gewählt. Es werden solche Luftfahrzeuge gewählt, die der Inspektionsgruppe während der Inspektion ununterbrochene Bodensicht ermöglichen.

(90) Nachdem der Flugplan, der unter anderem die von der Inspektionsgruppe gewählte Flugstrecke, Fluggeschwindigkeit und Flughöhe in dem bezeichneten Gebiet angibt, mit der zuständigen Flugsicherungsstelle abgestimmt worden ist, wird dem Inspektionsluftfahrzeug gestattet, unverzüglich in das bezeichnete Gebiet einzufliegen. Innerhalb des bezeichneten Gebiets wird der Inspektionsgruppe auf deren Ersuchen hin gestattet, für bestimmte Beobachtungen vom genehmigten Flugplan abzuweichen, vorausgesetzt, daß eine solche Abweichung mit Absatz (74) sowie mit den Erfordernissen der Flugsicherheit und der Luftverkehrslage in Einklang steht. Anweisungen an die Besatzung werden durch einen Vertreter des Empfangsstaates gegeben, der sich an Bord des zur Inspektion eingesetzten Luftfahrzeuges befindet.

(91) Einem Mitglied der Inspektionsgruppe wird auf Ersuchen gestattet, jederzeit die Anzeigen der Navigationsinstrumente des Luftfahrzeuges mitzuverfolgen und Karten und Navigationsunterlagen einzusehen, die von der Luftfahrzeugbesatzung zur Bestimmung der genauen Position des Luftfahrzeuges während des Inspektionsfluges verwendet werden.

(92) Luft- und Bodeninspektoren können innerhalb der achtundvierzigstündigen Inspektionsfrist so oft sie wünschen in das bezeichnete Gebiet zurückkehren.

(93) Der Empfangsstaat wird zu Inspektionszwecken geländegängige Landfahrzeuge zur Verfügung stellen. In gegenseitigem Einvernehmen und unter Berücksichtigung der besonderen geographischen Lage zum zu inspizierenden Gebiet wird dem inspizierenden Staat die Verwendung seiner eigenen Fahrzeuge gestattet.

(94) Werden Land- oder Luftfahrzeuge vom inspizierenden Staat gestellt, dann wird für jedes Landfahrzeug ein Fahrer oder für jedes Luftfahrzeug eine Flugzeugbesatzung die Gruppe begleiten.

(95) Der inspizierende Staat wird einen Inspektionsbericht abfassen und allen Teilnehmerstaaten eine Ausfertigung dieses Berichtes unverzüglich zur Verfügung stellen.

(96) Die Kosten für die Inspektion werden vom Empfangsstaat getragen, außer wenn der inspizierende Staat seine eigenen Luftfahrzeuge und/oder Landfahrzeuge verwendet. Die Reisekosten für Hin- und Rückreise zum (zu den) und vom (von den) Punkt(en) der Einreise werden vom inspizierenden Staat getragen.

(97) Für Mitteilungen bezüglich der Einhaltung und Verifikation werden diplomatische Wege benutzt.

(98) Jeder Teilnehmerstaat hat das Recht auf rechtzeitige Klarstellung von seiten irgendeines anderen Teilnehmerstaates bezüglich der Anwendung der vereinbarten VSBM. In diesem Zusammenhang werden Mitteilungen, falls angemessen, an alle anderen Teilnehmerstaaten übermittelt.

...

(99) Die Teilnehmerstaaten unterstreichen, daß diese vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen dazu bestimmt sind, die Gefahr von bewaffneten Konflikten und von Mißverständnissen oder Fehleinschätzungen militärischer Tätigkeiten zu verringern und betonen, daß ihre Verwirklichung zur Erreichung dieser Ziele beitragen wird.

(100) Unter Bekräftigung der einschlägigen Zielsetzungen der Schlußakte sind die Teilnehmerstaaten entschlossen, mit der Vertrauensbildung fortzufahren, militärische Konfrontation zu vermindern und Sicherheit für alle zu stärken. Sie sind auch entschlossen, Fortschritte bei der Abrüstung zu erzielen.

(101) Die in diesem Dokument vereinbarten Maßnahmen sind politisch verbindlich und treten am 1. Januar 1987 in Kraft.

(102) Die Regierung Schwedens wird gebeten, das vorliegende Dokument dem Folgetreffen der KSZE in Wien und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln. Die Regierung Schwedens wird gleichfalls gebeten, das vorliegende Dokument den Regierungen der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten zu übermitteln.

(103) Der Text dieses Dokuments wird in jedem Teilneh-

merstaat veröffentlicht, der ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht.

(104) Die Vertreter der Teilnehmerstaaten bekunden gegenüber der Regierung und dem Volk Schwedens ihren tief empfundenen Dank für die ausgezeichnete Organisation der Stockholmer Konferenz und die den an der Konferenz teilnehmenden Delegationen gewährte herzliche Gastfreundschaft.

Stockholm, 19. September 1986

ANHANG I

Die Anwendungszone für VSBM ist gemäß den Bestimmungen des Madrider Mandats wie folgt:

"Auf der Grundlage der Gleichheit der Rechte, der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit, der gleichen Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten der KSZE und ihrer jeweiligen Verpflichtungen betreffend vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, werden diese vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen ganz Europa sowie das angrenzende Seegebiet* und den angrenzenden Luftraum umfassen. Sie werden militärisch bedeutsam und politisch verbindlich sein und von angemessenen Formen der Verifikation begleitet werden, die ihrem Inhalt entsprechen.

In bezug auf das angrenzende Seegebiet* und den angrenzenden Luftraum werden diese Maßnahmen auf die dort stattfindenden militärischen Tätigkeiten aller Teilnehmerstaaten anwendbar sein, soweit diese Tätigkeiten sowohl die Sicherheit in Europa berühren als auch einen Teil von Tätigkeiten in ganz Europa, wie oben angeführt, konstituieren, die anzukündigen sie vereinbaren werden. Notwendige Spezifizierungen werden durch die Verhandlungen über die vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen auf der Konferenz erfolgen.

Die vorstehend gegebene Definition der Zone mindert in keiner Weise bereits mit der Schlußakte eingegangene Verpflichtungen. Die auf der Konferenz zu vereinbarenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen werden auch in allen Gebieten anwendbar sein, die von irgendeiner der Bestimmungen der Schlußakte betreffend vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung erfaßt werden."

* In diesem Zusammenhang ist der Begriff angrenzendes Seegebiet so zu verstehen, daß er sich auch auf an Europa angrenzende ozeanische Gebiete bezieht.

Wo immer der Begriff "Anwendungszone für VSBM" in diesem Dokument verwendet wird, gilt obenstehende Definition.

ANHANG II

Erklärung des Vorsitzenden

Es gilt als vereinbart, daß, unter Berücksichtigung des festgelegten Datums des Inkrafttretens der vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und der darin enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Fristen für bestimmte im voraus zu gebende Benachrichtigungen und unter Bekräftigung ihres Interesses an einem frühzeitigen Übergang zur vollen Anwendung der Bestimmungen dieses Dokuments, die Teilnehmerstaaten folgendes vereinbaren:

Die Jahresübersichten der militärischen Aktivitäten, die der vorherigen Ankündigung unterliegen und für 1987 vorgesehen sind, werden bis spätestens zum 15. Dezember 1986 ausgetauscht.

Mitteilungen bezüglich militärischer Aktivitäten, an denen mehr als 40 000 Mann beteiligt und die für das Kalenderjahr 1988 geplant sind, werden in Übereinstimmung mit den vereinbarten Bestimmungen bis zum 15. Dezember 1986 ausgetauscht. Die Teilnehmerstaaten können Aktivitäten, an denen mehr als 75 000 Mann beteiligt sind, während des Kalenderjahres 1987 durchführen, sofern diese in der bis zum 15. Dezember 1986 auszutauschenden Jahresübersicht enthalten sind.

Aktivitäten, die während der ersten 42 Tage nach dem 1. Januar 1987 beginnen, unterliegen den entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte der KSZE. Die Teilnehmerstaaten werden jedoch jede erdenkliche Anstrengung unternehmen, um die Bestimmungen dieses Dokuments so weit wie irgend möglich auf sie anzuwenden.

Diese Erklärung wird einen Anhang zum Dokument der Stockholmer Konferenz bilden und mit ihm veröffentlicht.

Stockholm, 19. September 1986

ANHANG III

Erklärung des Vorsitzenden

Es gilt als vereinbart, daß jeder Teilnehmerstaat in irgendeiner auf das Wiener Folgetreffen der KSZE folgenden Phase Fragen in Übereinstimmung mit dem Mandat der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa aufwerfen kann.

Diese Erklärung wird einen Anhang zum Dokument der Stockholmer Konferenz bilden und mit ihm veröffentlicht.

Stockholm, 19. September 1986

ANHANG IV

Erklärung des Vorsitzenden

Es gilt als vereinbart, daß die Teilnehmerstaaten daran erinnern, daß sie das Recht haben, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören, Vertragspartei bilateraler oder multilateraler Verträge zu sein oder nicht zu sein, einschließlich des Rechtes, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein; desgleichen haben sie das Recht auf Neutralität. In diesem Zusammenhang werden sie diese Rechte nicht dazu ausnutzen, die Zwecke des Inspektionssystems und insbesondere die Bestimmung zu umgehen, daß kein Teilnehmerstaat verpflichtet ist, auf seinem Territorium in der Anwendungszone für VSBM mehr als drei Inspektionen pro Kalenderjahr zuzulassen.

Entsprechende Absprachen in dieser Hinsicht zwischen Teilnehmerstaaten werden in interpretativen Erklärungen ausgedrückt, die in das Journal des Tages aufzunehmen sind.

Diese Erklärung wird einen Anhang zum Dokument der Stockholmer Konferenz bilden und mit ihm veröffentlicht.

Stockholm, 19. September 1986

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



Fonds unserer Geschichte

Nr. 700 — das ist die Nummer eines neuen Kontos der Staatsbank der UdSSR. Es wurde im Zusammenhang mit der Bildung des Sowjetischen Kulturfonds eröffnet, und die ersten Einzahlungen treffen bereits ein. Doch es gibt auch Spenden, die sich nicht einfach auf ein Konto überweisen lassen. Zwei Gemälde russischer Maler

— K. Makowskis „Porträt eines Mannes“ und I. Brodskis „Ländliche Szene“ — sind ein Geschenk des amerikanischen Industriellen und Geschäftsmannes Armand Hammer an den Kulturfonds. Darauf folgten Geschenke der tadshikischen Dichterin Gulruchsor Safijewa, der Familie des berühmten russischen Sängers Fjodor

Schaljapin, von Bürgern, Betrieben und Organisationen der Sowjetunion.

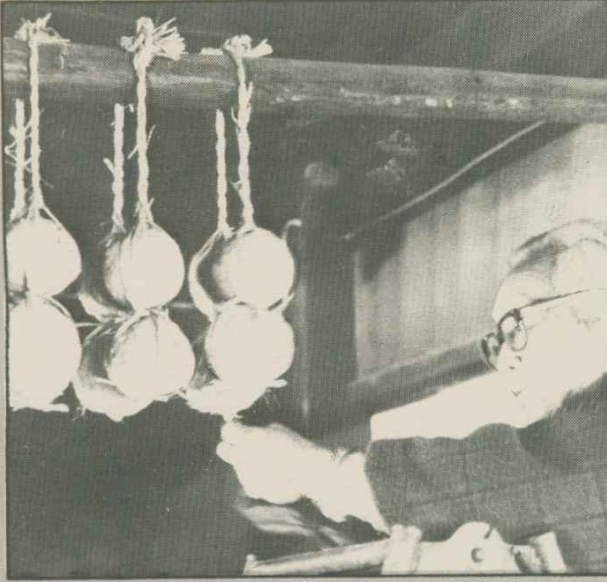
Die schönste Zukunft ist undenkbar ohne die Vergangenheit. Heute verstehen die Menschen das besser. Sie sind sich klarer bewußt, daß die Geschichte zu bewahren die gemeinsame Aufgabe aller ist. Enthusiasten suchen nach alten Handschriften, lassen alte Bräuche wieder aufleben und beteiligen sich an der Restaurierung von Baudenkmalern... So entstand der Sowjetische Kulturfonds.

Tausende und Abertausende möchten Geld für die Wiederherstellung von Denkmälern stiften. Doch wie? Eine riesige Zahl von Gemälden und Manuskripten ist in Privatbesitz, ohne professionelle Pflege. Wie können diese Werte bewahrt werden? Eben diese Probleme soll der neue Fonds lösen. Er wird all jene vereinen, denen das überaus reiche kulturelle Erbe unseres Landes teuer ist.

Zentraler Ausstellungssaal Moskaus. Armand Hammer überreicht sein Geschenk an den Sowjetischen Kulturfonds

Fotos: K. Kokoschkin





So wird die Tamamiso aufbewahrt, ein schon vor vielen Jahrhunderten erfundenes Konzentrat der Soja-Suppe



In vielen japanischen Familien wird der Reis traditionsgemäß in großen Töpfen, den Kamados, gekocht

INTERNATIONALER FOTO- UND ZEICHEN-WETTBEWERB „JAHR DES FRIEDENS“



Aufnahmen von
Tomohiko SANO
(Japan)

Kompositionen aus Kiefern- und anderen Zweigen gehören unbedingt zum Neujahrsfest

